

In diesem Heft

Editorial

WLADISLAW HEDELER

Keiner wollte das Aschenputtel sein

ERNST WURL

Das subtile, doch unerläßliche Band zwischen Politik und Utopismus

Theoretische Notizen zu einem Problem der Linken

ROGER BEHRENS

Die Aktualität des Utopischen in der Kunst.

Ein Streifzug, verstreute Gedanken zum Form-Inhalt-Problem aufnehmend

UWE-JENS HEUER

Demokratisierung im heutigen bürgerlichen Staat

THOMAS KUCZYNSKI

Die Aktualität der Altersbriefe von Friedrich Engels im Lichte des

Zusammenbruchs des "Realsozialismus"

ENZO TRAVERSO

Friedrich Engels und die nationale Frage

RONALD LÖTZSCH

Friedrich Engels und die "Staatsnation"

RICHARD GREEMAN

Victor Serge über Sieg und Niederlage der russischen Revolution

WINFRIED WOLF

Zum Tod Ernst Mandels (1923-1995)

Bücher & Zeitschriften

Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa,
Osteuropa-Studien Bd. 1, Decaton-Verlag Mainz 1994 (STEFAN BOLINGER)

Meinhard Miegel, Stefanie Wahl: Das Ende des Individualismus. die Kultur
des Westens zerstört sich selbst, 2. Aufl., Verlag Bonn Aktuell München 1994
(ULRICH BUSCH)

Richard Saage: Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant, Nomos
Verlag Baden-Baden 1994 (HERMANN KLENNER)

PROKLA 1995, Heft 100 (ARNDT HOPFMANN)

WechselWirkung 1995, Heft 75 (GERD BEDSZENT)

Editorial

Dem »Ende der großen Theorien« - das Ulrich Menzel bekanntlich mit jener entschiedenen Endgültigkeit festgestellt hat, daß mensch daran schon wieder (ver)zweifeln möchte - folgt nun offenbar das »Ende der großen Utopien«.

Nein, hier geht es nicht erneut um das Ende der Staatssozialismus, das bekanntlich derart skurril ausfiel, daß es Engels in seinen Altersbriefen - bereits lange bevor das System selbst überhaupt ins Leben trat - bespottet hat. Es geht um das Ende des linken sozialen Jahrhundertprojekts überhaupt.

Nachdem die Mieter im Gehäuse des »nationalen Sicherheitsstaats« - der vor allem in einer Handvoll bessergestellter Industrieländer als Sozialstaat firmierte - die Profiterwartungen der Vermieter, die im Kapitalismus eben Kapitalisten sind, nicht mehr zu bedienen vermochten, wurden sie kurzerhand und endgültig vor die Tür gesetzt. Die Mietkosten im scheinbar überdimensionierten Luxusbau »Sozialstaat« sind auf die Dauer einfach zu hoch, wenn sie gleichzeitig noch Profite einschließen sollen, die mit den Zinssätzen auf den internationalen Finanzmärkten Schritt halten müssen.

Die Gemütlichkeit von großzügigen Sozialwohnungen ist also passé. Nun finden sich die ehemaligen Mietparteien nolens volens einigermaßen ungeschützt im scharfen Wind des Weltmarkts wieder. Und während die Konservativen, auf den zusammengerafften Reichtümern sitzend, zur Rundumverteidigung übergehen und nüchtern das Ende der marktwirtschaftlichen Illusion von Wohlstand, sozialer Gleichheit und »Entwicklung« für alle konstatieren, stellt sich heraus, daß die linke Zukunftsvision eben auch jenen politisch und wirtschaftlich souveränen Nationalstaat zur Voraussetzung hatte und ohne dessen Schutzhülle schlicht vom Winde verweht wird. Auch die aufgeregten wie verbissenen Versuche, einzelne, chaotisch umherfliegende Fragmente festzuhalten, können nur als sicheres Indiz gelten, daß sich das Projekt insgesamt in heilloser Auflösung befindet. Hartnäckig besetztgehaltene Besitzstände einzelner Individuen wiegen im »Ernstfall« nunmal schwerer als vage Hoffnungen auf Gemeinschaftlichkeit und Solidarität.

Das konservative Credo heißt schlicht und ergreifend »Besitzstandswahrung« und hat die Rationalität des herrschenden Gesellschaftsmodells auf seiner Seite. Und die Linke - hat sich im Moment des »Sieges« des Kapitalismus zum großen Teil selbst abgemeldet. Die eifertige Absage an »revolutionäre Mythen« und »sozialistische Utopien« geriet bis weit in das sozialdemokratische Spektrum hin-

ein zur Verhimmelung von bürgerlicher Demokratie und zur Vergötzung des Mitregierens. Allein über beides zusammen scheinen überhaupt noch - allerdings auch nur bescheidene - Veränderungen möglich zu sein.

Unter den Bedingungen eines globalisierten Kapitalismus stellt sich die Frage eines linken Zukunftsprojekts, das nur als gemeinschaftliches, an den grundlegenden Interessen der Gesellschaft insgesamt orientiertes Vorhaben Gestalt annehmen kann, jedoch völlig neu. Der aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammende theoretische Fundus, der lange Zeit den Stoff für die linkssozialistischen Visionen unter der (uneingestanden) Voraussetzung eingegrenzter Staatlichkeit und politischer Alleinentscheidungskompetenz in nationalen Räumen abgab, dürfte dafür einigermaßen unzureichend sein.

Aber es geht nicht nur um theoretisches Neuland, das zu gewinnen ist, sondern auch um Mut zur politischen Radikalität. Wer glaubt, den anstehenden gesellschaftlichen Umbruch durch Aussitzen oder ambitionsloses Mitregieren einfach überdauern zu können, wird nicht nur im Wahlkampf als Ungeziefer verhöhnt und mit geradezu dümmlichen Bärchen-Bildern aus dem Felde geschlagen - die konservative Stillstandsphilosophie bedarf offensichtlich gar keiner werbewirksamen Bilder, es genügt, daß sie von den Regierenden »versprochen« wird -, der bekommt auch noch die Quittung vom Volk, vorerst in Form von Stimmzetteln.

Nicht die Reduktion politischer Komplexität - über den Rückzug der Politik aus der sozialen Verantwortung - steht auf der Tagesordnung, sondern die Erkenntnis, daß die »Demokratiefrage« nicht mehr losgelöst werden kann von notwendigen Antworten auf die immer drängenderen Menschheitsfragen - Umweltzerstörung, soziale Krise, Friedensbedrohung.

Allenthalben wächst der Bedarf an konkreter Utopie, um die Illusionen der Vergangenheit überwinden zu können und aus der Sackgasse vom »Ende der Geschichte« und der drohenden realen Barbarei zu entkommen.

Die Redaktion von »UTOPIE kreativ« erfreut sich gerade in diesen Tagen eines regen Zustroms an Manuskripten, die sich dem Utopieproblem auf den verschiedensten Ebenen und aus unterschiedlichen Blickwinkeln widmen. Einige finden sich in diesem Heft, andere werden folgen - nicht zuletzt auch im Ergebnis des »UTOPIE kreativ«-Kolloquiums Anfang Dezember, das sich unter dem Motto »Die konstruktive Kraft der Utopie« speziell dem widersprüchlichen Verhältnis von Utopie und Politik verschrieben hat. Überhaupt hat sich der Kreis unserer Autoren auch im Jahr 1995 wiederum etwas erweitert und die Themenvielfalt, die wir unseren Lesern anzubieten vermochten, ist gewachsen. Die Redaktion sagt allen Autoren Dank für ihre Kooperation und bedankt sich bei allen Lesern für das Interesse an unserer Zeitschrift. Wir hoffen, daß wir auch im kommenden Jahr streitbare und auch spannende Ausgaben von »UTOPIE kreativ« vorlegen können und wünschen allen Lesern, Mitstreitern und Sympathisanten ein erholsames Weihnachtsfest sowie ein gesundes und kreatives Jahr 1996.

WLADISLAW HEDELER

Keiner wollte das Aschenputtel sein

In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober hörten die Mitarbeiter des Zentralen Wahlbüros der Russischen Föderation Punkt Null Uhr Moskauer Zeit auf, die für die Registrierung der Parteien erforderlichen Listen mit den Unterschriften entgegenzunehmen. Als das letzte Zeitzeichen ertönte, hatten sie gerade 35.000 Unterschriften für den Block »Demokratisches Rußland – Freie Gewerkschaften« überprüft. 200.000 hätten es sein müssen, um das Wahlbündnis zu registrieren¹. Von den 69 Parteien und Bewegungen, die ursprünglich zur Wahl angetreten waren, haben es 18 nicht geschafft, ihre Listen überhaupt vorzulegen.

Es ging uns wie Aschenputtel, kommentierten die Funktionäre des »Demokratischen Rußland« ihr Scheitern, um Mitternacht verwandelte sich unser Festkleid in unansehnliche, wertlose Lumpen. Dabei hatten sich die Vertreter dieses Bündnisses rechtzeitig angestellt, jedoch nicht einkalkuliert, daß am Sonntag keine Wartenummern vergeben wurden und der für einen wichtigen Stempel zuständige Beamte nicht zu finden war.

Zu den »Durchgefallenen« gehörten auch die Partei der Konstitutionellen Demokraten (nicht zu verwechseln mit der zugelassenen Konstitutionell-Demokratischen Partei [Partei der Volksfreiheit]), »Semski Sojus«, der Bund der Muslime, der Bund der Mitarbeiter der Wohnungswirtschaft, die Gesamtrussische Vereinigung der Transportarbeiter, der Block »Wir dienen Rußland«², »Stabiles Rußland«³, die Nationale Rettungsfront und die Russische bürgerlich-demokratische Partei.

Insgesamt gelang es 43 Wahlbündnissen und Parteien, die Hürde der Registrierung zu nehmen. Zu denen, die keine Probleme hatten, die erforderlichen Listen lange vor Ablauf der Frist einzureichen, gehörten die Kommunistische Partei der Russischen Föderation⁴, der Kongreß der Russischen Gemeinden, die Liberal-Demokratische Partei Rußlands, die Frauen Rußlands, die Agrarpartei⁵ und Tschernomyrdins »Unser Haus Rußland«. 8 bis 8,5 Millionen Unterschriften lagen dem Zentralen Wahlbüro vor.

Die Parteien und ihre Abgeordneten hatten einen harten Kampf hinter sich. So bewarben sich z.B. um die 11 Mandate der Moskauer Region 230 Kandidaten, darunter 50 Direktoren von Unternehmen, 50 Parteifunktionäre bzw. ihre Stellvertreter, 34 Angestellte im Staatsdienst sowie Arbeitslose, Rentner und Mitarbeiter von Abgeordneten. 11 Kandidaten stellte die LDPR, 19 der Rybkin-Block und der Kongreß der Russischen Gemeinden, 6 vertraten

Wladislaw Hedeler –
Jg. 1953, Philosophie-
historiker, Berlin.

1 Das Bündnis unter Führung von Gleb Jakunin hatte 211.892 Unterschriften vorgelegt. Nesawisimaja gaseta, 2. November 1995, S. 2. Das Oberste Gericht der Russischen Föderation billigte den Protest des Wahlbündnisses und empfahl dem Zentralen Wahlbüro, die Listen noch einmal zu prüfen.

2 Am 2. November verpflichtete das Oberste Gericht die Zentrale Wahlkommission, die Unterschriftenlisten dieses Wahlbündnisses noch einmal zu prüfen.

3 Am 2. November verpflichtete das Oberste Gericht die Zentrale Wahlkommission, die Unterschriftenlisten dieses Wahlbündnisses noch einmal zu prüfen.

Die Zentrale Wahlkommission verweigerte die Nominierung eines der drei Spitzenkandidaten der Agrarpartei Rußlands »Frieden und Brot – in jedem Haus«, Wassili Starodubzew.

4 Dem Aufruf der KPRF »Alle zur Wahl!« »Für unsere sowjetische Heimat!« ist zu entnehmen, daß die Partei bei der für die Registrierung erforderlichen Sammlung über eine Million Stimmen auf sich vereinigen konnte. Prawda Rossii, 5. Oktober 1995, S. 1. Die auf der III. Gesamtrussischen Konferenz der KPRF angenommene Wahlplattform ist in Prawda Rossii, 7. September 1995 veröffentlicht.

5 Die Wahlplattform der Agrarpartei Rußlands »Frieden und Brot – in jedem Haus«, in: Prawda, 19. September 1995, S. 2.

6 Der Hausbau beginnt mit dem Fundament, nicht mit dem Dach, in: Prawda, 9. September 1995, S. 1-2 (Über das Minimalprogramm der Kommunisten); Auf dem Weg der Güte und Gerechtigkeit, in: Prawda Rossii, 5. Oktober 1995, S. 2. (Über das Verhältnis von Kommunisten und Christen.)

die Interessen der KPRF, 5 die von »Jabloko«. Was alles gemacht wurde, um an die begehrten, für die Zulassung der Parteien zur Wahl erforderlichen Unterschriften heranzukommen, dringt nach und nach in die Presse. Jegor Gajdars »Rußlands Wahl« waren in einigen Moskauer Stadtbezirken die Austräger der Altersrenten behilflich. Das sei völlig legal, denn sie haben die Alten ja nicht zur Unterschrift gezwungen, beantwortete der Parteivorsitzende entsprechende Fragen von Journalisten. Andere Parteien bestachen Militärangehörige, die für 50.000 Rubel (das entspricht ungefähr 10 US-Dollar) hunderte von Unterschriften fälschten.

Daß die Überprüfung durch das Zentrale Wahlbüro und die 5-Prozent-Hürde nicht die einzigen Stolpersteine bleiben würden, war allen Beteiligten klar. So schlug z.B. Sergej Schachraj, Vorsitzender der Partei der Russischen Einheit und Eintracht vor, von allen registrierten Parteien 10 Milliarden Rubel einzuziehen und das Geld nur zurückzuzahlen, wenn die Partei die 5-Prozent-Hürde überwindet. Schachraj, einst Demokrat, versteht sich nun als Konservativer. Nach dem Einzug der Abgeordneten seiner Partei (30.000 Mitglieder in 51 Regionen des Landes) in die Duma will er mit aller Kraft gegen die KPRF und die Agrarpartei vorgehen. Doch nicht nur den kleinen Parteien versuchte man, Angst einzujagen. Im Namen der KPRF wies Anatolij Lukjanow in der Duma die Behauptung Boris Jelzins, alle Kommunisten seien Extremisten, zurück. Der Präsident sät mit Absicht sozialen Unfrieden. Auf diese Kriegserklärung seitens der Regierung war die KPRF vorbereitet. Vor und nach der Registrierung am 22. Oktober trat die in der Fernsehberichterstattung kaum präsente Partei mit einer Reihe von Veranstaltungen hervor.

Gennadi Sjuganow betonte die gewachsene innen- und außenpolitische Akzeptanz der KPRF und seine Bereitschaft, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. (Das wollen auch Schatalin und Jawlinski.) Die KPRF, hob ihr Vorsitzender hervor, habe sich als die eigentliche kommunistische Nachfolgepartei durchsetzen können. Sie gebe 120 Zeitungen und Zeitschriften heraus und unterhalte Beziehungen zu 150 Parteien in aller Welt. Alle anderen Grüppchen, die von sich behaupten, im Namen der Kommunisten Rußlands zu sprechen, verfügen weder über eine vertikale Struktur noch über eine Massenbasis. Sjuganow nutzte die Wahlagitation⁶, um das an die ca. 15 kommunistischen Parteien im Land abgetretene Terrain zurückzuerobern. Seine Aufforderung an alle Kommunisten, der eigentlichen KP beizutreten, war nicht zu überhören.

Es habe in der UdSSR, führte Sjuganow im Interview für die »Prawda« (Ausgabe vom 24. Oktober 1995) aus, unter dem Dach der KPdSU immer zwei Kommunistische Parteien, die Partei der Patrioten einerseits und andererseits die Partei Trotzki's, Berijas, Jakowlews, Gorbatschows und Jelzins gegeben. Die KPRF habe es vermocht, die Partei der Patrioten wieder zum Leben zu erwecken. Zu ihrem neuen Geschichtsbild gehört, daß in Rußland vor 1917 nicht alles schlecht gewesen sei. Das sei im Zuge des Kampfes gegen die von Gorbatschow hereingelassenen Okkupanten zu berücksichtigen.

Die KPRF tritt in den Wahlen mit dem Ziel an, den weiteren

Zerfall des Landes aufzuhalten. Die Zahl der in den letzten Jahren im Land ermordeten Menschen übersteigt längst die Zahl der Opfer im zehn Jahre währenden Krieg in Afghanistan. Bei einer Inflationsrate von 100,9 Prozent pro Woche müssen monatlich ca. 208.000 Rubel für Lebensmittel aufgebracht werden. Und die Preise steigen und steigen. Ende des Jahres wird ein Kilogramm Brot 5.000 Rubel (2.600 Rubel im Oktober) kosten. Die Reformen seien in einer Sackgasse angelangt, lautet das von der KPRF gezogene Fazit, während Gajdar, Jawlinski und Hakamada hervorheben, daß die Reformen nach den Wahlen in ein neues Stadium eintreten würden.

Ein Spiegelbild der die Gesellschaft durchziehenden Bruchlinie pro bzw. contra Privateigentum ist die Spaltung der Bauernschaft in Kolchosanhänger und Farmer. Im Wahlkampf wird natürlich auch dieser Konflikt thematisiert, um Anhänger und Wähler zu gewinnen. Tschernomyrdin (die Hände zum Symbol seines Blockes faltend) und Sjuganow (nach einem Tänzchen auf der Bühne) stellten an ein und demselben Tag Konzepte vor, die im Hinblick auf die Privatisierung des Bodens nicht unterschiedlicher sein könnten.

Der Westen und die russischen Unternehmer hätten keinen Grund, sich vor der Rückkehr der Kommunisten an die Macht zu fürchten. Seine Partei wolle weder den GULAG, noch den Stalinismus wiederbeleben, unterstrich Sjuganow im erwähnten Interview. In seiner Antwort auf die Frage nach den politischen Gegnern verwies er auf das Wahlplakat von Tschernomyrdins »Nasch dom«. Darauf ist Tschernomyrdin zu sehen, der die Hände schützend wie ein Dach über die russische Fahne hält. Eigentlich, polemisierte Sjuganow, beginne man den Hausbau mit dem Fundament und nicht mit dem Dach. Die KPRF-Führung habe einen Aufruf »Das Vaterland ist in Gefahr« an Persönlichkeiten und Einrichtungen verschickt. Für seine Partei sei interessant und wichtig, bemerkte Sjuganow, daß alle Angesprochenen darauf reagiert hätten. Seine Partei werde sich nicht provozieren lassen, versprach der Parteivorsitzende mit Blick auf das bevorstehende Jubiläum der Oktoberrevolution. Um Mißverständnisse von vornherein auszuräumen, hatte die KPRF in der »Prawda« vom 26. Oktober einen »Offenen Brief« an die Mitarbeiter der Sicherheitsdienste und der Grenztruppen der Russischen Föderation veröffentlicht. Die der KPRF nahestehende Gesellschaft »Geistiges Erbe« organisierte außerdem eine wissenschaftlich-praktische Konferenz zum Thema »Starke Sicherheitsdienste, starker Staat, starkes Rußland«. Auch berichtete die »Prawda« vom 28. Oktober über ein Treffen der Abgeordneten der KPRF mit gleichgesinnten russischen Wissenschaftlern sozialistischer Orientierung. Der von Demokraten erhobene Vorwurf, die Kommunisten würden Rußland ins Verderben stürzen, sei absurd. – Diese Behauptung Sjuganows richtet sich auch gegen Jegor Gajdar, der es bisher vermieden hat, seinen gewachsenen Einfluß auf junge Wähler in den Hochburgen der Kommunisten mit Zahlen zu untersetzen.

Der Versuch, viele Parteien durch die Veröffentlichung einer Liste aller vorbestraften Abgeordneten zu diskreditieren, scheiterte.

Überprüft wurden (über die Auswahlkriterien war nichts zu erfahren) die von 25 Blöcken nominierten Kandidaten. Der Innenminister der Russischen Föderation veranlaßte die Überprüfung auf Bitte von Nikolai Rjabow, des Leiters des Zentralen Wahlbüros. Kriminelle, Steuerbetrüger und Menschenrechtler wurden ohne Unterschied in einer Aufzählung erfaßt.

12 – LDPR

7 – Konservative Partei

6 – Dershawa

5 – Bund der Patrioten; Völkisch-nationale Partei; Russische Partei;

4 – KPRF; »Gemeinsame Sache«

3 – DWR; Vereinigte Demokraten; Vorwärts, Rußland!; Die Macht dem Volke; Kommunistische Partei; Werktätiges Rußland;

2 – Jabloko, Europäische LDPR; Partei der ökonomischen Freiheit; Agrarpartei, Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen; »Pamfilowa⁷-Gurow-Lysenko«; Unsere Zukunft;

1 – Christlich-demokratische Union; Block Stanislaw Goworuchins; Demokratisches Rußland und Freie Gewerkschaften; Partei der Anhänger der Steuersenkung; Partei Volksunion; National-republikanische Partei Rußlands.

7 Der Block wurde im Sommer 1995 gegründet, er ging aus der Republikanischen Partei der Russischen Föderation hervor. Ella Pamfilowa war bis zu ihrem Rücktritt Minister für Sozialfürsorge.

Doch das war nur das Vorspiel zum eigentlichen Skandal, der sich am Wochenende, unmittelbar nach der Vorlage der Unterschriftenlisten, abspielte und die ungeteilte Aufmerksamkeit der Medien fand. Eine Woche lang war dies das – nach den Berichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten – wichtigste Thema in den Nachrichten. Das Zentrale Wahlbüro begann, die Unterlagen der aufgestellten Kandidaten zu überprüfen. Auf Grund der festgestellten Unstimmigkeiten wurden Ruzkojs Bewegung »Dershawa«⁸ und das Wahlbündnis »Jabloko«⁹ nicht zugelassen. Es waren ausgerechnet jene Vereinigungen, deren Spitzenpolitiker zu den aussichtsreichsten Konkurrenten im Kampf um die Präsidentschaft gehören. Bei der »Partei der Bierfreunde« habe es ähnliche Probleme wie bei »Jabloko« gegeben, nur sei sie anstandslos registriert worden. Einen Tag nach Mitteilung dieser Entscheidung hatte Jawlinski die Ablehnung durch das Zentrale Wahlbüro immer noch nicht schriftlich. Sobald er das Dokument in den Händen halte, werde er vor dem Obersten Gericht der Russischen Föderation klagen. Ruzkoj schloß sich an. Während Gajdar sofort reagierte und mitteilte, sein Wahlblock werde sich nicht an einer Farce beteiligen, ließen sich andere Spitzenpolitiker mit ihren Stellungnahmen mehr Zeit. Am Sonntag polterte Shirinowski, es bestehe kein Grund, die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission in Frage zu stellen, Sjuganow gratulierte Jawlinski zum gelungenen Medienrummel, und Irina Hakamada («Gemeinsame Sache» [«Obschtscheje delo»]) kritisierte zum wiederholten Male die Jawlinski eigene Schlamperie. Hätte er alles ordentlich abgegeben, wäre das alles nicht passiert. Tschernomyrdin beschränkte sich darauf, sein Unverständnis für die Entscheidung des Wahlbüros mitzuteilen.

8 Nach Prüfung der Kandidatenlisten durch die Zentrale Wahlkommission am 28. Oktober 1995.

9 Nach Prüfung der Kandidatenlisten durch die Zentrale Wahlkommission am 29. Oktober 1995.

Im Interview für den Sender NTV gab Jawlinski eine erste Stellungnahme ab. Sein Bündnis habe 930.000 Unterschriften sammeln können, von denen 500.000 bereits am Donnerstag der Zentralen Wahlkommission übergeben worden seien. 421.000 wurden als gültig akzeptiert. Bei der Prüfung der Kandidatenliste stellte

Stein des Anstoßes waren Abgeordnete, die zum Zeitpunkt der Abgabe der Unterschriftenlisten nicht mehr auf den Kandidatenlisten zu finden waren. Das Wahlgesetz schreibt vor, unterstrich

dessen Vorsitzender Nikolai Timofejewitsch Rjabow immer wieder, daß die vom Zentralen Wahlbüro bestätigten Listen nicht mehr verändert werden dürften. Ruzkoj gab an, man habe die für seinen Block kandidierenden Bürger unter Druck gesetzt. Jetzt behaupteten sie, von ihrer Nominierung nicht gewußt zu haben. Das trifft auch für die Jabloko-Abgeordneten zu. Von den 13 Jabloko-Abgeordneten erklärten sechs, daß sie ihre Kandidatur aufrechterhielten und nicht wüßten, wieso ihr Name gestrichen worden sei.¹⁰ Ein Abgeordneter gab an, von Mitgliedern des Zentralen Wahlbüros unter Druck gesetzt worden zu sein.

Von diesem Tage an wandte sich ein abgelehnter Block nach dem anderen an das Oberste Gericht. Am 1. November klagten »Unsere Zukunft« und »Semski Sobor«. Beim zweiten Anlauf kamen alle abgelehnten durch. Zugelassen sind die »Demokratische Wahl Rußlands und die Vereinigten Demokraten«, »Für die Heimat!«, »Sozialdemokraten«, »Macht dem Volke«, »Christlich-demokratische Union – Christen Rußlands«, »Pokolenija rubesha«, »Mein Vaterland«, »Duma 96«, »Volksunion«, »Partei der ökonomischen Freiheit«, »Partei der russischen Einheit und Übereinkunft«, »National-Republikanische Partei Rußlands«.

Hoffentlich wird der Präsident bald gesund, war zu hören, dann wird er wieder Ordnung schaffen. Aus dem Kreml und aus der Umgebung des Präsidenten war zu hören, daß Rjabow für seine Entscheidungen allein verantwortlich sei. Wenn es nicht dem Präsidenten nütze, resümierte Otto Lazis in einem Kommentar der »Iswestija«, liege der Schluß nahe, daß Rjabow solchen Leuten wie Lebed und Sjaganow einen Dienst leisten wolle. Auch am darauffolgenden Tag schrieb Sergej Tschugajew in der »Iswestija«, daß der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission immer die Gabe besessen habe, den Wechsel an der Spitze vorherzusehen¹¹. Der »Held des Tages«¹² gehört zu den wenigen 1990 gewählten Abgeordneten des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, die es verstanden haben, die jeweils bevorstehenden Wendungen rechtzeitig zu erkennen und so beständig Karriere zu machen¹³. Die KPRF und der Kongreß der Russischen Gemeinden gewinnen, glaubt man den Meinungsumfragen, zunehmend die Gunst der Wähler.

Zu den jüngsten »Kollektivmitgliedern« des Kongresses der Russischen Gemeinden gehört die Assoziation der Veteranen der Antiterrorereinheit »Alpha«. Die ca. 40jährigen »Veteranen«, sagte der Präsident der Assoziation, Sergej Gontscharow, sähen in Lebed, Skokow und Glasjew ihre Interessenvertreter.¹⁴ Das Intermezzo am Wochenende sei ein Spiegelbild der politischen Unkultur in Rußland, lautete das einheitliche Presseecho. Jetzt hänge alles vom Obersten Gericht ab, sagte der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission im Fernsehen. 14 der registrierten Wahlbündnisse hatten zu diesem Zeitpunkt die Überprüfung ihrer Kandidaten hinter sich.

Die Entscheidung – das war nach der Übertragung von Tschernomyrdins Krankenbesuch bei Jelzin klar – werden nicht die Dumawahlen Ende des Jahres, sondern die Präsidentschaftswahlen in acht Monaten bringen. Denn keine der »Superparteien« wird

die Kommission Fehler bei der Registrierung von 6 der insgesamt 200 Abgeordneten fest und lehnte aus diesem Grunde die Zulassung ab. Arkadi Wolski, Michail Gorbatschow und Jegor Gajdar wiesen die Entscheidung der Wahlkommission am selben Abend als falsch zurück. Gajdar sagte im Interview für NTV, seine Partei würde sich nicht an einer Wahlfarce beteiligen. Nach der Ablehnung des von Ruzkoj geführten Bündnisses und im Falle des Fernbleibens von Gajdar wären von den Demokraten nur noch die Partei Irina Hakamadas und »Vorwärts Rußland!« übriggeblieben.

10 Vor vergleichbaren Problemen standen »Unser Haus Rußland« mit 40 abtrünnigen Abgeordneten, der Rybkin-Block verlor 80 Kandidaten, die Agrarpartei 10, die Union der Arbeit 46. Moskowskie nowosti, 29. Oktober – 5. November 1995, S. 4.

11 Sergej Tschugajew: Predsedatel Zentrisbirkoma wsegda umel woweremja smenit chosjaina, in: Iswestija, 1. November 1995, S. 2.

12 Eine biographische Skizze des seit dem 23. September 1993 der Zentralen Wahlkommission vorstehenden Politikers ist in den »Moskowskie nowosti« Nr. 75, 29. Oktober – 5. November 1995, S. 4, veröffentlicht.

13 Rjabow wurde am 14. Januar 1993 in Tiraspol zusammen mit Makaschow, Prochanow, Schoschiaschwili, Alksnis und Kogan mit einem Nagan ausgezeichnet, berichtet

Alexander Mirkin in der *Is-westija* vom 1. November 1995. Jetzt gebühre ihm das platine Feuerzeug Nr. 1, mit dem er später die Wahlzettel anzünden könne, schreibt der Journalist in einem durchaus nicht als Satire gedachten Beitrag. Daneben findet sich eine Karikatur, in der Jawlinski mit einem Apfel auf dem Kopf zu sehen ist. Vor ihm steht ein Revolvermann. Wohin soll ich zielen, fragt er die drei dunklen Gestalten im Hintergrund.

14 Natalja Kuposowa: Die besondere Rolle der russischen Spezialeinheiten, in: *Nesawisimaja gaseta*, 3. November 1995, S. 2.; Schamil Sultanow: Alpha – eine Vereinigung der Profis, in: *Sawtra*, Nr. 44, S. 3. Die hundertste Ausgabe von »Sawtra« hat ihren Platz ausschließlich Militärs und Vertretern unterschiedlicher »Dienste« zur Verfügung gestellt. Von der Karikatur auf der Titelseite grinsen dicke und krummnasige Gestalten den Leser an. Aber nicht mehr lange, denn die ins Bild tretenden ordentlichen Intellektuellen und Arbeiter werden der Provisorischen Regierung bald ein Ende machen. »Für unsere Heimat – Feuer! Feuer!« – steht unter dem der Redaktion von General M. G. Titow »verliehenen« Rotbannerorden.

die absolute Mehrheit erringen. Russische Journalisten und Meinungsforscher reden von vier bis sechs aussichtsreichen Anwärtern auf den Präsidentenposten: Sjuganow, Tschernomyrdin, Shirinowski, Jawlinski, Ruzkoj und Lebed. Gemäß dem neuen Gesetz »Über die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation« können Initiativgruppen von 100 Bürgern Kandidaten vorschlagen. Um ihn aufzustellen, müssen eine Million Unterschriften erbracht werden.

Das Schicksal Rußlands hänge von Parteien ab, die offiziell noch gar nicht registriert seien, schrieb Michail Berger in der »*Is-westija*« vom 1. November 1995. Von der Partei des »Fallenden Rubel«, von der Partei »Her mit dem föderalen Paket!«, von der Partei der »Nichtsteuerzahler« und der Partei der »Ausnahmen und Zuschüsse«. Damit seien jene Problemfelder benannt, auf denen sich der neugewählte Präsident bewähren müsse.

Inzwischen suchen viele Moskauer Trost bei der Iberischen Gottesmutter. Eine gesegnete Kopie der Ikone mit dem Bildnis der Schutzheiligen Moskaus befindet sich wieder an ihrem angestammten Platz in der Kirche am Wiederauferstehungstor. Das Tor und der unweit gelegene Kasaner Dom wurden 1929 abgerissen, um den Marschkolonnen einen ungehinderten Zugang zum Roten Platz zu ermöglichen. Jetzt werden die Zugänge zum Roten Platz wieder versperrt. Dort wo einst der Sowjetpalast in die Höhe ragen sollte, wächst die Erlöserkirche gen Himmel. Auf dem Manegeplatz graben sich die Kommersanten ein. Von solchen »Baugruben« wagte nicht einmal Platonow in seinen Romanen zu träumen. Wo heute noch ein gewaltiges Loch klafft, soll bald ein unterirdisches Handelszentrum Platz finden.

ERNST WURL

Das subtile, doch unerläßliche Band zwischen Politik und Utopismus

Theoretische Notizen zu einem Problem der Linken

In einem jüngeren Positionspapier aus der PDS zur Vorbereitung auf die 2. Sitzung ihres 4. Parteitages findet sich die – zunächst überraschende, vielleicht gar verwirrende – Aussage, die PDS lehne »die Konstruktion von Gesellschaftsmodellen der Zukunft ebenso ab wie alle Versuche, der heutigen Gesellschaft irgendwelche Muster aufzupropfen«¹. Damit stehen wir vor der Verknüpfung einer eminent politischen mit einer politiktheoretischen Aussage – eine Verknüpfung, die mit einer der strittigsten Fragen der Diskussion auf beiden Feldern seit dem Umbruch von 1989/90 verbunden ist: der Rolle des Zukunftsdenkens für die Politik. Mit dieser Bekundung drängen sich Fragen auf: Haben die Linken marxistischer und verwandter Provenienz nicht gerade erst das Nachdenken über die Zukunft im Sinne des Utopischen – wie immer dieses denn definiert werden sollte – wiederentdeckt, nachdem es seit den zwanziger Jahren in ihren Reihen per dictum et poenam begraben zu sein schien? Wird nun von dieser Seite das immer wieder und erst recht seit dem Umbruch von 1989/90 von den Konservativen triumphierend ausgerufene »Ende der Utopie« verkündet? Soll die Partei zu den »Wurzeln« zurückgehen, zu Karl Marx' und Friedrich Engels' Absage an die Utopie als unnütz für Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung? Man findet sich erinnert an Engels' nahezu identische Äußerung, die Sozialisten hätten keine »vorgefaßte[n] Meinungen in bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im einzelnen«². Oder bahnt sich aufs neue die Tendenz an, Utopien als »reaktionäres Phantasiespiel über künftige Gesellschaften«³ zu verurteilen, die in dem Lenin-Wort gipfelte, »daß die Marxisten [...] allen Utopien feindlich gegenüberstehen«⁴?, zumal die mancherorts im Schwange befindliche und oft verschwommene Forderung nach verstärkter »theoretischer Arbeit«, »Wissenschaft« exklusiv zu favorisieren scheint? Nun hat schon derselbe Lenin zuvor sich zu einem »Träumen« von einer besseren Zukunft in einer Weise bekannt, die nahezu mystisch anmutet: Er pflichtete D. I. Pissarew bei, der Zwiespalt zwischen Traum und Wirklichkeit sei nicht schädlich, wenn nur beides miteinander verglichen würde und man »überhaupt gewissenhaft an der Realisierung seines Traumbildes arbeitet«⁵. So stehen auch diejenigen mit ihm auf gutem Fuße, die zur gleichen Zeit vom politischen Träumen reden oder die Unentbehrlichkeit von Visionen beschwören.⁶ Doch was bedeutet, an der Realisierung eines Traumbildes zu arbeiten?

Ernst Wurl – Jg. 1933,
Historiker und Politikwissen-
schaftler, Dr. sc. phil.,
Leipzig.

Ausgangspunkt dieses Auf-
satzes ist ein Vortrag vor
dem Arbeitskreis Politikwis-
senschaft des Rosa-Lu-
xemburg-Vereins Leipzig
am 7. September 1995; er
wird für den gegenwärtigen
Zweck wesentlich gekürzt
und verändert dargeboten.

»Aber wir haben kein Endziel. Wir sind *Evolutionisten*, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vor-gefaßte Meinungen in bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im einzelnen? Davon werden sie bei uns keine Spur finden.«

Interview Friedrich Engels' mit dem Korrespondenten der Zeitung 'Le Figaro' am 8. Mai 1893, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 542.

Diese Utopiekritik hat die deutsche Sozialdemokratie jedoch nicht daran gehindert, in ihrer Aufschwungphase gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges zahlreiche Zukunftsprojekte vorzulegen – zum Ärger Bernsteins, der gegen diesen »utopischen Eklektizismus« heftig polemisierte (»kein zurechnungsfähiger Sozialist schreibt...«). Siehe Eduard Bernstein: Utopismus und Eklektizismus [1896], in: ders.: Zur Theorie und Geschichte des Sozialdemokratismus, Teil II, 4. Aufl. Berlin 1904, S. 32-40). Auch unter den Bolschewiki der alten SDAPR war die Utopie salonfähig (A. Bogdanow [Alexander Malinowski]: Der rote Planet, 1907; Ingenieur Menni, 1912). In der jungen UdSSR entstand eine der berühmtesten Gegenutopien, Samjatin's »Wir«. Wir kennen andererseits Leo Trotzki's Schwärmerei über den neuen Menschen: »Der Mensch wird [...] einen Übermenschen schaffen... Der Mensch wird unvergleichlich stärker, klüger, fei-

Es geht um dieses in solchen nötigen Fragen sich aufbauende Spannungsfeld, wenn von der Beziehung zum Utopischen unter politischen Aspekten seit eh und je die Rede ist: Platz und Potenzen des Utopischen innerhalb der Politik bilden den Brennpunkt der internationalen Debatte um die Utopie, nicht ein Konflikt zwischen Wissenschaft und Utopie – allenfalls entzündet sich der Diskurs an dem Grad der Berührung beider je nachdem, wie das »Utopische« bestimmt wird. Auch im originären Marxismus wurde das Verhältnis von Wissenschaft und Utopie stets instrumental für die Politik gedacht. Von ihr her kritisierten K. Marx und F. Engels die Utopie und formulierte letzterer die bis zu dem von uns erlebten Epochenumbruch dominante Sicht der marxistischen Linken auf sie aus: Die Ausarbeitung des historischen Materialismus (mit der Auffassung von der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs) und die Entdeckung des Mehrwerts (als Keimzelle des Untergangs des Kapitalismus) hätten die Sicht auf Geschichte und ihren weiteren Gang verwissenschaftlicht und daher reine Gedankenkonstruktionen wie Utopien hinfällig gemacht für die strategische und politische Orientierung der Arbeiterklasse; der Sozialismus selbst sei somit eine Wissenschaft geworden.⁷ Dieses Konzept enthält bei genauerer Betrachtung weder die pauschale und strikte Verdammung der Utopie als gedankliches Phänomen – als literarisches Produkt wird sie verschiedentlich ausdrücklich gerühmt –, noch die Feststellung, daß Politik allein von der Wissenschaft bestimmt werde. Wer die historisch-politischen Schriften von Marx und Engels liest oder ihre eigene politische Praxis überblickt, wird unschwer erkennen, daß der Sozialismus als Wissenschaft ihnen die grundsätzliche Methodik politischer Analyse und den letztlich perspektivischen Leitfaden bot, sie politische Praxis jedoch als von weitaus mehr Faktoren denn allein als von »Wissenschaft« bestimmt und beide als relativ autonome Felder mit spezifischen Regeln betrachteten.

Der Streit um das Verhältnis zwischen Utopie und Politik in der Gegenwart hat für die marxismusnahe Linke deshalb solche Brisanz gewonnen, weil eben Konzepte und Wege künftiger Gesellschaftsentwicklung auf dem Prüfstand stehen, nachdem die in diesem Jahrhundert tastend und unter bleiernem Bürden versuchten fehlgeschlagen sind – an der Erstarrung des eigenen theoretischen Arsenal's und seiner Fundamente und insbesondere an einem politischen Denken und Operieren, das in eine zivilisatorische Sackgasse führte. Ihre Niederlage ist zugleich mit der bitteren Hypothek des Anwurfs belastet, eine dem Marxismus eigene Utopie in Gestalt von Kernelementen des Wissenschaftlichen Sozialismus verfolgt zu haben, die totalitär und barbarisch sei und sich als perspektivlos erwiesen habe.⁸ Dennoch zweifelt keine der streitenden Seiten – auch nicht die der konservativen Denker, die vom »Ende der Utopie« schreiben – daran, daß die Sehnsucht nach Überschreiten und also der Drang nach Veränderung der Gegenwart eine anthropologische Konstante darstellt, die immer wieder Utopisches gebären wird. So werden denn je nachdem, ob überhaupt und in welcher Weise oder Gewichtung das politische Denken der jeweiligen Akteure auf die Gestaltung von Zukunft ge-

richtet ist, letztlich also auf Überwindung des Bestehenden durch Veränderung der Gesellschaftsgrundlagen, -strukturen, -orientierungen und -werte, utopisches Denken und utopische Modellversuche unterschiedlich in die eigenen Strategien der Reflexion und des Handelns eingeordnet. So ist die originäre Nähe sozialistischer Orientierung auf »Utopie« per se gesetzt.

An der Unterscheidung von utopischen Modellen und utopischem Denken setzt die Denk- und Handlungsproblematik linker Politik ein. Beide verkörpern historisch zwei Stufen der Utopieauffassung: die Fixierung auf die »klassische Utopie« als Fiktion einer idealen Gesellschaft in der Tradition des Thomas Morus (gegebenenfalls Platons) oder auf die »utopische Intention«, das utopische Bewußtsein in seiner weitesten Gestalt, die Träume von einer besseren Zukunft, Sehnsucht, Hoffnung und Vision, ja bei manchen auch Mythen und religiöse Schwärmerei einschließend. Begriffe letzterer Art, ebenso Ideale und Werte, stehen gemeinhin für Utopisches, nicht nur in schlichter Verwandtschaft. Sie gehen in die alltägliche Floskel ein, etwas sei utopisch, weil in unabgestufter Weise unwahrscheinlich. Eine solche Auffassung wird nicht auszumerzen sein (und es zu versuchen wäre vielleicht gar nicht zweckmäßig), bei der wissenschaftlichen Systematisierung und letztlich selbst in der konzeptionellen politischen Tätigkeit hilft sie wenig voran: Sie umfaßt unterschiedliche Ebenen der Wahrnehmung gesellschaftlicher und individueller Realität und ihrer Reflexion und weitet den Begriff in einem Maße aus, daß er sich methodisch für eine rationale Anwendung in der Politik selbst aufheben würde. Wenn jede Form einer Äußerung über nicht Bestehendes, aus der Gegenwart heraus zukünftig nicht sicher zu Erwartendes, Wunschdenken, Hoffnungen, Träume, Gesellschafts- und Staatsmodelle und ebenso schlicht kurz- und mittelfristige zeitige Projekte oder bestimmte schon praktizierte Lebensweisen unter »Utopie« subsumiert werden, ist die ohnehin schwache analytische Kraft des Begriffs vollends dahin. Es liegt auf der Hand, daß der bloße Wunsch nach einem »guten Leben« einem phantastischen Gesellschaftsmodell als Produkt rationaler Denkarbeit nicht unmittelbar gleichwertig gesetzt werden kann und so auch ihre Plazierung in der Politik verschieden sein wird. Zwischen der Utopie als Zukunftsdenken in strukturierter ausgeformter Gestalt und dem utopischen Bewußtsein zu unterscheiden, wird für politische Projektionen zwingend.

Die Gestalt der »klassischen Utopie« reflektierte nach dominanter Ansicht der Utopieforschung⁹ gesellschaftliche Konflikte, übte Sozial- und politische Kritik¹⁰ und stellte der jeweiligen Gegenwart Gesellschaftsalternativen gegenüber, die eine andere normative Wertsetzung präsentieren, wie sie denkbar, aber nicht zwingend als realisierbar vorstellbar ist. Als politische Utopien, die auf die Regelung von Gemeinschaften angelegt sind¹¹, vertreten sie »Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften [...], die sich entweder zu einem Wunsch- oder einem Furchtbild verdichten«¹². Dies ist das vielbeschworene Doppelgesicht als politischer Grundzug der Utopie, der »doppelte Spiegel«, den sie aufstellt, wie Fred Polak (1961) es nannte: »[...] eines zur Abspiegelung der zeit-

ner werden ... Der menschliche Durchschnitt wird sich bis zum Niveau eines Aristoteles, Goethe, Marx [...] erheben.« (Leo Trotzki: Literatur und Revolution, Wien 1924, S. 176ff.) Aber dies war stets in Zeiten des erhofften Aufbruchs zur Macht oder ihrer ersten Sicherung, mit der Stabilisierung in der UdSSR gingen die utopischen Intentionen nach und nach zurück.

genössischen Generation, so daß jede Generation ihre eigene Zeit sehen kann, des anderen, um das Gegenbild einer möglichen und wünschenswerten Zukunft aufzufangen. [...] Die Verbreitung einer optimistischen Sicht der Möglichkeit sozialer Neugestaltung nach einem idealen Modell ist ein wesentliches Moment der utopischen Aufgabe.«¹⁵

Utopien sind rational verfaßte Gedankenentwürfe und nicht schlechthin »ein Traum«, allenfalls ein »Tagtraum« bewußten Zuschnitts; als phantastisches Produkt der Rationalität finden sie einen Bezug zum wissenschaftlichen Denken, sind aber weder ihm noch der Prognose »verpflichtet«¹⁴; mit letzterer verbindet sie allein der Blick in die Zukunft, doch in ganz anderer als der eigenen Art. Sie sind nicht simpler Nachvollzug oder Prolongation existierender Verhältnisse, sondern abstrakt erdachte Gegenwelten; ihre Vorstellungen überschreiten alles Gewohnte und brechen mit ihm. Die immanente Systemkritik von Utopien führt nicht zu einer reformerischen Haltung im Sinne einer schrittweisen und partiellen Modifikation des Bestehenden, sondern richtet sich auf die Totalität einer Umwälzung. Auf Revolution hin sind sie zwar von ihren Verfassern nicht ausgerichtet, implizieren sie jedoch, wenn sie praktisch verwirklicht werden sollen. Charakteristisch für sie ist ebenfalls, daß sie mit der zumeist verborgenen Tendenz konzipiert sind, verwirklicht zu werden, ohne daß ihre Autoren dies jeweils im Sinn hatten. Damit hängt zusammen, daß sie keine Strategie zu ihrer eigenen Verwirklichung enthalten, so daß sie nicht unmittelbar handlungsorientierend sind, wenn schon sie diesen Impuls auslösen können. Wie angedeutet, können sie bessere Welten anvisieren, oder aber schlechtere wie die »schwarzen« oder Gegenutopien, die als Warnung und Abschreckung durchaus positiv gerichtet sind, und nicht ganz zu unrecht sprechen etliche Autoren davon, daß sie in unserem Jahrhundert stärkere Wirkung als die erklärt positiven erzielen können; insbesondere technische Utopien sagten häufig denkbare Entwicklungen voraus, die Gefahren für die Gesellschaftsentwicklung ausmalten.

Gewiß können Entwürfe dieser Art wegen ihrer Sozialkritik einen enormen emanzipatorischen Impetus bergen, ein Mobilisierungspotential, das geschichtswirksam wird, weil sie die Umwälzung der als verwerflich empfundenen gegenwärtigen Welt und die Realisierung elementarer Menschenrechte anstreben, wie sie sich in Renaissance und Aufklärung herausbildeten.

Als ideale Ordnungen, wie sie in ihrer Welt denkbar, aber politisch nicht umsetzbar und so zunächst räumlich fernab und zeitlich außerhalb der eigenen Zeit gestellt wurden, waren sie Totalentwürfe, die in Form geschlossener Systeme oder Teilsysteme vorliegen. In einem solchen abstrakten idealen Modell ist eine innere Dynamik nicht angelegt, herrscht also theoretisch funktional bedingte Statik. Sie regulierten extrem alle Lebenssphären des Menschen, setzten und kontrollierten alle Verhaltensnormen in einem streng hierarchischen System. Der Mensch als zu disziplinierendes Erziehungsobjekt gerät in einen unauflösbaren Widerspruch zu den proklamierten und auch angestrebten Zielen. Ihr umfassender Gestaltungswille nach einer perfekten Ord-

nung mit Menschen, die freiwillig und aus eigenem Antrieb sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen und einander gleich bis zur Kleidung und zur Ernährung sind, implizierte damit Konflikte, die im Kopfe nicht unbedingt ausbrechen mußten, wenn man von der Umformung des Menschen nach dem eigenen Bilde, der absoluten Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft, seiner Abschottung gegen die Außenwelt u.ä.m. ausging; in der Realität jedoch mußte dies am Ende zum Ausbruch aus der Geschlossenheit führen.

Dieses Erscheinungsbild der literarischen Utopie hat sehr früh, bereits zur Zeit der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, eine Gegeninstrumentalisierung hervorgerufen: Utopien wurden zu politischen Schreckensbildern, in Deutschland dann insbesondere mit dem Aufschwung der Sozialdemokratie am Ende des 19. Jahrhunderts. Das sowjetische Gesellschaftssystem und vergleichbare in den anderen staatssozialistischen Ländern wurden bekanntlich zum Inbegriff einer verwirklichten Utopie¹⁵, weil in der Tat viele Bilder aus den Utopien an ihnen abzulesen sind, die ihre Ursprünge in utopischen Zügen im Marxismus (klassenlose und herrschaftsfreie Gesellschaft, Vergesellschaftung der Produktionsmittel u.a.m., umfassende Planung, die Formung des »neuen Menschen«)¹⁶ und generell aus der sozialutopischen Tradition des 19. Jahrhunderts nahmen. Die Gegner der klassischen Utopien á la Platon erkannten in ihnen, was Hegel von der Herrschaft im Namen der »reinen Tugend«, die zur »fürchterlichsten Tyrannei« führen müsse, am Beispiel Robespierres verbildlicht hatte¹⁷.

Der Begriff der utopischen Intention veränderte die Sicht auf das Utopieproblem, weil er grundlegend von einem allgemeinen zukunftsorientierten Veränderungswillen ausgeht, das Utopische nicht an ein bestimmtes Gesellschaftsmodell bindet, ja diesem skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, auch wenn er ein solches nicht ausschließt. Erst in jüngerer Zeit wurde ersichtlich, daß die Schöpfer dieser Auffassung, Ernst Bloch und Karl Mannheim, stark beeinflusst von einer Schrift des Anarchisten Gustav Landauer (1907) waren, als sie die »seinstranzendierende« Kraft utopischen Denkens in allen seinen Formen in das Zentrum rückten.¹⁸ Prägnant formulierte Karl Mannheim: »Utopisch ist ein Bewußtsein, das sich mit dem es umgebenden ›Sein‹ nicht in Deckung befindet.«¹⁹ Eine solche Ausweitung des Begriffs der Utopie erscheint problematisch, weil uferlos und nicht – was sonst üblich – zwingend wertorientiert, doch entspricht er eben der Uferlosigkeit eines Denkens, das zwar aus der konkreten historischen und sozialen Situation des Individuums entspringt und von diesem Boden aus »denkt«; in seinen Vorstellungen über das Machbare wird es durch diesen allerdings begrenzt. Das Utopische bleibt immer das denkbare Mögliche, insofern das abstrakt Realisierbare, aber an diese Bedingung nicht Gebundene. Diese impliziert auch die Ambivalenz als utopisch gedachter politischer Aussagen, weil die deutsche Sprache grammatikalisch dem Verb keine wertenden Nuancierungen des Konjunktivs wie im Lateinischen erlaubt, das die reale, die unwahrscheinliche irrealen und die offene Möglichkeit anbietet. Die Breite des Begriffs der »uto-

»[...] die subjektive Tugend, die bloß von der Gesinnung aus regiert, bringt fürchterlichste Tyrannei mit sich. Sie übt ihre Macht ohne gerichtliche Formen und ihre Strafe ist eben nur einfach – der Tod.«
G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Frankfurt am Main 1992, S. 533.

»[...] der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert die Hölle. Dieser Versuch führt zu religiösen Kriegen und zur Rettung der Seelen durch die Inquisition. Und er beruht [...] auf einem völligen Mißverständnis unserer sittlichen Pflichten. Es ist unsere Pflicht, denen zu helfen, die unserer Hilfe bedürfen; aber es kann nicht unsere Pflicht sein, andere glücklich zu machen; denn dies hängt nicht von uns ab [...]«. Es gehe nicht an, mit politischen Mitteln anderen die eigene Wertordnung aufzuzwingen.

Karl Raimund Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde [1947], Bd.2: Hegel, Marx und die Folgen, 6. Aufl. Tübingen 1980, S. 292.

pischen Intention« bzw. des »utopischen Bewußtseins« ist umstritten – zählen Chiliasmus und Mythen dazu? –, doch bleibt dies ein disziplinäres, politisch allenfalls ein normatives Problem, beispielsweise, wenn politische Programmatik religiöse Relationen bemüht.

In diesem Punkt, daß ein Ende der geschlossenen utopischen Gesellschaftsentwürfe gekommen sei, ist sich die aktuelle Diskussion um die Zukunft der Utopie einig, wie sich repräsentativ in einem Sammelband Richard Saages widerspiegelt. Dieser offenbart jedoch, daß ein Untergang des utopischen Prinzips im Grunde von niemandem erwartet wird, auch nicht von Joachim Fest oder Ernst Nolte. Mindestens vier Muster des begrifflichen Ansatzes für eine Diskussion über Utopie, Muster der Charakterisierung, will der Herausgeber in den einzelnen Aufsätzen unterscheiden²⁰:

die Orientierung der Kritik am »Urty« (Thomas Morus) als Fiktionen innerweltlicher Gesellschaften, geboren aus säkularisierter Vernunft, als Bilder einer Welt, wie sie sein soll oder nicht; die an Ernst Bloch und Karl Mannheim anknüpfende »utopische Intention« bzw. das »Prinzip Hoffnung« mit seinstransformierender Ausrichtung (hier wird das Utopische im Wesen des Menschen oder in religiösen Vorstellungen verankert – Chiliasmus usw.);

die Ableitung utopischen Denkens aus dem Streben, Entfremdung und Egoismus zu überwinden und den verlorenen Zustand der vormodernen Sippengemeinschaft wiederherzustellen – hier fänden sich die auf »totalitäre Herrschaft« festgelegten Strukturen der politischen Utopie schlechthin;

und schließlich das Konzept der »gelebten Utopie«, also experimentelle Alternativen zum Bestehenden, Reaktionen aus dem Verfall des Politischen und in »Abkehr vom autoritären Muster der klassischen Sozialutopie«.

Doch welchen Platz nimmt nun im heutigen Politischen – was verkürzt und nicht weiter detailliert heißen soll: politische Verhältnisse, politisches Denken und politische Praxis – Utopismus in dieser Spannweite schlechthin ein? Für die letztgenannten zwei Aspekte gilt jedenfalls, daß sie heute drängender denn je geworden ist, weil der Druck der parallelen und sich überlagernden Auflösung und eines Bemühens um die Neudefinition eines Politikverständnisses enorm gewachsen ist. Seine Substanz: die Anpassung an aktuelle globale Komplikationen unter dem Blickwinkel einer demokratisierten Zukunftsgestaltung.²¹ Brisanter als jemals zuvor ist geworden, wie Politik sich einstellt in der Zielorientierung und Ausführung von Interessen, wie sie die zeitlichen Dimensionen absteckt, wie sie alle diese Momente erkundet und formuliert, und welches die Maßstäbe dafür sind.

Auf dieser Ebene hat es die Politik, geleitet von Interessenwahrnehmung und -sicherung, mit dem zu tun, was man allgemein als politische Konzeption bezeichnen könnte: Aussagen zur Vorbereitung von Entscheidungen in Gestalt von Grundsatz- und Aktionsprogrammen oder kürzer greifenden Aussagensystemen vorzulegen.²² In ihnen geht es um Orientierungen, die Lernpro-

zessen ausgesetzt sind und nicht den einmal getroffenen Entscheidungen bedingungslos folgen. Sie gehen unmittelbar nicht von gewissermaßen »letzten Werten« aus, sondern von aktuellen und nächstens zu erwartenden Bedingungen für ein ergebnisträchtiges Handeln.²⁵ Dennoch enthält gerade die Programmatik von Parteien unmittelbar und in hochgradigem Maße sinnstiftende Elemente, die der Regierung mittelbar, gewissermaßen als Folie, dienen, vor der sich das politische Handeln abspielt.

Mehr oder weniger ausgeprägt handelt es sich um Blicke in die Zukunft, die man politikspezifisch als Leitbilder bezeichnen kann. Der US-amerikanische Soziologe Kenneth Boulding hat in einem seinerzeit viel beachteten Buch über »Die neuen Leitbilder«²⁴ Wesen und Platz solcher, wie er sie ausdrücklich nannte, Zukunftsbilder als entscheidende Triebkräfte individuellen und gesellschaftlichen Handelns anregend dargestellt: Neben der subjektiven Wissensstruktur umfasse das Leitbild Werte nach dem Maßstab des Besser- oder Schlechter-Seins andererseits. Über den Begriff des Leitbildes hinaus impliziert die Forderung nach dem Werturteil freilich doch die nach den »letzten Werten«. Aber die differieren subjektiv wie nach Gruppeninteressen. Unter diesem Aspekt ergibt sich ein immanentes Utopismusproblem politischer Zielsetzung, das auf die Praxis der Politik zurückwirkt. Der amerikanische politische Philosoph Thomas Nagel (bei ihm als politische Theorie bezeichnet) umschreibt es als den Widerspruch zwischen einem proklamierten Ideal des Gemeinschaftslebens und dem Versuch, jedem einzelnen nun nachzuweisen, daß er wünschen sollte, unter diesem Ideal leben zu wollen. Wie immer man solche Ambitionen vortrage, ob als universellen Geltungsanspruch oder eher als eingeschränkten, stets bleibe die Frage, wie das zusammengehen solle. »Wie attraktiv es ansonsten auch immer sein mag, ein bestimmtes Ideal in Erwägung zu ziehen, es wird utopisch, sobald zu vernünftigen Entscheidungen fähige Subjekte nicht motiviert werden können, nach ihm zu leben [...]« Die praktische Realisierbarkeit übergreifender gesellschaftlicher Idealbilder erscheint ihm zweifelhaft; denn den Konflikt zwischen überpersönlichen Idealen und den Antrieben des konkreten Individuums zu überwinden sei zwar denkbar, aber auf lange Sicht nicht zu erwarten. Zwischen dem kollektiv (vielleicht) Vernünftigen und dem persönlich Vernünftigen könne das System de facto nicht vermitteln, es müßte sich daher mit umfassender staatlicher Zensur am Leben erhalten.²⁵ So erweist sich als Kern des Problems offensichtlich nicht, daß in der Politik, d.h. beim agierenden Politiker, große Visionen, Ideale und Leitbilder bestehen, sondern in welchem Maße sie angemessen und vermittelbar sind. Im Raume steht erneut das auf die geschlossene Utopie des platonischen Typs einseitig zentrierte Verdikt Karl Raimund Poppers vom Versuch, den »Himmel auf Erden einzurichten«, der »die Hölle« produziere.²⁶

In der Politik der regierenden kommunistischen Parteien hatte die kommunistische Vision mit der Dauer immer weniger Platz und diente in der Programmatik zunehmend vorrangig zur ideologischen Begründung einer Beschwörung letzter Ziele, die poli-

Der bekannte Romanist Werner Kraus kleidete die Ablehnung der Utopie unter dem Sozialismus überaus deutlich in die Worte:

»Da wir [...] über den Sozialismus nicht hinausdenken, hat die Utopie ihre eigentliche Dimension verloren [...] Ihr wichtigster Ansatz ist die geheime Erwartung, die Verbindung mit höheren, auf fremden Planeten wohnenden Fabelwesen zu finden. ... In Wahrheit ist dieser Wunschtraum einer Begegnung mit höherentwickelten Wesen jedoch ein Rückfall in die unerfahrene Kindheit des Menschen ... Die Utopie kann uns nicht mehr tiefer zu Herzen gehen. Die Perspektive unentwegter Hoffnung wird allein von einer unveränderlichen und unerfüllbaren Welt angesprochen...«

Werner Kraus: Überblick über die französischen Utopien von Cyrano de Bergerac bis zu Etienne Cabet [1962], in: Ders.: Das wissenschaftliche Werk, Bd. 1: Literaturtheorie, Philosophie und Politik, 2. unv. Aufl. Berlin, Weimar 1987, S. 599.

»Freitag: Früher haben wir Utopien ausgemalt, wie es sein sollte, und daran die schlechte Wirklichkeit gemessen. Da mußte sich die Wirklichkeit immer blamieren. Und ist die Wirklichkeit denn nicht 'blamabel'?

Werckmeister: Dem lag ein falscher Begriff von Utopie zugrunde. Eine Utopie muß sich an dem orientieren, was tatsächlich an voraussehbaren Entwicklungen stattfindet [...].

Freitag: Utopien also im Sinne von konstruktiven in den Bereichen Verkehr, Recyclingwirtschaft, Umwelttechnologien, in der Raum- und Stadtplanung. Sind das die Utopien, die uns fordern?

Werckmeister: Entschieden ja! Und im Bereich des menschlichen Umgangs miteinander usw. Das ist eine der wichtigsten Fragen, daß wir von dem feindseligen, haßerfüllten Umgang – auch unter Linken – zu einem menschlichen Umgang miteinander finden müssen. Das ist die Basis für eine vernünftige gesellschaftliche Entwicklung und Verfahren! Land: [...] Ich glaube, daß grundsätzliche Neuorientierungen auch in den Bedürfnissen erforderlich sind. Für Utopien ist da sehr viel Platz. Sicher ein sehr wichtiges, aber nur ein Feld.

Werckmeister: Das wächst im Schoße der alten Gesellschaft alles bereits heran. Ein paar Beispiele: Wir wollen, daß die Menschen gebildeter sind. Wir haben heute in der Metallindustrie schon 57 Prozent der Angestellten in den hohen Qualifikationsstufen. Wir haben eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden durchgesetzt. Das schafft neue Möglichkeiten für weitgefächerte kulturelle, gesellige, sportliche Aktivitäten.

tisch-praktisch keine Rolle spielten, nachdem die elementaren Rahmenbedingungen des »Grundmodells des Sozialismus« gesetzt waren. Der Sozialismus als bewußte Tat der Werktätigen vertrat sich in dem von Stalin ausgeformten Partei-, Staats- und Politikverständnis jedenfalls nicht mit der Utopie.

Für die Kommunisten und andere Linke in der Bundesrepublik, soweit sie in enger Beziehung zur SED standen, ergab sich ohnehin ein Dilemma, wie die Gesprächsrunde von Politikern der DKP mit Wissenschaftlern am 7. Oktober 1984 über »Utopie als Zukunftsdenken heute?« dokumentierte: Die mobilisierende Kraft utopischen Denkens und Hoffens war allen bewußt, auch den DKP-Politikern wie Willy Gerns und Heinz Jung. Den Alternativbewegungen in der BRD wurde das Recht auf Utopismus zugesprochen, und dies sollte auch für die DKP genutzt werden. Jörg Sandkühler und Frank Deppe versuchten demgegenüber eine allgemeine Aufwertung des utopischen Denkens. Sandkühler lehnte die Entgegensetzung von Wissenschaft und Utopie strikt ab. Doch Heinz Jung und Willi Gerns sahen ansonsten kein Bedürfnis nach Spielraum für utopisches Denken in der DKP, sondern im realen Sozialismus die Zukunft der kapitalistischen Staaten. Gerns deklarierte gar, dieser sei der »fruchtbarste Boden für neue Utopien«! Vielleicht war es eine Aufforderung an die Partei ostwärts, daß er zugleich für »den Sozialismus« (?) die Unabdingbarkeit utopischen Denkens bekräftigte, nämlich »Wirklichkeit vorwegnehmendes Denken, das die Zukunft nicht idealistisch erfindet, sondern entdecken helfen will.«²⁷

Letzteres würde ich dann akzeptieren für den Umgang der linken politischen Kräfte mit dem Utopismus, wenn dies nicht seine Unterdrückung im Namen der Wissenschaft bedeutet. »Idealistisch erfinden« dürfte nicht umschreiben, daß der vorausgreifenden irrealistischen Phantasie Zügel anzulegen sind. Darin besteht heutzutage wohl auch nicht das Dilemma mit Blick auf unser Thema, weil dies nur eine parteiinterne ideologische Inquisition exekutieren könnte. Sicher auch nicht darin, daß Wissenschaft und Utopie nebeneinander wirken, weil sie unterschiedliche Erkenntniswege und Wirkungsbereiche besitzen, sich dort aber berühren und also ergänzen können.

Daß die Utopie heute unter der marxistischen und ihr nahestehenden Linken ein so hohes Ansehen genießt, ist für sie selbst charakteristisch: sie blüht auf in Zeiten von Krisen in Politik und Gesellschaft, ob für einzelne oder politische Bewegungen. Wo eben die wissenschaftliche Analyse der Realprozesse noch aussteht, greifen vorwissenschaftliche Erkenntnisformen Raum. Doch dies ist vorerst, wie schon Joseph Schumpeter betonte, kein Mangel, denn vorwissenschaftliche Erkenntnisakte seien nicht allein Quelle der Ideologien, sondern auch Voraussetzung der wissenschaftlichen Arbeit überhaupt. »Ohne [...] sie ist in keiner Wissenschaft ein neuer Anfang möglich.«²⁸ In der Politik verhält es sich vergleichbar.

Einen Standardplatz nimmt in den Diskussionen über die politische Utopie noch stärker als zuvor seit 1989 die »konkrete Utopie« ein, mit der Linke offenbar bewußt einen praktikabel er-

scheinenden Terminus Ernst Blochs aufgreifen. In der alten Bundesrepublik fand er in den 60er Jahren politischen Widerhall namentlich in der Studentenbewegung; bekanntlich stand Rudi Dutschke in enger Beziehung und Verehrung zu Ernst Bloch, wurden Projekte als Werkstätten zukünftigen Lebens der ganzen Gesellschaft entworfen und praktiziert. Hans Magnus Enzensberger rief 1967 zu einem Wettbewerb um die konkrete Utopie auf, der 72 Entwürfe einbrachte. Es sollten Konzepte einer gegenwärtig machbaren, also direkt praktischen politischen Utopie entstehen. Doch auch im sozialwissenschaftlichen Diskurs wurde der Begriff rezipiert, z.T. in verbaler Synonymität mit dem der »realen« Utopie. Sie waren im Grunde ähnlich gerichtet, aber eher als evolutionäre Sozialtechnik á la Popper gedacht.

Implikationen entstehen, wenn man vergleicht, was Bloch unter der »konkreten Utopie« verstanden haben wollte. In einem Vortrag an der Berliner FU 1965 umriß er sie in Abgrenzung von der klassischen Sozialutopie und ihrer Kritik als Projektion des in der Wirklichkeit real Möglichen, die so in Übereinstimmung mit »Latenz« und »Tendenz« der Geschichte stehe. Doch hob er sie ab von dem kurzfristig Machbaren.²⁹ Die originäre Substanz einer solchen Bestimmung wäre die Bindung an die im Marxismus erkannt geglaubte Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs hin zum Kommunismus – was denn anderes sollte die Kenntnis der historischen Tendenz, der in der Geschichte schlummernden Möglichkeiten ausdrücken? Sie hat sich freilich bisher nicht als tragfähig erwiesen; denn der scheinbar durchschaute »Fahrplan« der Utopie konnte erst einmal das angekündigte Reiseziel nicht glaubhaft machen; er vermag es bis in unsere Tage jedenfalls nicht als wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis, sondern allein spekulativ. Nur um die Verheißungen und Gewißheiten des Blochschen »Fahrplans« wäre der erwähnte jüngste Deutungsversuch an der Utopie beschnitten. Schon von daher erweist sich die Benutzung des mit dem Namen Bloch verbundenen Begriffs der konkreten Utopie als fragwürdig. Zum anderen sieht Bloch Utopie eben nicht als das heute Machbare, sondern als das auf dem Boden der erkannten Tendenz phantasievoll zu erfindende, in der Ferne liegende neue Totum an. Die zuvor genannten Auffassungen von konkreter Utopie füllen den Blochschen Begriff also anders aus, als er von diesem benutzt wird, und rufen damit Irritationen hervor. Exemplarisch sei eine Diskussion in der Redaktion des »Freitag« angeführt, in der ein namhafter westdeutscher Gewerkschaftsfunktionär und Publizist den klassischen Utopien bescheinigte, sie hätten ein falsches Verständnis gehabt(!), es käme in der Utopie auf das an, »was tatsächlich an voraussehbaren Entwicklungen stattfindet.«³⁰ Er nennt im folgenden konkrete Projekte der Verkehrsentwicklung, des Umweltschutzes usw. Wie er die Produkte der langen Geschichte utopischen Denkens denn nun bezeichnen wolle, wenn er sie nicht als wirklich utopisch anerkennt, sagt er allerdings nicht. Es wird nachträglich umdefiniert ohne Rücksicht auf den Objektbereich.

Hier wird deutlich, daß der Utopiebegriff in die Nähe politischer Denktechniken und Projekte gerückt wird, mit dem Kern des Uto-

Das müssen wir erst einmal zur Kenntnis nehmen, statt immer nur an allem herumzumeckern und das Haar in der Suppe zu suchen.« Der kleine Moritz und die Megamaschine. Der West-Gewerkschaftler Georg Werckmeister und der Ost-Wissenschaftler Rainer Land im Gespräch über Wissenschaft, Technik und die Notwendigkeit von Utopien, in: Freitag, 21. September 1991.

»Gemeinsam ist den abstrakt-sozialen Utopien die Überholung der vorhandenen Gesellschaft durch eine überwiegend im Kopf ausgemachte, auskonstruierte – eben ohne konkreten Bezug der subjektiv-utopischen Intention zum Fahrplan, auf die Reife der Bedingungen, auf die objektiv-utopische Latenz, auf die reale Möglichkeit in der Wirklichkeit selber. Erst mit letzterem entsteht statt abstrakter konkrete Utopie. Konkrete Utopie [...] bezeichnet den Einklang mit der Tendenz und der Latenz, wo aber die Tendenz führt, relativ erfüllt wird und dialektisch sich durchsetzt.« Eine »Nah-Antizipation«, das heute Machbare, wäre keine »echte« Zukunft, weil es die Utopie »krauchend-evolutionistisch« mache. Die wahre sei die fern-Antizipation, das »utopische Totum«, das »Himmelreich auf Erden«. Ernst Bloch: Abschied von der Utopie? Vorträge, Frankfurt am Main 1980, S. 110-112.

»Die Linke scheidet Utopien aus, wie die Bauchspeicheldrüse Insulin ausscheidet – auf Grund einer angeborenen Gesetzmäßigkeit. Die Utopie ist das Streben nach Veränderungen, die sich 'in Wirklichkeit' nicht durch sofortiges Handeln realisieren lassen, außerhalb der sichtbaren Zukunft stehen und keiner Planung unterliegen. Und doch ist die Utopie Werkzeug zur Einwirkung auf die Wirklichkeit und zur Vorausplanung menschlichen Handelns. Es entsteht also die Gefahr, daß die Utopie mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmt, daß der Wunsch, sie der Welt aufzuzwingen, die Form einer finsternen Groteske annimmt und zur monströsen Verunstaltung der Welt führt [...] Dann würde die Linke, der solche Veränderungen gelingen, sich in ihr Gegenteil verwandeln, zur Rechten werden [...] Andererseits kann die Linke nicht auf die Utopie verzichten, das heißt [...] sich Ziele zu setzen, die im Augenblick unmöglich zu erreichen sind, aber den jetzigen Veränderungen ihren Sinn verleihen.«
Leszek Kolakowski: Der Sinn des Begriffs Linke, zit. nach: Arnhelm Neusüss: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen, 3. überarb. und erw. Auflage, Frankfurt am Main/New York 1986, S. 429.

pischen hat dies nur noch wenig zu schaffen. Der kann bei der Utopie als einer bedeutenden Erscheinung der europäischen Geistesgeschichte, bei allem Gestalt- und Inhaltswandel nicht einfach ausgetauscht werden – und wer ihn ungehemmt erweitert, bindet ihn immer stärker an politisches Experimentieren; das hat als solches gewiß seine Berechtigung, ist bestenfalls aber von utopischen Intentionen geleitet, ohne sie voll auszufüllen. Alternative Projekte, die an die Bedingungen der existierenden Gesellschaft anknüpfen, so unstreitig sie geboten sind, lassen sich nicht als die einzige Form eines Zukunftsdenkens vorschreiben. Auch politische Programme und Konzeptionen sind ja auf Zukunft gerichtet, wenngleich in der spezifischen Figur, daß sie eine möglichst wissenschaftlich fundierte und an den Ausgangsbedingungen gemessene unterschiedlich konkrete Handlungsorientierung darstellen. Schließlich ist für eine politische Analyse und Planung verhängnisvoll, wenn mit vorgeblicher Analyse Fiktionen und Wunschdenken vermengt werden.

Wir fühlen uns rational selbstgewiß in der Annahme, daß die Gegenwartsgesellschaft nicht überleben kann, weil sie mit der Vernichtung der Lebensbedingungen und -verhältnisse auf dem Globus, durch ihre Selbstdestruktion infolge ihrer Verfaßtheit und kollidierender eigener Regelungsmechanismen im weitesten Sinne mit sich die Welt in den Abgrund stürzen könnte. Doch wir wissen nicht, was sie ersetzen könnte, weil das empirische Material, soweit es überhaupt vorliegt, vorwiegend nur Negationen freigibt, die durch politische Bekenntnisse nur überdeckt werden können – so sehr sie für eine politische Bewegung unentbehrlich sind. Es fehlt ebenso der positiven Theorie der Zukunft noch die Basis. Man sollte sich auch konsequent von dem Gedanken trennen, daß gesellschaftliche Prozesse total planbar und die Wirkungen unserer Handlungen exakt abzuschätzen sind – ein bereits von Hegel ausgesprochener Gedanke. Wenn also von »Offenheit der Geschichte« zu reden ist, schließt dies ein Bekenntnis zur eigenen Unwissenheit ein. Grenzen eines gegenwartsüberschreitenden Denkens offenbaren auch pauschale Polemiken gegen Francis Fukuyamas These vom »Ende der Geschichte«. Man kann gegen manche Oberflächlichkeit und diesen oder jenen Denkansatz durchaus polemisieren, doch in der Hauptthese wird er häufig mißdeutet: Er sieht, bei allen Unzulänglichkeiten und Anfälligkeiten, kein besseres politisches Modell am Horizont, als das der liberalen Demokratie. Wer weiß, wohlbegründet, denn eines?

Unter unklaren Bedingungen, zu denen die krisenhafte Dysfunktionalität der politischen Systeme ebenso zählt wie die erwähnten Auflösungserscheinungen und Umdeutungen der Politik und des Politischen selbst, eröffnen sich dem Utopismus weite Wirkungsfelder und eine effiziente Funktion im politischen Denken. Dazu möchte ich zusammenfassend nennen:

Visionen, Entwürfe und Konzepte heute nicht realisierter und/oder möglicher, vielleicht aber mit unseren Erfahrungen denkbarer anderer Gesellschaftsmodelle, die das programmatische und strategische Denken der Politiker stimulieren und der Gesellschaftstheorie Ideen bieten könnten;

die unabdingbare Bindung solcher gesamtgesellschaftlichen Visionen an ein radikal-demokratisches politisches System, das von einem libertären Demokratieverständnis ausgeht und gleichermaßen an den »anarchistischen Diskurs« in der Utopiegeschichte³¹ anknüpft, der eine herrschaftsfreie Perspektive erstrebt; Normenkataloge eines modernen utopischen Denkens könnten die Ideen Rolf Schwendters aufgreifen, der als orientierende Normen u.a. vorschlägt: dezentralistisch, antwortvielfältig, basisdemokratisch, ahierarchisch, technologisch sanft, ökologisch bewußt, frauenfreundlich, pazifistisch³²;

die Ausarbeitung des Grundsatzes, daß Gesellschaftsmodelle – so man sie schon für angebracht hält – und Vorstellungen über die politische Ordnung offen und dynamisch und dazu anstoßend zu halten sind; in dieser Hinsicht können sie nichts mehr gemein haben mit den geschlossenen statischen klassischen Staatsutopien oder Gesellschaftsvisionen; Ideen eines Kasernenhofsozialismus dürften zivilisatorisch kontraproduktiv sein;

innerhalb der politischen und Gesellschaftstheorie aufgestellte Hypothesen weiterdenken in der Phantasie als Varianten und auch so eine Wechselwirkung zu Theorie und politischem Denken herstellen;

auf der Ebene der Lebenspraxis kann utopisches Denken Laborkulturen und Werkstätten alternativen Lebens, Arbeitens und der Kultur initiieren, die über individuelle Bedürfnisse hinaus der Politik Erfahrungswerte über das gesellschaftlich noch nicht Mögliche, aber doch Anreicherndes zur Verfügung stellen.

Solche Aspekte des Utopismus können im Hintergrund strategischer und programmatischer politischer Entscheidungen stehen, nicht aber ihre Aussagensysteme diktieren; sie liefern Folien, vor denen Entscheidungen über das heute Machbare gefällt werden; d.h., das Utopische ist weder strategisch noch praxisorientiert unmittelbar auf das politische Handeln gerichtet; Grundlage der Politik, des wirklichkeitsverändernden Handelns, bleiben die aus einer wissenschaftsgestützten Analyse resultierenden Erkenntnisse über die Möglichkeiten, die sich für die Verwirklichung der Interessen der repräsentierten Gruppen ableiten lassen. Wenngleich im Zentrum der Politik das zweckgerichtete Handeln steht, entartet jedoch ein blanker Pragmatismus zur Handwerkerlei ohne Perspektiven. Ohne Werte, Visionen und Prinzipien findet Politik weder ihre Selbstlegitimation noch ihre Konsistenz, weder innere Bindungskraft noch äußere Resonanz. Detailentwürfe politischer Parteien und Bewegungen für eine denkbare Gesellschaft der Zukunft hingegen stünden unverzüglich im Lichte von Programmatik, der »Fernziele« letzter Ordnung; mit ihrem immanenten Zwang zur Verwirklichung wären sie im Grunde Fesseln des eigenen Handelns. Man mag sie jedem anheimstellen und zur Kenntnis nehmen – doch handeln wird man gewiß stets nach den aktuellen Bedingungen für interessenbestimmte Ziele und ihre Umsetzungsmöglichkeiten.

Zweifelsohne bleibt zu überdenken, ob nach dem »Ende der großen Entwürfe«, wie ein Konferenzband überschrieben ist, das »Blühen systemischer Praxis« gekommen ist³⁵. Ich halte den Ge-

»Für die Politik lehrt die Kenntnis der Systeme: Es geht nicht mehr um die endgültige kämpferische Durchsetzung einer Idee, sondern um die Durchsetzung der Gesellschaft mit ihr. Dieser andauernde Prozeß birgt die Chance, daß die Idee aufgegriffen und im Austausch aller möglichen Argumente weiterentwickelt wird. Der Schwerpunkt der Futurologen verschiebt sich dann weg von der reinen Voraussage hin zur wünschenswerten Gestaltung der Zukunft. Flüsse mit sauberem Wasser, Familien mit Zusammenhalt, Schulen mit Spaß, all dies sind Szenarien, die verdeckte Wertvorstellungen verraten, über die im Hier und Jetzt diskutiert werden muß.«

Dirk Maxeiner: Dem Zufall eine Chance, in: Die Zeit, 4. August 1995.

danken Dirk Maxeiners für anregend, daß es nicht mehr um die kämpferische Durchsetzung einer Idee gehe, sondern um die Durchdringung der Gesellschaft mit einer Idee, weil daraus der gesellschaftliche Dialog über die praktische Gestaltung der Zukunft erwachsen könne.³⁴

Die Gesellschaft mit einer Idee zu durchdringen und diese so weiterzuentwickeln wäre ein Feld, auf dem utopische Ideen kreative Akzente setzen können; denn dann geht es eben nicht mehr um die selbstbestimmten und selbstgerechten eigenen Gewißheiten mancher Politiker, politischer Kräfte und Institutionen. Die Provokation durch das gegenwärtig als real nicht Vorstellbare, denkbar aber Mögliche, kann einen Diskurs initialisieren, in dem sich die sinnreicheren Ideen auch durchsetzen können. Jede Hoffnung auf die Kraft utopischen Denkens selbst kann sich darauf berufen, daß viele in ihrer Entstehungszeit utopische Visionen Realität wurden. Ein Unglück wäre nur, erneut das Projekt einer Gesellschaft des puren Glücks zu entwerfen und verwirklichen zu wollen.

- 1 PDS – neue sozialistische Partei in Deutschland. Diskussionsangebot in Vorbereitung der zweiten Tagung des 4. Parteitag, in: Disput, Berlin (1995)19, S. 11.
- 2 Interview Friedrich Engels' mit dem Korrespondenten der Zeitung »Le Figaro« am 8. Mai 1895, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1965, S. 542.
- 3 Marx' Brief an Friedrich Adolf Sorge vom 19. Oktober 1877, in: MEW, Bd. 34, S. 505.
- 4 W. I. Lenin: Zwei Utopien [1912], in: Ders.: Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 351.
- 5 W. I. Lenin: Was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung [1907], in: Werke, Bd. 5, S. 550.
- 6 Siehe jüngstens Gregor Gysi in einem Gespräch mit der Leipziger Volkszeitung vom 27. Oktober 1995 sowie den Bericht über die Sitzung des Parteivorstands vom 16. Oktober 1995 in: Presse- und Informationsdienst der PDS, (1995)45, S. 9.
- 7 Siehe exemplarisch F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft [1880], S. 208f.
- 8 Am kompaktesten materialreich entwickelt diese These Helmut Jenkis: Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen? Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft, Berlin 1992; er stützt sich dabei gedanklich auf Joachim Fest: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1992.
- 9 Grundlegend zum Stand und zu den Diskussionsfeldern der Utopieforschung siehe Richard Saage: Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Utopieforschung in der Bundesrepublik, in: Neue Politische Literatur, 38(1993)2, S. 221–238; 39(1994)1, S. 55–97. Eine Analyse des Standes in den verschiedenen Disziplinen Mitte der achtziger Jahre bieten die von Wilhelm Volkamp herausgegebenen drei Bände: Utopieforschung, Frankfurt am Main 1986.
- 10 Daß konservative Sozialwissenschaftler die Utopie als realitätsfern und ungeschichtlich ansehen, illustriert in deutlichster Weise Lothar Bossle: Zur Soziologie utopischen Denkens in Europa, Paderborn 1995.
- 11 Ich pflichte Richard Saage bei, der mit dem Hinweis auf diese Gemeinschaftsorientierung den Begriff der »politischen Utopie« dem der »Sozialutopie bei der konkreten Untersuchung« vorzieht. Siehe Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991, S. 4.
- 12 Vergleiche Richard Saage (Anm. 11), S. 3–6; zum folgen auch Frank R. Pfetsch: Politische Utopie oder: Die Aktualität des Möglichkeitsdenkens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 52/1990, S. 3–15; ferner Helmut Jenkins (Anm. 8), S. 8ff.
- 13 Zitiert nach Arnhelm Neusüss: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen. 3. überarb. und erw. Aufl. Frankfurt/M., New York 1986, S. 373 und 375.
- 14 Wenn die Utopie nicht Resultat wissenschaftlicher Analyse ist, greift der Begriff der Prognose in direkter Anbindung an sie nicht, jedenfalls nicht so, wie Prognose sozialwissenschaftlich definiert wird: als der »Versuch, unter Verwertung aller verfügbaren Informationen festzustellen, welche künftigen Entwicklungen in einem genauer definierten Feld unter bestimmten Voraussetzungen, die analysiert werden müssen, eintreten werden«. Siehe dazu und zu anregenden Überlegungen über die Unterscheidung von Utopie, Prognose und Planung – auch wenn man sie nicht in allen Punkten teilen kann – die Ausführungen Georg Picht's: Prognose, Utopie, Planung, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 13–17. Ich unterscheide mich in diesen Aspekten von Helmut Seidel: Reflexionen über den Utopiebegriff, in: UTOPIE kreativ, (1995)58, S. 5f. Generell kann ich in seinen Ausführungen auch keinen »neuen Utopiebegriff« erkennen, da er bekannte Sichten der Utopieforschung ausbreitet.
- 15 Die Frage nach dem utopischen Gehalt des Marxismus kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Die interessanteste und ausführlichste spezielle Arbeit auf diesem Gebiet ist nach wie vor Melville Laskys: Utopie und Revolution. Über die Ursprünge einer Metapher oder Eine Geschichte des politischen Temperaments, Reinbek b. Hamburg 1989 (1976 engl.).
- 16 Vgl. die Diskussion des Problems bei Richard Saage: Wie ein Phönix aus der Asche. Das Scheitern des Realsozialismus und die Zukunft der Sozialutopie, in: Ders.: Vermessungen des Nirendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien. Darmstadt 1995, S. 87–100.
- 17 G.W.F.Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Frankfurt am Main 1992, S. 555.
- 18 Siehe Richard Saage (Anm. 9), S. 222–224.
- 19 Karl Mannheim: Ideologie und Utopie, 5. vermehrte Auflage Frankfurt am Main 1952, S. 169.
- 20 Richard Saage (Hrsg.): Hat die politische Utopie eine Zukunft? Darmstadt 1992, S. X.

- 21 Es sei nur illustrierend für die intensive politiktheoretische Diskussion auf solche Publikationen hingewiesen wie Klaus von Beyme: Der Zusammenbruch des Sozialismus und die Folgen für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung, in: WZB-Mitteilungen, (1994)63, S. 9–19; ders.: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt am Main 1991; Michael Th. Greven: Die Allgegenwart des Politischen und die Rundständigkeit der Politikwissenschaft, in: Claus Leggewie (Hrsg.): Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik, Darmstadt 1994; Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M: 1986; Ders. (Hrsg.): Politik in der Risikogesellschaft. Essays und Analysen, Frankfurt am Main 1991; Ders.: Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung, Frankfurt am Main 1995; Antonia Grunenberg: »Anders sein, anders scheinen...« Wandlungen im Begriff des Politischen, in: Michael Greven, Peter Köhler, Manfred Schmitz (Hrsg.): Politikwissenschaft als kritische Theorie. Festschrift für Kurt Lenk, Baden-Baden 1994, S. 551–552.
- 22 Werner Wilhelm Engelhardt: Utopien im Verhältnis zu Ideologien und politischen Konzeptionen, in: Die Mitarbeit, 22(1975)2, S. 122.
- 23 Siehe Hans Albert: Traktat über die Vernunft [1968], 5., verb. und erw. Aufl. Tübingen 1991 (Kap. 1 und II).
- 24 Kenneth Boulding: Die neuen Leitbilder, Düsseldorf 1958.
- 25 Thomas Nagele: Eine Abhandlung über Gleichheit und Parteilichkeit und andere Schriften zur politischen Philosophie, Paderborn, München, Wien, Zürich 1994, S. 54, 45f.
- 26 Karl Raimund Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde [1947], Bd. 2: Hegel, Marx und die Folgen, 6. Aufl. Tübingen 1980, S. 29.
- 27 Siehe dazu oben, Anm. (20), S. 108.
- 28 Joseph A. Schumpeter: Wissenschaft und Ideologie [1948], in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bd. 3, Tübingen 1958, S. 24.
- 29 Ernst Bloch: Abschied von der Utopie? Vorträge, Frankfurt am Main 1980, S. 110–112.
- 30 Freitag, 21. September 1991, S.15.
- 31 Vgl. dazu die Studie Richard Saages: Gibt es einen anarchistischen Diskurs in der klassischen Utopietradition?, in: Walter Süß: Die Bundesrepublik in den achtziger Jahren. Innenpolitik, politische Kultur, Außenpolitik, Opladen 1991, S. 41–56.
- 32 Vgl. Rolf Schwendter: Zur Standortbestimmung der Utopie, in: R. Saage 1992 (Anm. 20), S. 222.
- 33 Hans Rudi Fischer u.a.: Das Ende der großen Entwürfe, Frankfurt am Main 1992.
- 34 Dirk Maxeiner: Dem Zufall eine Chance, in: Die Zeit, 4. August 1995, S. 25.

ROGER BEHRENS

Die Aktualität des Utopischen in der Kunst

Ein Streifzug, verstreute Gedanken zum
Form-Inhalt-Problem aufnehmend

Utopieverhältnis der Kunst

Was die Utopie betrifft, so ist es Phantasie, die Fähigkeit zum Tagträumen, ohne sich in Luftschlössern zu verlaufen, die hier die treibende Kraft des Menschen ist. Wo solche zunächst ja rein theoretische Phantasterei, also *Einbildungskraft* im eigentlichen Sinn, nun praktisch ausgebildet wird, nennen wir sie für den Einzelnen *Kreativität*, das sinnlich-praktische Gewahrwerden einer bislang noch unbekanntes Realität. Und wo diese Form von menschlichem Handeln gesellschaftlich wird, heißt sie *Kunst*.

Kunst nun ist als das Utopikum schlechthin vorgestellt worden – und war auch für Herrschaft deshalb oft eine Gefahr. In ganz vielfältiger Weise ist nämlich die Kunst mit Utopie durchsetzt: Kunst ist Vorschein von utopischer Zukunft (Ernst Bloch), Kunst gibt der sprachlich nicht greifbaren Utopie eine Gestalt (Theodor W. Adorno); das *Kunstwerk* ist so oft als das in die Jetztzeit geholt Stückchen Utopie verstanden worden. Auch kann allein das künstlerische Material – die zur Auflösung kommende Harmonie in der Musik, auch Farbe – schon zukunfts-durchsetzt sein, zumindest kann Kunst aber einen bestimmten Umgang mit dem Material als erst utopischen und gesellschaftlich noch nicht durchgesetzten ausformen. Die Kunst kann überhaupt ein anderes Verhältnis zu den Dingen bedeuten, welches jenseits des kapitalistischen Verwertungszusammenhangs zu liegen scheint. Sie funktioniert so als eine Art Negativ vom Gegebenen, zeigt also gerade jene Flächen weiß und hell, die sonst im Dunkeln liegen. Die Methoden, die selbst schon zu Form und Inhalt geworden sind und bei aller Stilvielfalt in diesem Jahrhundert die gelungene Kunst als roten Faden ausweisen, sind: die Collage und Montage, das Fundstück, das Surreale. Auch der künstlerische Prozeß selbst wird zum Utopieversprechen. Basierend auf der Idee der menschlichen Freiheit des Form- und Spieltriebes hat insbesondere Friedrich Schiller solche produktionsästhetischen Aspekte der Kunst betont: schon im Akt des Produzierens regt sich Freiheit – der Mensch könnte nach den Gesetzen der Schönheit produzieren, wie Marx dann ergänzte.

Das utopische Vermögen der Kunst funktioniert nicht per se. Zu sehr zieht Gesellschaftliches durch Kunst und Utopie, wird das eine zur Ideologie des anderen. Der Kitt zwischen Kunst und Utopie ist immer die politische Aktion gewesen, in Praxis umgesetzte Hoffnung. Das Kunst-Utopie-Verhältnis bröckelt also, wenn die

Roger Behrens - Jg. 1967, studierte Philosophie und Sozialwissenschaften in Hamburg und Berkeley, derzeit Postgraduiertenstudium in Maastricht an der Jan van Eyck Akademie für Kunst, Theorie und Design.

»Jugendkultur entwickelte sich daher zu einem Investitionsschwerpunkt der Kulturindustrie, wobei die Marktsegmente lernten, sich synchron als Subkulturen und diachron als Generationen zu verstehen, denn

Gesellschaft zunehmend von politischer Hoffnung sich entfernt, sei es, weil viele sich die Gegenwart als Himmelreich auf Erden verkaufen lassen (als längst realisierte Utopie), sei es, weil viele gerade aufgrund der Unterschiede zwischen versprochenem Himmelreich und Wirklichkeit keine Hoffnungen mehr hegen (die längst verlorene Utopie), sei es, weil das Prinzip Hoffnung nicht gerade in Mode ist (die Gleichgültigkeit zur Utopie). Davon läßt sich materialistisch-dialektische Kunsttheorie nicht bange machen. Die mögliche Utopievielfalt von Kunst, oder auch utopische Möglichkeitsvielfalt in der Kunst, ist über alle Ideologie, bloßes Geschmacksurteil und dergleichen hinweg auf konkretem Grund: sie fußt auf der Frage danach, wie jeweils das Form-Inhalt-Problem in der Kunst gelöst ist. Deshalb ist jedes materialistisch-ästhetische Urteil fließend. Die Urteile »Picassos Guernica bleibt formal wie inhaltlich für dieses Jahrhundert herausragend« und »Der Kubismus ist wegbereitend für die Wohnstubenornamentik der neuen Wohnlichkeit mittelständischer Aufsteiger« – das Grau-Blau in Guernica harmoniert so schön mit den Saisonfarben der Teppichmode – schließen einander nicht aus. Objektiver Gehalt der Kunst, die gelungene Dialektik von Form und Inhalt, überlagert sich hier mit dem symbolischen Kapitalwert (Pierre Boudieu), einem akkumulierbaren Kulturwert. Utopie muß hier herausgeschält werden – die Methode heißt Erbschaft.

Ästhetisierung. Schein als echte Bedrohung

Der Schlüssel für die Utopieverhältnisse und ihre Realisierungsversuche in diesem Jahrhundert liegt in dem, was in den 20er Jahren als künstlerische Avantgarde sich formierte. Der Begriff der Avantgarde ist zunächst als *militärischer* auffällig, auch im Spannungsverhältnis zu politischen Bewegungen: in Sachen Utopie beanspruchte Kunst eine Vorreiterrolle gegenüber den sozialen Bewegungen, gleichwohl war die Bindung an die sozialen Bewegungen zwingend, um als Kunst in den Dienst genommen zu werden. Mit dem Zusammenbruch der revolutionären Bewegungen geriet das Programm der künstlerischen Avantgarde zu einer Begriffshülse – mit bleibender Narbe für die Kunst dieses Jahrhunderts. Die Avantgardekunst ist heimatlos geworden; Künstler, die sich heute noch als Avantgarde begreifen, wissen entweder um den nach wie vor werbewirksamen und profitablen Klang des Begriffs, oder sind schlichtweg dem Irrglauben anheim gefallen, daß Kunst im Prozeß sozialer Veränderung eine Hauptfunktion zukommt, ja daß die Kunst selbst schon genug der machbaren Änderungen verkörpert. Die Avantgarden sind heute gewissermaßen künstlerisch-künstliche Körper, die ohne politischen Kopf richtungslos umherschreiten. Solche Kopfflosigkeit heißt heute »Ästhetisierung«.

Die Ästhetisierung, wie auch überhaupt Ästhetik, Ästhetizismus und Ästhetisierendes, hat den negativen Beiklang verloren. Gerade jene, die einst noch gegen Ästhetisierungen antraten, machen sich heute zu Fürsprechern des Ästhetischen. Große Teile der links-liberalen Intellektuellen, die noch in den 80er Jahren kritische Gesellschaftstheorie betrieben, haben sich ästhetischen Fra-

ihre wichtigsten Identifikationserlebnisse erwarben sie nicht durch Arbeit oder Krieg, Religion oder Politik, sondern im Konsum.«
Walter Grasskamp: *Der lange Marsch durch die Illusionen*, S. 20.

»Das heißt, daß Massenbewegungen, und an ihrer Spitze der Krieg, eine der Apparatur besonders entgegenkommende Form des menschlichen Verhaltens darstellen. – *Die Massen haben ein RECHT auf Veränderung der Eigentumsverhältnisse; der Faschismus sucht ihnen einen AUSDRUCK in deren Konservierung zu*

geben. Er läuft folglich auf eine Ästhetisierung des politischen Lebens hinaus.«

Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, S.467.

»Die technische Reproduzierbarkeit des Kunstwerks verändert das Verhältnis der Masse zur Kunst. Aus dem rückständigsten, z.B. einem Picasso gegenüber, schlägt es in das fortschritt-

gestellungen zugewandt; ehemals politisch aktive Künstler verorten ihre Arbeit hauptsächlich in einer ästhetischen, Kunstinternen Dimension; einstige handfest politische Fragen, zu denen vor zehn Jahren Tausende von Menschen auf den Straßen gewesen wären, provozieren jetzt bloß noch einen ästhetischen Schrecken und ein ästhetisches Moralurteil – das Beispiel steht vor der Tür: der Balkankrieg, gegen den nennenswerte Friedensdemonstrationen bislang ausblieben; verurteilt werden weniger ein Krieg und seine Politik, sondern die Elendsbilder des Fernsehberichts von diesem Krieg; dies provoziert schließlich auch ein ästhetisches Urteil zur Legitimation militärischer Intervention. Beendet werden soll ein Krieg, den die Kameras zeigen. Selbst seitens der Kritik wurde das Scharnier schon auf Ästhetisches umgestellt: Schon während des Golfkrieges ist mehr über die mögliche Virtualität des Krieges (nämlich seine Wahrnehmbarkeit, das heißt Ästhetik im engen Wortsinn) auf dem Bildschirm, als über die machtpolitisch-ökonomische Verflechtung von Nachrichtensendern und Industriekonzernen diskutiert worden. Weiter ist auffällig, daß jene Bereiche politischer Bewegungen sich heute mehr als früher über ihren Status als Subkultur vermitteln: Das Subkulturelle ist nicht mehr Mittel von politischem Veränderungswillen, sondern wird zum Zweck an sich. Die Musik – man denke an den HipHop, den Grunge, den Postpunk – begleitet nicht mehr die politischen Kämpfe, sondern ist wesentliches Motiv des sozialen Engagements. Der schillernde Begriff der *political correctness* meint zugleich auch eine *aesthetical correctness*. Die Jugend schließlich, die einmal treibende Kraft politischer Bewegungen war, hat sich mit dem gegenwärtigen Techno-Boom das erste Mal eine Orientierung geschaffen, die nicht mehr gegen etwas rebelliert, sondern nur noch hedonistisch die Zeitspanne, die man Jugend nennt, mit möglichst viel »Spaß« zu füllen hofft. Dafür steht der beliebige Gebrauch von Symbolismen, die einst eine eindeutige politische Aussage hatten (Hammer und Sichel als Accessoires). Rauschdrogen werden hier längst nicht mehr zur »Bewußtseins-erweiterung« oder kontemplativen Flucht konsumiert, sondern um die Leistungsgrenzen des Körpers zu erweitern: Die Belastbarkeit ist dann der Rausch (Designerdrogen, Energiedrinks). Hier rebelliert man nicht mehr gegen schlechte oder gar keine Arbeitsverhältnisse, sondern höchstens noch für reibungsloseren Konsum. Weder setzt das Gros der Jugend der Erwachsenenwelt die Utopie eines anderen Lebens, noch ein Lebensgefühl von Freiheit entgegen, sondern übt sich in einer Konsumhaltung, die die der Erwachsenen weit übersteigt: Statt Utopie gibt es Lebensstil, die Rebellion ist nur noch ein T-Shirtaufdruck. Diese Konsumorientierung fällt mit der Ästhetisierung zusammen und meint den Überzug der Warenwelt mit dem Schleier des ästhetischen Scheins. Daß Theorien, wie zum Beispiel die zu Beginn der 70er Jahre formulierte *Kritik der Warenästhetik* von Wolfgang Fritz Haug, der diesen Schleier konkret als Warenverpackung benennt, heute abseits liegen, hängt mit der sich selbst übertreffenden Verschärfung dieses ästhetisierten Konsumtionsprozesses zusammen. Betrug und Schummelei der Reklame ist gegenwärtig

nicht mehr Skandal, sondern der besonders gelungene, computeranimierte Effekt; offen bekennt man sich zum Konsumgegenstand bei gelungener Werbung. Waren, die dem Konsumenten nahelegen, er könne die Verkaufsstrategien selbstbewußt durchschauen und habe mithin seine Bedürfnisse im Griff, machen ihn zum Werbeträger. Dies gilt insbesondere für den Bereich an Gütern, mit denen jene Identitäten geformt werden, die aus dem Menschen angeblich Persönlichkeit und Individuum machen: die Mode, die Möbel, Genußwaren, die treffende Wahl bei Automobil und Stereoanlage, der Tourismus – und vor allem auch die Kunst, der gute Geschmack. Die Utopiefunktion der Kunst scheint darin sich aufgelöst zu haben: im symbolischen Kapital. Doch bleibt die Dialektik von Form und Inhalt, die nur überlagert ist, in Spannung und drängt dort zur Aufhebung, wo sie in gegenwärtiger Kunst sich wach hält.

Übermalen als Enthüllen und Verhüllen. Montageform und Graffiti

Die Kritik der Ästhetisierung zielt auf den Scheincharakter der Ästhetik, auf das jenseits des Realen gelegene Idealreich der Kunst und Kultur. Darauf reflektiert auch Walter Benjamins berühmte Forderungsformulierung: »So steht es mit der Ästhetisierung der Politik, welche der Faschismus betreibt. Der Kommunismus antwortet ihm mit der Politisierung der Kunst.«¹ Nun spricht Benjamin nicht von einer quasi rückwärtsgewandten Politisierung der Ästhetik, sondern fordert unter Bedingungen einer *nicht mehr rückgängig zu machenden Ästhetisierung* (und er hat die Massenaufmärsche der Nazis nebst dazugehöriger Architektur vor Augen) die *Repolitisierung* der im Zuge dieser Ästhetisierung entpolitisierten Kunst. Sie soll wieder als *Waffe gegen die reine Ästhetik* einsetzbar sein. Vor allem die neuen Produktivkräfte, die sich zu Benjamins Zeit im Bereich der Kultur in Film, Rundfunk und der Fotografie bemerkbar machen, stellen für Benjamin ein unterschätztes Potential neuer Ausdrucksformen des Ästhetischen dar. Mit Hilfe der technischen Möglichkeiten läßt sich realisieren, was in den überholten Kunstformen der Malerei, Literatur und Musik schon vorgezeichnet ist. Benjamin referiert mit dieser These auf die Gestaltungsprinzipien der Montage, Collage, sowie die Rezeptionsweisen der Zerstreuung und des Schocks, wie sie mit der Jahrhundertwende in der Kunst etabliert werden.

Die gesellschaftliche Atmosphäre der Jahrhundertwende ist durchsetzt vom Klima der Angst. Entfremdung und Sinnverlust begleiten eine ökonomisch dynamisch-krisenvolle Zeit. Die neue Dichte städtischer Ballungszentren, die Konzentration von Massen, erscheinen den Menschen zunehmend als Bedrohungen, zusätzlich zu Krieg und Imperialismus. Auch das Bürgertum erfährt nun die von ihm in Gang gesetzte Industriemaschinerie als übermächtige Gewalt. Massenproduktion und Mietskasernen schließen den Menschen in eine vollständig verdinglichte Umwelt ein. Die Kunst reagiert mit einem Vorrang der Form, der aber auch Inhalt einholen soll: Das Elend wird nicht einfach widergespiegelt, sondern verzerrt, wie in der Naturwissenschaft zerlegt, vergrößert, indiziert. Expressionismus, Kubismus, Dadaismus –

¹ Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. I.2, Frankfurt/M 1991, S. 469.

lichste z.B. bei Chaplin um.«

Walter Benjamin: Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, S.459.

Die Situationisten, eine politisch-künstlerische Bewegung, die vor allem in den 50er, 60er und 70er Jahren (Stichwort: Situationistische Internationale, S.I.) versuchten, eine entfremdete Kunst in die konkreten Lebenszusammenhänge – beziehungsweise eine konkrete Kunst in entfremdete Lebenszusammenhänge zu übersetzen, sprachen von *Zweckentfremdung*, wenn sie Montage, Collage und

Übermalung meinten. Zweckentfremdung meinte auch einen offensiven Mißbrauch der Kunst, ein Diebstahl der Praktiken, um sie im Alltag anzuwenden. Das führte zwangsläufig zu den Parolen, den Wandmalereien, aber auch den Zweckentfremdungen von Werbeplakaten, von *politi-*

2 William A. Camfield: Max Ernst. Dada and the Dawn of Surrealism, München 1994, S. 82 (Übersetzung Roger Behrens).

die fortschrittlichsten dieser Kunstbewegungen versuchten die Form zum Inhalt, ja zum politischen Inhalt zu erheben. Die Form sollte schockieren – und dieser Schock sollte zur Inhaltsbestimmung sich wenden. Über Montage und Collage sollte der formale Umgang mit dem Stoff Einsichten in verborgene Lebendigkeiten von Maschinen geben. Max Ernst hat solches Montageprinzip durch *Übermalungs* technik erweitert. »Der Vorgang hier ist in gewisser Hinsicht das Gegenteil von Collage. Ernst hat keine Bilder aus ihrem Kontext gelöst und neu zusammengesetzt; statt dessen akzeptierte er den Originalkontext, aber entfernte durch Übermalung, was er nicht behalten wollte, und fügte hinzu, was er für seine Vorstellung des transformierten Kontexts brauchte. Die Vorlage erschien Ernst zwar als *ready-made*, als collagenhafte Konstellation von Objekten, aber der kreative Prozeß war eine Sache des Entdeckens, des Wahrnehmens von Unbeabsichtigtem im gegebenen Kontext...«² Die Schocks, die solche Bilder heute auslösen, haben das Moment von Gewöhnung an sich. Und doch lassen die Arbeiten von Ernst eine Parallele zur gegenwärtigen Kunst zu, wo auch Übermalung und Montage freilegend funktionieren und neue Perspektiven eröffnen, auch mit gewünschtem Formvorrang: Das Wandbild, die Parole am Haus, ist eine bekannte politische Technik, die Situationisten haben sie sogar als Gegenmacht im Prozeß der Verstädterung begriffen – und nun erwacht sie mit neuem Gesicht: Übermalt wird heute ganz konkret-real in der Graffiti-Kunst, um grauen Betonwänden neue, farbenreiche Identität zu geben, um sie zu Flächen für geheime Botschaften zu machen. Gerade die Jugend ist es, oft unter krudem Konformitäts- und Behauptungszwang, die hier ganz unbeabsichtigt zu politischen, letztlich illegalen Mitteln der Kunst greift – und zugleich widersetzen sich die Sprayer den Begriffskonventionen des Kunstbetriebes: Das Urteil, ob dies nun Kunst sei oder nicht, hat für die Graffitis keine Folgen. Dementgegen schockt die avantgardistische Montagekunst den Betrachter nur im Raum der Kunst, dem Museum; Verstörungen des Blicks treffen allein denjenigen, der das Museum als eigentlich sicheren Ort der Ruhe und Kontemplation aufgesucht hat. Da somit die Schockwirkung einzig einem bildnerisch-formalen Element überlassen ist, kann sie nur solange von Dauer sein, bis der Blick sich gewöhnt hat. Der echte sprengend-spannungsgeladene Schock ist demgegenüber einer der unentrinnbaren Konfrontation, die Benjamin etwa im Film vermutete, und die wir heute in den Graffitis erfahren: Ganz gleich, ob die nun als schön oder häßlich, als Kunst oder nicht, erfahren werden, sie zwingen den Betrachter zur Aufmerksamkeit und man merkt schnell, daß es keinen Sinn macht, sich die karge, graue Betonwand zurückzuwünschen. Wie bei Ernst gleichsam die Prinzipien der Montage, des Schocks oder der Übermalung als solche zur Wirkung kommen, so ist auch bei den Graffitis das eigentlich Dargestellte zunächst peripher. Es geht nur um den Schock, dem auch schon die Gewöhnung droht: Schließlich scheinen diese Bilder nur die Hektik der Städte widerzuspiegeln. Und schon hat die Werbung ihre ersten Plakatflächen für legales Sprühen bereitgestellt, schon äffen grafische Filtertechniken auf

dem Computer den Duktus der Spraydose nach. Auch darf nicht vergessen werden, daß die übermalten Betonmauern Mauern bleiben; daß das bunte Wandbild schließlich auch Risse und Einbruchsmöglichkeiten, und somit auch Grenz- und Einsperrungsfunktion des Betons überdeckt. Erbschaft solcher Kunstformen, auch mit utopischem Richtungsverweis, haben bisher nur politische Gruppen und einige wenige Künstler wie der Aachener Wandmaler aufgegriffen. So wird im »öffentlichen Raum [der] Grauzone der Wahrnehmung« zumindest die Möglichkeit von Kunst lebendig gehalten, »Subjektives und Soziales« jenseits der Werbetafeln zu vermitteln.³

Falsche Hoffnung als Pseudoradikalität der Kunst

Das durch Montage, Collage, Verfremdung und dergleichen provozierte Schockmoment ist nur als aufklärerisch-politischer Augenblick wirklich utopisch, also Kreativität anregend und zukunftsweisend: entweder wenn das humanistische Anliegen der Kunst nicht wegzuleugnen ist, oder wenn eine Bewegung die Kunst in den unabdingbaren Dienst der Aufklärung stellt. Zugleich kennt der Kunstbetrieb viele Nischen des leerlaufenden, gar reaktionären Schocks. Auch ist die Montage längst Prinzip der Warenwerbung geworden, wo mit Computerhilfe den Models die Falten wegmontiert, oder ideologisch Glück und Fröhlichkeit zur Südseeumgebung montiert, oder auch ganz offene Lügen bei wahren Fernsehbericht mit falschen Bildern montiert werden. Hier ist es schwer, den politischen Gehalt der Montagekunst weiterhin zu behaupten. In der bundesdeutschen Kunstlandschaft hat sich nun eine Richtung einen Namen gemacht, die auch montierend über das Formproblem zum Inhalt kommen möchte: durch aggressiven Pinselstrich. Doch Künstlern wie den Neuen Wilden, wie Immendorf, Kippenberger und Albert Oehlen, gelang es nicht, über ein schein-revolutionäres Gebaren hinauszukommen, weil zu sehr die Kunst im Mittelpunkt stand. Das bißchen symbolisches Kapital, welches sich mittlerweile ganz gut auf dem Markt verkaufen läßt, zählte mehr als die Reflexion auf die Abhängigkeit und Produzenteneigenschaft des Künstlers. Die sich an keine Konventionen haltende Malerei, die einmal auch inhaltlich mit dem Kunstbetrieb brechen wollte, wird jetzt, wo der Duktus zum formalen Stilproblem reduziert ist, bereitwillig aufgenommen. Der Künstler verharret ohnmächtig vor der Macht seines eigenen Werkes. Benjamin: »Es ist das Typische dieser linken ... Intelligenz ..., daß ihre positive Funktion ganz und gar aus einem Gefühl der Verpflichtung, nicht gegen die Revolution, sondern gegen die überkommene Kultur hervorgeht. Ihre kollektive Leistung, soweit sie positiv ist, nähert sich der von Konservatoren. Politisch und wirtschaftlich aber wird man bei ihnen mit der Gefahr der Sabotage immer rechnen müssen. Das Charakteristische dieser ganzen linksbürgerlichen Position ist ihre unheilbare Verknüpfung von idealistischer Moral mit politischer Praxis.«⁴ Auch Oehlen ist Moralist: gerade indem er sich gegen den Moralanspruch der Kunst stellt, statt diesen ganz egal sein zu lassen. Gegen die Kunst mit erhobenem Zeigefinger erhebt er bisweilen zur Provo-

3 Vgl. Walter Grasskamp: Der lange Marsch durch die Illusionen. Über Kunst und Politik, München 1995, S. 160f.

4 Walter Benjamin: Der Surrealismus, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. II.1, a.a.O., S. 304.

kation schnoddrig die Hand zum Hitlergruß, jedenfalls bildlich, wenn er Hitler porträtiert oder Hakenkreuze malt. Sein einstiges politisches Engagement für die Kunst hat sich nicht zu einem künstlerischen Engagement für die Politik verwandelt, sondern zu einer nihilistischen Absage an die Politik durch die Kunst. Die Provokation, die Oehlen gerne hätte, verharret im selbstherrlichen Gestus der Empörung. Nirgends ist es leichter, sich den Anstrich des Radikalen und Engagierten zu geben, ohne Folgen zu zeitigen, als in der Kunst. Roberto Ohrt hat nun den Versuch unternommen, von Oehlers Arbeit möglichst viel zu retten, bringt allerdings keinen frischen Wind in die dünne Theorieluft im Hohlraum der Kunst. Der Erbschaftsversuch an Oehlers Arbeiten wie *Morgenlicht fällt ins Führerhauptquartier* von 1982, auf dem mit eingemaltem Hakenkreuz trübe das Atelier von Oehlen in der Morgendämmerung zu sehen ist, fällt dann so aus: »Was bei der Frage nach dem Können und der Malerei noch ein Formproblem sein mochte, hätte nun als ein geschichtliches Problem begriffen werden können, insofern, als gewisse Elemente – wie später auch immer wieder Hitler-Zitate – im Kontext von Oehlen-Publikationen/-Bildern/etc. etwas sagen, was sowieso gesagt werden muß, aber durch die Schwere der Referenz jede Selbstverständlichkeit von Aussagen unmöglich wird. Das geht über die seinerzeit moderne vernunftkritische Meisterdenker-Verfolgung weit hinaus: die Unmöglichkeit der unblutigen Referenz – jeder ganz normale Satz unterhält Verbindung zu Völkermorden – und nicht nur Gedichte.«⁵ Das Hitlerportrait sieht Ohrt eingebettet in ein »malerisches Konzept, einen belasteten, also maximalen Inhalt aufzuheben.«⁶ Das ist geschichtsblind, zumindest gedankenlos für die gegenwärtige Situation der Kunst, die keinen Halt mehr in politischen Bewegungen findet: natürlich ist der Kopf Hitlers als Bildinhalt nicht belastend – Chaplin hat schließlich die faktische Karikatur des Diktators vorgespielt; belastend ist die von Hitler gemachte Geschichte. Die einzige Provokation, die Oehlen erreicht, ist die, daß er sich selbst ins Fahrwasser des Nazismus begibt, weil seine kritik- und distanzlose Darstellung Hitlers keine Eindeutigkeit zuläßt. Die bedenkliche Logik Ohrts, hier gäbe es etwas, »was sowieso gesagt werden muß« geht schließlich nicht auf. Denn was gesagt, das heißt namhaft gemacht werden müßte, ist das Unsagbare, Unplakative, ist nicht Hakenkreuz und Hitlerbild, sondern die terroristische Politik, die dahinter stand; dem entzieht sich Oehlen bequem, indem er Inhalt mit Oberflächlichkeit verwechselt und deshalb auch zu keiner echten Lösung der Form-Inhalt-Dialektik kommen kann; solche Kunst ist gehaltlos. Ohrt liefert ihm das Argument: alles, Sprechen und jede bildliche Referenz, hat sowieso mit Völkermord zu tun – dies ist nicht nur dummes Unverständnis von Adornos Diktum, daß nach Auschwitz kein Gedicht mehr zu schreiben sei, sondern in dieser vermeintlich ausgedehnten Radikalversion schlichtweg Hohn auf die Opfer Nazideutschlands. Die Frage, ob Kunst (und auch Kunstkritik, also auch Ästhetik) nach Auschwitz überhaupt noch möglich ist, wird hier negativ beantwortet.

5 Roberto Ohrt: Eine Geschichte der Unangemessenheit, in: Burkhard Riemschneider (Hg.): Albert Oehlen, Köln 1995, S. 10.

6 Ebd., S. 10.

Das angefangene Ende. Kunst tot geredet?

In der Montagekunst zeigt sich ein Reflex auf ein für dieses Jahrhundert ganz zentrales Thema der Kunst, nämlich ihr mögliches Ende, gescheitert an der gescheiterten Geschichte. Also nicht bloß positive Aufhebung der Beuys'schen Art, wo alle Menschen Künstler sein sollen und die soziale Plastik definiert wird (obwohl am Ende doch nur Beuys Künstler ist und er die soziale Plastik definiert), sondern Aufhebung der Kunst, indem ihre Funktion von anderen gesellschaftlichen Kräften übernommen wird. »So ist es einmal der Fall, daß die Kunst nicht mehr diejenige Befriedigung der geistigen Bedürfnisse gewährt, welche frühere Zeiten und Völker in ihr gesucht haben und nur in ihr gefunden haben ... Deshalb ist unsere Gegenwart ihrem allgemeinen Zustande nach der Kunst nicht günstig.«⁷ Hegel meint hiermit keineswegs ein Verschwinden der Kunst, sondern eine Aufhebung der Funktion der Kunst in der Gesellschaft. Die weltbildgestaltende Funktion und Originalität der Kunst wird – so will es Hegels System – abgelöst von der Philosophie. Zwar haben die Menschen weiterhin Empfindungen des Schönen, diesen kommt aber keine Symbolkraft mehr zu. In der Tat: Hegels heile preußische Welt der automatischen Geschichtslogik, die nur in Vernunft und Weltgeist enden kann, braucht Kunst zumindest nicht in der Funktion eines Kritikmittels, eines Freiraums für jene Utopie, die bleiben muß, wenn sich eben der Hegelsche Geschichtsoptimismus nicht einstellt, wovon die Geschichte seit Hegel offenkundig Zeugnis abgelegt hat. Es läßt sich also gegen Hegel argumentieren: Die Welt ist noch nicht so vernünftig, als daß die Kunst schon zu Ende sei. Aber doch ist auch Hegel zuzustimmen, daß offenbar selbst unter irrationalen Verhältnissen der Kunst das Ende droht, daß sie eben nicht mehr die nötige Funktion als Einspruchsinstanz und utopisches Regulativ bewahren kann. Kunst verliert ihre Tiefendimension. Das zeigt sich fast weniger an der Kunst selbst, als vielmehr im Mißverhältnis der Kunst zur Gesellschaft – vor allem aber an dem sprachlichen Aufwand, der seitens der Liebhaber, Kritiker und Kunstkennerschaft betrieben wird, um mit den letzten rhetorischen Kniffen dem Werk seine Legitimation abzuquetschen. Wo das dialektische Denken in Verruf geraten ist, sind freilich diejenigen rar, die sich dem dialektischen Kernproblem der Kunst zuwenden; wo konkrete Utopie in Verruf ist, kommen die kleinen verschämten Wünsche ins Spiel. Nicht objektiver Gehalt der Kunst interessiert, sondern der symbolische Kapitalwert, der dem Marktwert vorgeschaltet wird. Heidi E. Violand-Hobi sieht sich in der von Tinguely 1988 gefertigten Spinnrad-ähnlichen Konstruktion, die er bezeichnenderweise *Hegel* nannte (ein Motor treibt ein Schwungrad an, das einen Drahtbügel durch eine rostige Metallschleife treibt) an »Masturbationspraktiken« erinnert; *Hegel* gehöre zur Werkgruppe, »in der Stangen durchbohren und entjungfern, [und stellt] die Liebe als Penetrationsakt dar. Hier liegt die Zweideutigkeit in der launischen Neckerei auf der einen und der endlosen Aggression auf der anderen Seite.«⁸ Dies zur Gefühlslandschaft des kulturell interessierten, sexuell verklemmten Bürgertums, das sich von jeder auch nur beiläufigen Anspielung

7 Georg W. F. Hegel: Vorlesungen über die Ästhetik, Werke in zwanzig Bänden, Bd. 13, Frankfurt/M. 1970, S. 24f.

8 Heidi E. Violand-Hobi: Jean Tinguely, München 1995, S. 14.

schen Fälschungen der Konsum-Ikonen des Kapitalismus. Zur Einführung vgl. Roberto Ohrt (Hg.): Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten, Hamburg 1995.

Kunst als Sachbeschädigung: Der bislang anonym gebliebene Aachener Wandmaler gehörte zu jenen Künstlern, die Ende der 70er Jahre die Notwendigkeit von Kunst im öffentlichen Raum ernst nahmen und zahlreiche, vor allem politische Wandbilder pinselten und sprühten. Der Aachener Wandmaler sei hier als Beispiel für all jene, auch vollends namenlose Künstler und Künstlergruppen genannt, auch in Erinnerung an den mittlerweile an einer Drogenkrankheit verstorbenen Künstler des berühmten Wandbildes der Hamburger Hafensstraße. Sie alle stehen für eine Kunst, die mit einer doppelt politischen Kunst (illegale, sachbeschädigende Form und oft auch illegale, staatsfeindliche Inhalte) »der Entpolitisierung des öffentlichen Raumes entgegenwirken.«
Walter Grasskamp

auf Geschlechtslust gerne und bereitwillig verunsichern und erregen läßt. Dabei liegt hier anderes viel näher: der Motor als Weltgeist, das Schwungrad als Geschichte, die Spinnrad-Metapher als Anspielung auf Geschichtenspinnen und Ariadnefäden. Doch Tinguelys Maschinen sind zunächst nichts mehr als Maschinen; ihre Anziehungskraft kann nicht durch rhetorische Kniffe tiefer gelegt (in die Keller des verspielt Obszönen, in die das Bürgertum sich sonst nicht hineintraut) und höher gehängt (an den Ideenhimmel der reinen Kunst) werden. Tinguelys Kunst, als sympathische, skulpturale, die die Parks und Plätze belebt, ist ein gutes Beispiel dafür, daß die wegweisenden Arbeiten dieses Jahrhunderts wahrscheinlich nicht viele Worte brauchen, sondern sich selbst vermitteln: das verspricht ein wahres Ende der Kunst, wie es sich als gelungen ankündigt. Die Wort- und Assoziationsgewalt seitens der Kunstkennerschaft spielt hier nur Leichenredner, doch die sich an Masturbationspraktiken erinnert fühlende Expertenwelt ist hier schon überflüssig; gefragt sind die Fabrikarbeiter, die die Maschinenteile kennen, die hier nur zusammengefügt sind. Die Verklärung Tinguelys als utopischen Maschinenkünstler macht jene Alltagsmaschinenkunst vergessen, die Kinder beim Spielen herstellen, oder die immer wieder beim Basteln am Fahrrad und Auto erfreut, die Kunst des Selbstreparierens, die schließlich gerade jene Menschen zu Verbesserungsvorschlägen herrschender Technik bringt, die von ihr als Produzenten abhängig sind. Und so läßt sich verlängern, daß überhaupt die sprachgewandte Verklärung, die die Kunst heute durch die Apparatur der Feuilletons, Kritiker, Fach- und Museumswelt erfährt, nicht nur die Kunst in einen unangenehmen Zustand des Stillstands bringt, eine Verhärtung im Prozeß ihrer Aufhebung, sondern vielmehr wird so das Resultat des Endes der Kunst geleugnet, wo sich nämlich schon zaghaft und zerbrechlich die Alltagskünste regen.

Utopie als Kontinuum der Kunst

Phantasie sei die treibende Kraft des Utopischen, Kunst ihre sozial-kollektive Ausdrucksform. Doch gleichzeitig scheint die Kunst der Phantasie nicht mehr genügend Halt zu bieten, wo sie entweder verschwindet, dem Ende nah ist, es vielleicht schon überschritten hat und nur noch von zweifelhafter Fachwelt und sonstigen, wahrscheinlich finanziellen Interessen am Leben gehalten wird, oder wo die Kunst in ein Stadium der Beliebigkeit und letztlich Phantasielosigkeit getreten ist – selbst auch Folge ihres Endes – und dem utopischen Hoffnungswillen des Menschen nur noch eine Karikatur von Heimat gibt. Schwerlich möchte man dem Gedanken Glauben schenken, der Mensch könne wirklich ohne Kunst auskommen: das Leben wäre zur materiellen Armut auch geistig arm, grau, Farbe würde fehlen. Allein, der Mensch ist ein phantasierendes Wesen, fähig zum Tagtraum, zur Utopie, aber prinzipiell mit soviel Realitätssinn, daß er zu unterscheiden weiß, wo die Linie zwischen Wunsch und Wirklichkeit verläuft – ohne sich aber das Wünschen verbieten zu lassen. In guter Kunst hatte solche Phantasie immer ihren Ort, ohne Fluchtpunkt zu sein; gelungene Kunst zeigt den Grundriß der Utopie mit Baugelände im

Ernst Bloch hatte 1934 festgestellt, daß ein wesentlicher Erfolg der Nazis darin bestand, sich der – dann auch künstlerischen – Formen der fortschrittlichen Kräfte bedient, zumindest im Sumpf der Wunschträume gewählt zu haben: rote Fahne, Arbeiterlieder, auch Hakenkreuz als Sonnen-

Diesseits – schlechte Kunst lügt das Blaue vom Himmel, prahlt mit Utopistischem, aber verschiebt alle Realisierung des Möglichen auf den Sanktnimmerleinstag. Utopische Phantasie ist also nicht nur durch das Ende der Kunst in Frage gestellt – zuwenig Hoffnungs- und Wunschaum –, sondern auch durch die Kunst, die wie die Hexe bei Hänsel und Gretel ins Knusperhäuschen lockt – ein Phänomen, daß sich mit den falschen Realitäten der Medien paart.

Dagegen bleibt aber die These wach, daß der Mensch von der Kunst nicht lassen wird: Immer wieder begegnen wir uns doch, wie wir selbst vom Kitsch angezogen werden, vom Nippes, schmalziger Melodie oder dem Bild, dessen Verklärungsgewalt wir uns durch und durch bewußt sind, dem wir aber doch träumend nachhängen. Es wurde schon festgestellt, daß solche Phantasiekraft längst in der Werbung benutzt wird: durchschaut, doch trotzdem und gerade gekauft. Das beunruhigt, zeigt aber in letzter Instanz, daß selbst in dem Schein der Warenwelt offenbar nur ganz viel Unabgegoltenes eingeschleppt ist: Es sind ja nicht nur falsche Bedürfnisse, die hier verkauft werden, sondern zumeist die richtigen in falscher Verpackung, Glücksversprechen mit Grünem Punkt gewissermaßen. So erweist sich die Utopie als Kontinuum der Kunst, der gelungenen wie schlechten; eine Rettung der Kunst vor ihrem Ende, eine Wiederbelebung braucht als Lungenmaschine die Phantasie: In der Utopieentwurfsmöglichkeit atmet alle Kunst. Doch solche Rettung macht kaum Sinn um der Kunst willen – das sei vorläufig noch den Adepten des Kulturbetriebs überlassen. Jede Sorge um die Kunst kann nur eine um den Menschen sein. Die Kunst ist als Großraum der Utopie zu verteidigen, dies aber nur, solange es Menschen gibt, die auch ihre Utopien zu verteidigen gewillt sind.

symbol, sowie Tausend-jähriges Reich, das ja eigentlich eine biblische Utopie ist. Die Frage ist, ob dieses von den reaktionären politischen Kräften zurückgeholt werden kann. Die Mode der Jugendkulturen versucht dies durch vermeintlichen – sagen wir einmal – *Counter-Symbolism*: die Verwendung von Signets und Schriftzügen der Industriekonzerne mit abgewandeltem Inhalt: Fuck wie Ford geschrieben, Anal wie Aral, Cocain wie Coca-Cola. Auch die Punkbewegung hatte anfänglich aus undurchsichtigen, vermeintlich provozierenden Gründen Hakenkreuze getragen (die Sex Pistols stellten schnell fest, daß ein bestimmtes Maß an Provokation Geld bringt; andere, wie die Naziband The Exploited, wußten dann auch schnell mit gezielter Hakenkreuzverwendung Profit zu machen). Schon damals wurde solche *Pseudoprovokation* von Künstlern – und nicht politischen Aktivisten, die künstlerisch tätig waren – gestützt. Oehlen operiert ganz ähnlich, wenn er Hakenkreuz und Hitlerkopf verwendet: er macht dies, um die Fachwelt zu provozieren, als Künstler.

UWE-JENS HEUER

Demokratisierung im heutigen bürgerlichen Staat

Der marxische Ansatz bestand darin, das politische System vom Eigentum her zu verstehen. Die historische Erfahrung hat uns gelehrt, innerhalb der bürgerlichen Staaten die Differenz, die große Differenz, zwischen faschistischen und bürgerlich-demokratischen Staaten unter keinen Umständen zu unterschätzen. Zugleich aber müssen wir in Tradition von Marx auf die starken autoritären, antidemokratischen Züge hinweisen, die das Privateigentum in jeglicher politischen Form hervorbringt. Gerade die Ostdeutschen lernen heute diese autoritären Verhältnisse in den Betrieben kennen. Sie werden durch die Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Diese autoritären Verhältnisse strahlen ihrerseits auf das politische System als Ganzes aus. Es wäre falsch, die Wahlen, die bürgerlichen Wahlen, als zivilisatorische Errungenschaft zu unterschätzen. Sie ermöglichen dem Volk immer wieder einen, wenn auch begrenzten, Einfluß auf seine eigenen Geschicke. Im Zentrum auch des bürgerlichen politischen Systems aber steht die Exekutive. Die reale Kontrolle der Volksvertretung über die Exekutive ist in der Realität wesentlich schwächer als in der Theorie, wenngleich zweifellos stärker als im bisherigen Sozialismus. Die Unabhängigkeit der Justiz ist stärker ausgebaut und gesichert, was die Bindung der Richter an ihr soziales Umfeld – das, was heute richterliches Vorverständnis genannt wird – keineswegs aufhebt.

Von der bürgerlichen Theorie wird heute die Demokratie längst nicht mehr als Volksherrschaft aufgefaßt. Das normative Demokratieideal als das Ideal der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung ist auch hier nicht verwirklicht. Inzwischen ist es von der Theorie ebenfalls aufgegeben.

Ausgehend von den Vereinigten Staaten von Amerika hat sich eine »realistische« Demokratie-Theorie herausgebildet. Sie geht davon aus, daß es weder möglich noch notwendig sei, das Interesse des Volkes zu erkennen. Die Demokratie wird auf eine Methode reduziert. Der politische Mechanismus wird in Analogie zum Marktmechanismus gefaßt. Die theoretischen Grundlagen hierfür hat bereits in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts Joseph A. Schumpeter gelegt. Für ihn reduzierte sich die demokratische Methode auf den Erwerb der Entscheidungsbefugnis »vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes«. Die soziale Funktion der Politik würde dabei nur nebenher erfüllt, »im gleichen Sinne, wie die Produktion eine Nebenerscheinung

Uwe-Jens Heuer - Jg. 1927,
Prof., Jurist, MdB.
Veröffentlichungen u.a.: Die
Rechtsordnung der DDR.
Anspruch und Wirklichkeit,
1995.

beim Erzielen von Profit ist«. Dabei wurde die Analogie von Schumpeter sehr weit getrieben. Das Warenhaus könne nicht durch seine Warenzeichen und eine Partei nicht durch ihre Prinzipien definiert werden. Die Herrschaft einer Elite, durch Wahlen bestätigt, wird nicht mehr als Gefahr für die Demokratie angesehen, sondern als ihre Grundlage. Politische Aktivität des Volkes ist von dieser Konzeption her nicht Voraussetzung der Demokratie, sondern im Grunde ihre eigentliche Bedrohung.

Diese Konzeption hat sich innerhalb der bürgerlichen Wissenschaft heute weitgehend durchgesetzt. Macpherson zieht daraus die Schlussfolgerung, daß für dieses Gleichgewichtsmodell, das nur noch die Konkurrenz von Eliten um Wählerstimmen kennt, kein moralischer Gehalt von Demokratie mehr existiert.¹ Die Demokratietheorie ist im Grunde zur Theorie der Herrschaft einer vom Volk bestätigten Elite geworden, wie sie in den Schriften von Michels, Mosca, Pareto und vielen anderen vorgezeichnet wurde.

Die Formalisierung des Demokratiebegriffs schreitet immer weiter voran, die Gewaltenteilung rückt in den Mittelpunkt des politischen Denkens. Der Rechtsstaat erweist sich als formeller Rechtsstaat. Die repräsentative Demokratie wird als einzige Möglichkeit von Demokratie gesehen. Unmittelbare Demokratie erscheint mit Ausnahme der Wahlen nicht als Ausdruck von Demokratie, sondern als ihre Verletzung. Das hat sich sehr deutlich gezeigt in der Arbeit der Verfassungskommission, die jegliche wesentliche Korrektur am bestehenden System zugunsten plebiszitärer Elemente mit Entschiedenheit ablehnte, dies vor allem mit Erfahrungen aus Weimar begründete. Besonderes Gewicht für die Stabilisierung dieses Systems erhalten die Massenmedien, die immer mehr zum Hauptinstrument des Einflusses der Elite und ihrer verschiedenen Fraktionen auf das Volk werden. Löwenstein definierte im Jahre 1984 in seiner Analyse des politischen Systems der Bundesrepublik sie als demoautoritäres System, in dem »die Regierung zwar auf demokratische Weise ins Amt gelangt, danach aber die politische Führung autoritär und ohne jede Begrenzung durch das Parlament und die Wählerschaft ausübt«.² Auf dem Boden der hier skizzierten theoretischen Positionen wird jegliche Frage nach dem Inhalt, nach der Herrschaft, jegliche Frage nach der Beziehung von Demokratie und Volksinteressen zurückgewiesen.

Als Beispiel für die Wirkungskraft dieser Theorie sei noch auf eine interessante »Zeit«-Debatte zum 75. Geburtstag von Helmut Schmidt hingewiesen. Robert Leicht erklärte hier einleitend, was die Gesellschaft zusammenhält, sei »die Verbindlichkeit der demokratischen Herrschaft«, die er mit politischer Führung gleichsetzt. Die Parteien werden als Form der Rekrutierung der politischen Führung gekennzeichnet. Klaus von Dohnanyi schließlich erklärte: »Das Mittel, das der demokratische Politiker gegenüber der Kraft der Delegierten oder der Macht der Delegierten einsetzen kann, ist seine Fähigkeit, Wahlen zu gewinnen«.³

Demokratie wird hier also letztlich auf Verfahren, auf Institutionen, auf Form reduziert. Nun bin ich der letzte, der sich für eine Geringschätzung der Form ausspricht. Ich habe bereits ver-

1 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München 1950, S. 416, S. 428, S. 448f.; C.P. Macpherson: Nachruf auf die liberale Demokratie, Frankfurt/Main 1983, S. 93ff.

2 Zitiert von E. Neusüss: Demokratie: Theorien und politische Praxis, in: Handbuch politischer Theorien und Ideologien, hrsg. von F. Neumann, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 158.

3 Zeitpunkte 1/94. Demokratie in der Krise, S. 27, 28, 34.

»Es sei daran erinnert, daß unsere Hauptschwierigkeiten bei der klassischen Theorie sich um die Behauptung gruppierten, daß 'das Volk' eine feststehende und rationale Ansicht über jede einzelne Frage besitzt und daß es - in einer Demokratie - dieser Ansicht dadurch Wirkungskraft verleiht, daß es 'Vertreter' wählt, die dafür sorgen, daß diese Ansicht ausgeführt wird. So wird die Wahl der Repräsentanten dem Hauptzweck der demokratischen Ordnung nachgeordnet, der darin besteht, der Wählerschaft die Macht des politischen Entscheides zu verleihen. Angenommen nun, wir vertauschen die Rollen dieser beiden Elemente und stellen den Entscheid von Fragen durch die Wählerschaft der Wahl jener Männer nach, die die Entscheidung zu treffen haben. Oder um es anders auszudrücken: wir nehmen nun den Standpunkt ein, daß die Rolle des Volkes darin besteht, eine Regierung hervorzubringen oder sonst eine dazwischengeschobene Körperschaft, die ihrerseits eine nationale Exekutive oder Regierung hervorbringt. Und wir definieren: die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.«

Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 428f.

schiedene Male auf die Hypertrophie des Inhalts in der marxistisch-leninistischen Orthodoxie hingewiesen. Die Betonung des Gewichts von Verfahren, von Institutionen, der Form darf aber nicht dazu führen, die Frage des Inhalts gänzlich zu ignorieren. Fassen wir Demokratie als individuelle und kollektive Selbstbestimmung, so geht es immer sowohl um den Inhalt, eben die reale und wirkliche Selbstbestimmung, als auch um die dazu erforderlichen Verfahren und Institutionen.

Ich möchte noch auf eine weitere Gefahr aufmerksam machen. Die alleinige Betonung der formellen Seite kann zum Ausbau, zur Verstärkung der autoritären Elemente genutzt werden. Im gegenwärtigen Deutschland besteht in meinen Augen nicht die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung, wohl aber der schleichenen Verstärkung der autoritären Elemente. Gerade auch das intensivere Auftreten rechter Kräfte in der Diskussion um die Befreiung 1945 zeigt das überdeutlich. Das betrifft das Ausblenden der Verantwortung von Industrie und Wehrmacht für den Zweiten Weltkrieg ebenso wie die Ablehnung einer Befreiung Ostdeutschlands mit der Begründung, daß dort nur der bruchlose Übergang von brauner zu roter Diktatur erfolgt sei.

Eine solche autoritäre Entwicklung ist bereits nach außen hin im Streben nach immer stärkeren Großmachtpositionen und im Inneren in der Aufkündigung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses und der Forderung auf Ausbau eines starken Staates unter Berufung auf die innere Sicherheit deutlich geworden. Der Staat soll sich weitgehend aus dem Wirtschafts-, vor allem aus dem Sozialbereich zurückziehen und zugleich als repressiver Staat an Gewicht gewinnen. Die antidemokratische Tendenz, die der bürgerlichen Demokratie innewohnt, zugleich aber immer wieder zurückgedrängt werden konnte, gewinnt gegenwärtig an Gewicht.

Eine umfassende Gegenstrategie demokratischer Kräfte ist gegenwärtig weder in der Welt noch speziell für Deutschland sichtbar. Die ungeheure Niederlage, die der Zusammenbruch des Sozialismus selbst für seine liberalen und sozialdemokratischen Kritiker bedeutete, auch wenn sie es nicht wahrhaben wollen, steht einer solchen Gegenstrategie heute und wahrscheinlich für einige Zeit entgegen. Die Weltstrategie des Jahres 1917 ist 1989/90 endgültig gescheitert, eine neue Weltstrategie ist nicht in Sicht. Es ist nicht einmal zu entscheiden, ob der Rückzug bereits endgültig abgeschlossen ist. Es kann heute auch kaum gesagt werden, ob eine einzelne Demokratisierungsstrategie in ihrem Wesen offensiv oder defensiv ist, eben weil sie sich nicht in eine Gesamtstrategie einordnet. In jedem Fall aber sind demokratische Teilstrategien notwendig, unabhängig davon, ob sie im Ergebnis eine Veränderung der Entwicklungsrichtung bewirken, oder nur die Verteidigung von einst Errungenem, sei es in der DDR, sei es in der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre.

Da unter den gegenwärtigen Bedingungen und mit hoher Sicherheit für einen langen Zeitraum die Herrschaft des Kapitalismus nicht änderbar ist, kann es nur um Aufbau von Gegenmacht gehen. Ich sehe dabei folgende Richtungen:

Erstens halte ich den Kampf der Menschen für persönliche Selbstbestimmung für außerordentlich bedeutsam. Es geht um demokratische Haltungen, um die Überwindung autoritärer Haltungen der Individuen.⁴ Gerade hier liegen positive Seiten der Individualisierung in der bürgerlichen Gesellschaft der letzten Jahrzehnte. Dieser Prozeß findet wohl seinen deutlichsten Ausdruck in der feministischen Bewegung, in der Empörung von Frauen gegen patriarchalische Über- und Unterordnung. Demokratische Haltung fordert Risikobereitschaft, fordert, Verantwortung zu übernehmen, nicht für die Taten anderer, sondern für eigene Taten, fordert das Ertragen von Widersprüchen und Konflikten. Ein Demokrat muß den Mut zur eigenen Meinung haben, seinem Gewissen trauen. Das Anwachsen demokratischer Haltungen ist sicher auch ein Ergebnis von Erziehung, vor allem aber von Erfahrungen, sie wachsen mit der tatsächlichen Verantwortung, mit der Teilnahme an Kämpfen, Siegen und Niederlagen.

Zweitens geht es um die Wirksamkeit von Basisbewegungen, von Bewegungen, die auf die Durchsetzung bestimmter Einzelziele gerichtet sind, bis hin zu Parteien, wenn sie denn die Kraft ihrer Mitglieder wirklich zusammenfassen, sich die Mitglieder nicht bürokratisch unterordnen. Auffällig ist, daß solche Bewegungen sehr stark von der Kraft kleiner Minderheiten abhängen, daß es beispielsweise nicht gelingt, die großen sozialen Probleme Ostdeutschlands heute durch die Kraft größerer Aktionen deutlich zu machen. Offen ist auch, ob der gegenwärtig deutliche Rückgang der Arbeiterbewegung, der abnehmende Einfluß der Gewerkschaften weiter anhalten wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Öffentlichkeit, auf die Rödel, Frankenberg und Dubiel aufmerksam gemacht haben. In ihren Augen soll die Politik, sollen die vorhandenen Institutionen den offenen Rahmen abgeben, innerhalb dessen das Projekt demokratischer Selbstregierung des Volkes sich entfalten könnte. Sie charakterisieren Demokratie als ungerichtetes und durchaus riskantes Projekt.⁵ Allerdings scheint mir offensichtlich, daß heute in der Bundesrepublik Deutschland Öffentlichkeit vor allem Einfluß der Massenmedien bedeutet und daß diese Massenmedien weitgehend im Dienste der Erhaltung und Verteidigung der bestehenden Verhältnisse stehen.

Drittens schließlich bedürfen Entwicklung demokratischer Haltungen, Entfaltung von Bewegungen und Öffentlichkeit institutioneller und rechtlicher Stützen. Das Recht ist und bleibt Instrument staatlicher Machtausübung. Es ist – jedenfalls der Möglichkeit nach – aber stets zugleich auch Instrument individueller und kollektiver Selbstbestimmung. Habermas interpretiert die Idee des Rechtsstaates als die Forderung, »das über den Machtcode gesteuerte administrative System an die rechtsetzende kommunikative Macht zu binden und von den Einwirkungen sozialer Macht, also der faktischen Durchsetzungskraft privilegierter Interessen freizuhalten«⁶. Wie weit es tatsächlich möglich ist, im Rahmen des rechtlichen Regulationssystems, angefangen mit der Verfassung, privilegierte Interessen zurückzudrängen, hängt aber nicht nur vom Inhalt der Regelungen, sondern in sehr hohem Maße auch

4 Vgl. Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/Main 1976.

5 U. Rödel, G. Frankenberg, H. Dubiel: Die demokratische Frage, Frankfurt/Main 1989, S. 17, 44.

6 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, Frankfurt/Main 1992, S. 187, S. 599.

von der gegen die privilegierten Interessen einzusetzenden Gegenmacht ab.

Demokratisierung heißt im bestehenden System also Ausbau von Gegenmacht. Gegenmacht ist auch Macht, aber sie ist eben nicht herrschende Macht. In den von Gregor Gysi, Lothar Bisky und Hans Modrow veröffentlichten Grundsätzen wird als Möglichkeit vertreten, daß die PDS auch in Regierungsposition ihren Oppositionscharakter behalten könne. »Unabhängig davon, welche Rolle die PDS in einem Parlament spielt, muß sie sich immer als Kraft der gesellschaftlichen Opposition ... verstehen«.7 Eine solche Möglichkeit würde auf jeden Fall eine gänzlich andere gesellschaftliche Situation voraussetzen, in der radikal demokratische, auf tiefgreifende gesellschaftliche Wandlungen gerichtete Kräfte eine wirkliche außerparlamentarische Gegenmacht aufgebaut hätten. Ich halte es in diesem Zusammenhang auch für fragwürdig, wenn hinsichtlich der PDS von Konkurrenz gegenüber anderen Parteien die Rede ist. Konkurrenz meint Wettbewerb um Wählerstimmen. Eine Partei, deren letztes Ziel die Veränderung der Gesellschaft ist, kann sich nur teilweise als Konkurrenz definieren.

Welche Bedeutung hat eigentlich unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt der sozialistische Charakter der PDS für ihren gegenwärtigen Kampf? Sozialistischer Charakter bedeutet sicherlich, daß das Ziel die Überwindung der Dominanz des Privateigentums bleibt, und die damit verbundene Einsicht, daß die Herrschaft des Privateigentums immer Grenzen für Demokratisierung setzt. Dabei gibt es auf der anderen Seite sicherlich keine Möglichkeit, heute abstrakt, vom grünen Tisch her, diese Grenzen zu bestimmen. Sie können sich nur im realen Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen zeigen. Erst wenn die Mehrheit der Menschen deutlich erkennt, daß diese Grenzen der Verwirklichung ihrer Anliegen, ihrer Interessen hinderlich sind, erst dann werden die Menschen bereit sein, diese Grenzen zu überschreiten.

Dennoch aber meine ich, daß es auch im heutigen Handeln Konsequenzen aus dem sozialistischen Ziel geben muß. Sonst sind wir gleichsam in der Lage jener Christen, die auf das Jüngste Gericht warten, im übrigen aber für die Gegenwart sich voll den Gesetzen dieser Wirklichkeit unterwerfen. Die in den Grundsätzen gewählte Formulierung, es ginge darum, das »zu dem gegebenen Zeitpunkt höchstmögliche Maß an Veränderung durchzusetzen«, ist kein inhaltliches Kriterium mehr. Gerade unsere Einsicht in die vom Privateigentum an Produktionsmitteln ausgehenden Erfahrungen muß auch den Inhalt heutiger Entscheidungen bestimmen. Wenn die PDS sich nur noch als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sieht, so ist das ihr Ende als besondere Strömung.

Ein solches Herangehen beruht sicher bei manchen auf der Überzeugung, daß die Niederlage des Sozialismus endgültig sei, daß es eine Wiederholung – und sei es in welcher Form auch immer – nicht mehr geben werde. Das hat beispielsweise Harald Werner recht deutlich ausgesprochen. Das wird bereits schon deutlich im Titel seiner Schrift: »Demokratisierung – Ziel und Methode gesellschaftlichen Wandels«.8 Hier ist Demokratisierung ebensowohl Methode als auch Ziel. Sie bleibt letztlich innerhalb

7 Gregor Gysi, Lothar Bisky, Hans Modrow: Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel, in: Pressedienst PDS 3/95, S. 10.

des gegenwärtigen Systems: »Meiner Meinung nach gibt es keine Grenzen, die eindeutig festlegen, wie weit der Demokratisierungsprozeß innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse getrieben werden kann«. Letztes Ziel bleibt die »Rückeroberung der Politik durch die Gesellschaft.«⁹ Vom Eigentum ist keine Rede mehr. Konsequenterweise ist damit aus dem demokratischen Sozialismus der demokratische Kapitalismus geworden.

Der Untergang der DDR hat uns gezeigt, daß dieser Sozialismus nicht wettbewerbsfähig war, daß er mit Grund gescheitert ist. Er hat uns aber auch gezeigt, daß Sozialismus möglich war. Seine Gegner haben ihn bekämpft, weil er das Privateigentum an den Produktionsmitteln angetastet hat, nicht wegen ungenügender Demokratie. Das entschuldigt nicht die Unfähigkeit in der DDR, Sozialismus und Demokratie dauerhaft und stabil zu verbinden. Dennoch aber ist die Geschichte der DDR, die Geschichte ihres Ringens um Sozialismus, nicht Ballast, sondern Kraftquell, wenn wir für einen demokratischen Sozialismus kämpfen. Es geht also bei der Demokratiefrage nach wie vor, wie eh und je, um Inhalt und Form, um neues anderes Eigentum, um neue bessere Demokratie. In der DDR war es für mich notwendig, mit Nachdruck zu betonen, daß die Beseitigung des Privateigentums nicht automatisch Demokratie hervorbringt. Daraus leitete sich die Forderung ab, Sozialismus und Demokratie miteinander zu vereinen. Heute ist es gleichermaßen notwendig, mit Nachdruck zu betonen, daß Demokratie nicht automatisch Sozialismus bedeutet. Mit beiden Positionen, sowohl der marxistisch-leninistischen Orthodoxie als auch der Negierung der Bedeutung der Eigentumsfrage für Demokratie, wird letztlich das widersprüchliche Problem der Vereinigung von Sozialismus und Demokratie durch das Wegschneiden einer Seite des Widerspruchs nur scheinbar gelöst, in Wirklichkeit negiert.

Werner Maihofer hat 1989 im Vorwort zur BRD-Ausgabe meines Buches »Marxismus und Demokratie« geschrieben: »Erkennt und anerkennt man Demokratie und Sozialismus als einander berichtende und ergänzende Rechts- und Sozialutopien, die erst zusammen die ganze Wahrheit menschlicher Entwicklung ›zum Vorschein bringen«, so folge daraus die Zustimmung zu der Position des Sozialisten Ernst Bloch: »Es gibt keine menschliche Würde ohne Ende der Not, aber auch kein menschengemäßes Glück ohne Ende alter oder neuer Untertänigkeit.« Er zitiert dann seine schon erwähnte Formulierung: »Keine Demokratie ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Demokratie. Das ist die Formel einer Wechselwirkung, die über die Zukunft entscheidet.«¹⁰ Die PDS ist die Partei, so scheint es jedenfalls mir, die beides will und wollen muß, obwohl oder weil es beides zusammen noch nie gegeben hat.

8 Harald Werner: Demokratisierung - Ziel und Methode gesellschaftlichen Wandels, in: Uwe-Jens Heuer, Harald Werner: Gegenmacht: Demokratie, Schriftenreihe controvers, Diskussionsangebot der PDS, Berlin, S. 22ff.

9 Ebenda, S. 38.

10 Uwe-Jens Heuer: Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1989 bzw. 1990, S. 9.

THOMAS KUCZYNSKI

Die Aktualität der Altersbriefe von Friedrich Engels im Lichte des Zusammenbruchs des »Realsozialismus«

Thomas Kuczynski – Jg. 1944, Prof. Dr. oec., von 1988 bis zur Abwicklung 1991 Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, seither zumeist erwerbslos; publizierte 1995 eine Edition des Kommunistischen Manifests (einschließlich Editionsbericht) in den Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier N° 49.

ENGELS war – wie MARX – ein begeisterter Briefschreiber. Die vierzigbändige MARX-ENGELS-Werkausgabe enthält allein fünf Bände mit nach MARX' Tode von ihm geschriebenen Briefen, und das sind keineswegs alle erhalten gebliebenen. Dabei füllen die Briefe aus den 1890er Jahren mehr als zwei Bände, und in der neuen MARX-ENGELS-Gesamtausgabe sind sogar sieben Bände für den von ihm in den neunziger Jahren geführten Briefwechsel vorgesehen.

Allerdings, wenn wir von *den* Altersbriefen sprechen, so meinen wir nicht diese Riesenmenge, sondern im eigentlichen nur sieben: zwei an CONRAD SCHMIDT und je einen an PAUL ERNST, JOSEPH BLOCH, FRANZ MEHRING, WALTER BORGHIUS und WERNER SOMBART.¹ Ihr gemeinsames Charakteristikum ist die Darlegung von Problemen des historischen Materialismus, insbesondere die Warnung vor einer einseitig ökonomistischen Geschichtsbetrachtung. Deshalb sind sie auch Briefe über den historischen Materialismus genannt worden.²

Die Briefe zeigen ENGELS als profunden Kenner der konkret-historischen Strukturen und Entwicklungen einerseits wie auch andererseits ihrer philosophischen und ideologischen Verallgemeinerungen. Aber sie enthalten natürlich nicht *die* Theorie des historischen Materialismus. Das war auch gar nicht ENGELS' Absicht. So schließt er seinen Brief an Borgius mit dem ausdrücklichen Bemerkungen: »Ich bitte, im obigen die Worte nicht auf die Goldwaage zu legen, sondern den Zusammenhang im Auge zu behalten; ich bedaure, nicht die Zeit zu haben, Ihnen so exakt ausgearbeitet zu schreiben, wie ich es für die Öffentlichkeit müßte.« Und am Schluß seines durch die Lektüre von Mehrings Buch über »Die Lessing-Legende« veranlaßten Briefes bemerkt er gar: »Doch ich gerate auf allerhand Allotria – lassen Sie sich dies Gerede wenigstens zum Beweis dienen, wie anregend Ihre Arbeit auf mich wirkt.«

Uns hingegen soll »dies Gerede« zunächst als Beleg dienen, daß der alte ENGELS keineswegs der verknocherte und halbgebildete Ideologe gewesen ist, als den ihn heute manche MARX-Exegeten und *Kapital*-Logiker gern hinstellen möchten.³ Die von ihnen formulierte Kritik, die den reinen Wissenschaftler MARX und den befleckten Parteiideologen ENGELS einander gegenüberstellt und darin selber ganz und gar ideologisch ist, reflektiert bestenfalls eben jene Gefahr, über die ENGELS in seinem ersten Brief an Schmidt so schrieb: »Auch die materialistische Geschichtsauffas-

Leicht überarbeitete Fassung eines Beitrages, den der Verfasser am 20. Oktober 1995 auf dem internationalen Kolloquium Friedrich Engels – Savant et révolutionnaire in Paris (Veranstalter: Centre National de la Recherche Scientifique und Université de Paris-X Nanterre) zur Diskussion gestellt hatte.

sung hat [...] heute eine Menge [fataler Freunde], denen sie als Vorwand dient, Geschichte *nicht* zu studieren. Ganz wie MARX von den französischen »Marxisten« der letzten 70er Jahre sagte: »Tout ce que je sais, c'est que je ne suis pas Marxiste [Alles, was ich weiß, ist, daß ich kein Marxist bin].« – Aber vielleicht sollte ich hier in Paris hinzufügen, daß ENGELS auch seine deutschen »Marxisten« recht kritisch sah, beispielsweise im Brief an Bloch: »Es ist aber leider nur zu häufig, daß man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen Vorwurf kann ich manchem der neueren »Marxisten« nicht ersparen, und es ist da dann auch wunderbares Zeug geleistet worden.«

Ich möchte niemanden mit der Darlegung des »wunderbaren Zeugs« langweilen, das deutsche »MARXisten« in den seither vergangenen hundert Jahren, insbesondere auch in der DDR, »geleistet« haben. Nur auf ein Moment sei hingewiesen, auch zur Erklärung, warum ich ENGELS' Altersbriefe im Lichte des Zusammenbruchs des »Realsozialismus« betrachte.

Im Herbst 1987 hielt ich einen Vortrag über das Verhältnis von Reversibilität und Irreversibilität bei der Entstehung und Entwicklung des Kapitalismus in West- und Mitteleuropa. In diesem Vortrag betonte ich, daß der Kapitalismus als Produktionsweise und Gesellschaftsformation erst dann etabliert gewesen und die Entwicklung in diesem Sinne irreversibel geworden sei, als er auf seine eigene technologische Grundlage gestellt war. Im Anschluß an die MARX'sche Unterscheidung zwischen formell- und reell-kapitalistischer Produktionsweise⁴ meinte ich, daß die bürgerliche Revolution zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die irreversible Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise sei – hinzutreten müsse die industrielle Revolution, in deren Verlauf eben jene dem Kapitalismus eigene technologische Grundlage geschaffen werde. In der anschließenden Diskussion fragte mich ein pffiffiger junger Mann, wie ich denn dieses Verhältnis von Reversibilität und Irreversibilität in bezug auf den Sozialismus sähe. Ich antwortete ihm, die technologischen Grundlagen von Sozialismus und Kapitalismus seien zwar noch immer wesentlich dieselben, und von daher sei, *theoretisch* betrachtet, alle sozialistische Entwicklung reversibel, aber *praktisch* stünde einem Versuch des »roll back« entgegen, daß er die Gefahr eines Nuklearkrieges beinhalte, und daher sei die Irreversibilität praktisch-politisch, nämlich militärisch, gesichert.

Diese meine Sicht war zwar damals, in den Anti-Perestrojka-Zeiten der DDR, geradezu »defätistisch«, um nicht zu sagen »konterrevolutionär«. Aber die seitherige Entwicklung hat gezeigt, daß ich viel zu optimistisch gewesen bin. Ich hatte nicht die Wahrheit jener Überlegung begriffen, die ENGELS im zweiten Brief an Schmidt ausgesprochen hatte: »Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung kann dreierlei Art sein: Sie kann in derselben Richtung vorgehen, dann geht's rascher, sie kann dagegen angehn, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt, oder sie kann der ökonomischen Ent-

1 Die Briefe sind sämtlich abgedruckt in Marx/Engels: Werke [im folgenden: MEW], Bd. 37, S. 411-413 (an Ernst vom 5.6.1890), 435-438 (an Schmidt vom 5.8.1890), 462-465 (an Bloch vom 21.9.1890), 488-495 (an Schmidt vom 27.10.1890); Bd. 39, S. 96-100 (an Mehring vom 14.7.1893), 205-207 (an Borgius vom 25.1.1894), 427-429 (an Sombart vom 11.3.1895), Berlin 1967-1968. Auf einen detaillierten Nachweis der einzelnen Zitate aus den Briefen ist verzichtet worden.

2 Friedrich Richter hatte 1979 im Dietz Verlag Berlin eine Sammlung unter diesem Titel herausgegeben. In seiner Vorbemerkung wendet er sich zwar gegen die Bezeichnung »Altersbriefe«, aber seine Sammlung von 16 Briefen enthält unter anderem auch jene an Conrad Schmidt, die ein Spezialproblem der Politischen Ökonomie (die Bewegung der Profitrate) zum Gegenstand, also recht wenig mit den Problemen des historischen Materialismus im engeren Sinne des Wortes zu tun haben. Wenn wir im folgenden vom ersten bzw. zweiten Brief an Schmidt sprechen, so sind daher immer nur die beiden oben genannten gemeint.

3 Vgl. z.B. die unsäglich ideologischen Betrachtungen zu Engels und insb. dessen Edition von Band III des Kapitals in MEGA-Studien, N° 1994/2, S. 3ff. (Vollgraf/Jungnickel), 101ff. (Backhaus/Reichelt), 122ff.

4 Vgl. insb. das von Marx ursprünglich für Band I des Kapitals geschriebene Kapitel 6 (Resultate des unmittelbaren Produktionspro-

zesses); Marx/Engels: Gesamtausgabe [im folgenden: MEGA2], Band II.4.1, S. 24-130.

5 Dagegen formuliert Marx in dem auf Januar 1859 datierten Vorwort zum ersten Heft von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*: Die Menschen gehen »bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen.« Marx reduziert hier die Ökonomie, unter Ausschluß der Produktivkräfte, auf die Produktionsverhältnisse, faßt sie also im engsten Sinne.

6 So zitiert bei Rosa Luxemburg: *Die Krise der Sozialdemokratie*, in: *Werke*, Band 4, Berlin 1974, S. 62.

7 So die Formulierung in Ludwig Feuerbach und der

wicklung bestimmte Richtungen abschneiden und andre vorschreiben – dieser Fall reduziert sich schließlich auf einen der beiden vorhergehenden.«

In der Tat: Daß eine Staatsmacht, daß eine sozialistische Staatsmacht *heutzutage*, also am Ende des zweiten Jahrtausends, auf diese Weise einfach »kaputtgehen« könne, das wäre mir nie in den Sinn gekommen.

Fragen wir uns nun, was ENGELS unter ökonomischer Entwicklung verstand. Bei erneuter Lektüre der Briefe fand ich, daß er im Alter einen ungemein weiten Ökonomie-Begriff hatte. Im Brief an BORGHIUS meint er nämlich zu den »ökonomischen Verhältnissen«: »[...] die *gesamte Technik* der Produktion und des Transports ist da einbegriffen. [...] Ferner sind einbegriffen unter den ökonomischen Verhältnissen die *geographische Grundlage*, worauf diese sich abspielen, [...] natürlich auch das diese Gesellschaftsform nach außen hin umgebende Milieu. [...] die Rasse ist selbst ein ökonomischer Faktor.«

Hier wird also die gesamte Natur, sowohl die vorgefundene als auch die in Gestalt von Technik umgestaltete, unter die Ökonomie subsumiert. Im Grunde zielt ENGELS' Begriff der Ökonomie auf das ab, was als *materielle Basis* der Gesellschaft deren Überbau gegenübergestellt wird.⁵ Also ist es wohl auch *diese* Ökonomie, nämlich die materielle Basis, deren Entwicklung seiner Ansicht nach *in letzter Instanz* die gesamte gesellschaftliche Entwicklung bestimmt.

Unter dem Gesichtspunkt systematischer Theorie ist dieser Ökonomie-Begriff gewiß unpräzise und demzufolge scharfer Kritik zu unterziehen. Aber unter heuristischem Gesichtspunkt ist er ungemein anregend, etwa wenn wir hinsichtlich der gegenwärtigen Situation formulieren: Die Staatsmacht kann gegen die ökologische Entwicklung angehen, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt ... So gesehen, müssen wir sogar noch einen Schritt weitergehen und unter dem Gesichtspunkt völlig verfehelter Weltinnenpolitik als Konsequenz formulieren: ...dann geht heutzutage jedes große Volk, geht die Menschheit kaputt. Das ist eine Perspektive, die noch weit über jenes ENGELS zugeschriebene Wort hinausgeht, die bürgerliche Gesellschaft stünde vor der Alternative »Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.«⁶

Nach ENGELS' Ansicht machen die Menschen »ihre Geschichte selbst, aber bis jetzt nicht mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan, selbst nicht in einer bestimmt abgegrenzten gegebenen Gesellschaft.« Diesem Zitat aus dem Brief an Borgius sei eines aus dem Brief an Sombart zur Seite gestellt: »Nach der Marx'schen Auffassung geht alle bisherige Geschichte, was die großen Ergebnisse angeht, bewußtlos vor sich, d.h. diese Ergebnisse und ihre weiteren Folgen sind nicht gewollt; die geschichtlichen Figuren haben entweder direkt etwas andres gewollt als das Erreichte, oder dies Erreichte zieht wieder ganz andre unvorhergesehene Folgen nach sich.« Und im Brief an Bloch formuliert er, »daß das Endresultat [eines historischen Prozesses] [...] als das Produkt einer, als Ganzes, *bewußtlos* und willenlos wirkenden Macht an-

gesehen werden kann. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem andern verhindert, und was herauskommt, ist etwas, das keiner gewollt hat. So verläuft die bisherige Geschichte nach Art eines Naturprozesses und ist auch wesentlich denselben Bewegungsgesetzen unterworfen.«

Immer wieder betont ENGELS, daß die bisherige Geschichte als ein *bewußtlos* verlaufender Gesamtprozeß zu analysieren sei, und auf dieser Ebene unterscheidet er nicht einmal zwischen ökonomischer Basis und politisch-ideologischem Überbau, in dieser Hinsicht seien sie identisch, eben bewußtlos.

ENGELS hat unseres Erachtens mit vollem Recht so argumentiert. Fassen wir beispielsweise die seit seinem Tode über den Sozialismus als Weg, Methode und Ziel geführten, immer niveauloser werdenden Kämpfe und Debatten zwischen den verschiedenen Personen und Fraktionen zusammen und dann vor allem das vorläufige Endresultat realsozialistischer Entwicklung ins Auge, so können wir eben nur ENGELS' Worte wiederholen: Was jeder einzelne gewollt hat, wurde von jedem andern verhindert, und was herauskam, war etwas, das keiner gewollt hat.

In diesem Zusammenhang noch einige Worte zu dem, was ENGELS im zweiten Brief an *Schmidt* »*ideologische Anschauung*« genannt hat. Im Brief an Mehring vermerkt er: »Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt; sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß.«

In der Tat hat ENGELS in seinen Altersbriefen prinzipiell einen pejorativen Ideologiebegriff verwendet, und es scheint mir eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet jene, die sich als seine besten Schüler verstanden, dem Ideologischen einen so hohen Stellenwert zugewiesen haben. Denn in der Tat war unser geistiges Sozialismusbild das Resultat eines durch und durch falschen Bewußtseins über Entwicklungsstand und -tendenz des realsozialistischen Gesellschaftssystems, also pure Ideologie. So wie ENGELS im ersten Brief an Schmidt zu einer Debatte in der *Volks-Tribüne* bemerkte: »[...] bei allen Beteiligten erscheint die »sozialistische Gesellschaft« [Anführungszeichen von ENGELS!] nicht als ein in fortwährender Veränderung und Fortschritt begriffenes, sondern als ein stabiles, ein für allemal fixiertes Ding [...]«.

Wenn MARX geahnt hätte, daß von diesem falschen, sogenannten marxistischen Bewußtsein die einzige Stelle, an der er einen wertfreien Ideologiebegriff verwendet hat (im Vorwort von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*), ins Positive gewendet würde, wer weiß, ob er sie so eingeführt hätte, nämlich ... »*bewußtlos*«.

Der »sogenannte Denker« wird von ENGELS im Brief an Mehring auch »[d]er historische Ideolog« genannt, wobei er in Klammern hinzufügt: »[H]istorisch soll hier einfach zusammenfassend stehn für politisch, juristisch, philosophisch, theologisch, kurz für alle Gebiete, die der *Gesellschaft* angehören und nicht bloß der Natur«.

Diese Klammerbemerkung ist in mehrfacher Hinsicht missverständlich. Im darauffolgenden Absatz spricht ENGELS nämlich vom »[...] Schein einer selbständigen Geschichte der Staatsverfassun-

gung der klassischen deutschen Philosophie (MEW, Band 22, S. 274).

8 Vgl. beispielsweise die Gegenüberstellung von Marx und Darwin im Vorwort zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests.

Diese Ansicht findet sich sinngemäß in den Briefen an Bloch und Borgius, aber nie wortwörtlich. In ersterem heißt es: »Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte der Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens« (womit das »wirkliche Leben« auf die materielle Basis reduziert wäre). In letzterem spricht er einerseits von »den ökonomischen Verhältnissen, die wir als bestimmende Basis der Geschichte der Gesellschaft ansehen« – hier fehlt die letzte Instanz –, andererseits dürfte die in demselben Brief enthaltene Wendung: »Wir sehen die ökonomischen Bedingungen als das in letzter Instanz die geschichtliche Entwicklung Bedingende an« einen Schreibfehler enthalten: Nicht das »Bedingende«, sondern das Bestimmende war wohl gemeint, denn gleich darauf spricht Engels noch einmal von »der *in letzter Instanz* stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit«, was aber sehr viel enger ist als »die ökonomischen Bedingungen« bzw. »die ökonomischen Verhältnisse«.

gen, der Rechtssysteme, der ideologischen Vorstellungen auf jedem Sondergebiet [...]«, billigt also gerade dem, was er zuvor als historisch zusammengefaßt hat, nur noch eine scheinbar selbständige Geschichte zu, und stellt im folgenden Satz sogar fest: »[...] seitdem die bürgerliche Illusion von der Ewigkeit und Letztinstanzlichkeit der kapitalistischen Produktion dazugekommen, gilt ja sogar die Überwindung der Merkantilisten durch die Physiokraten und A. Smith für einen bloßen Sieg des Gedankens[.] nicht für den Gedankenreflex veränderter ökonomischer Tatsachen, sondern für die endlich errungene richtige Einsicht in stets und überall bestehende tatsächliche Bedingungen [...]«.

Aber die Ökonomie, deren Geschichte hiernach die Basis für veränderte Einsichten darstellt, subsumiert ENGELS in der Klammerbemerkung gerade nicht unter die »Gebiete, die der Gesellschaft angehören«. Ganz offenbar reduziert ENGELS hier also die Gesellschaft auf das Ideologische und stellt sie so ihrer materiellen Basis gegenüber. Im Brief an Borgius hatte er Technik und Natur der Ökonomie zugerechnet, nun aber zählt er offenbar Ökonomie und Technik zur Natur.

Darüber hinaus stellt er in der Klammerbemerkung die so verstandene Natur der Geschichte gegenüber. Natürlich hat ENGELS einerseits an vielen Stellen gerade gegen »die unhistorische Auffassung der Natur«⁷ polemisiert und andererseits ganz klar Naturwissenschaft und Geschichtswissenschaft einander gegenübergestellt.⁸ Dieser Widerspruch ist bekannt und in diesem Zusammenhang auch nicht sonderlich interessant. Aber daß er in der Klammerbemerkung die Ökonomie faktisch aus der Geschichte herausnimmt, das ist sehr erstaunlich, beklagt er doch im Brief an Borgius »[...] die unverantwortliche Vernachlässigung in der Literatur der ökonomischen Geschichte,« und im ersten Brief an Schmidt konstatiert er: »[...] die ökonomische Geschichte liegt ja noch in den Windeln!«

Auf einen Fehler, diesmal allerdings von ihm und MARX sehr bewußt gemacht, kommt ENGELS in nahezu allen seiner Altersbriefe zu sprechen, im Brief an Bloch beispielsweise so: »Daß von den Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt, haben Marx und ich teilweise selbst verschulden müssen. Wir hatten, den Gegnern gegenüber, das von diesen gelegnete Hauptprinzip zu betonen, und da war nicht immer Zeit, Ort und Gelegenheit, die übrigen an der Wechselwirkung beteiligten Momente zu ihrem Recht kommen zu lassen.«

ENGELS glaubte nun keinesfalls, diesen Fehler in ein paar Briefen korrigieren und das Verhältnis von Basis und Überbau theoretisch-systematisch abhandeln zu können. Auch auf seine Briefe trifft also zu, was er nie müde wurde zu betonen, im Brief an Sombart etwa so: »Aber die ganze Auffassungsweise von Marx ist nicht eine Doktrin, sondern eine Methode. Sie gibt keine fertigen Dogmen, sondern Anhaltspunkte zu weiterer Untersuchung und die Methode *für* diese Untersuchung.«

Nehmen wir beispielsweise seinen zweiten Brief an Schmidt, worin er bemerkt: »[...] das Buch [des Geschichtsphilosophen Paul Barth] zu kritisieren hab' ich jetzt keine Zeit [...] übrigens glaube

ich, daß auch z.B. Bernstein ganz gut das abmachen könnte«, dann aber doch, bevor er auf »den Parteikrakeel« eingeht, einen Absatz zu Barth einschleibt: »Was den Herren allen fehlt, ist Dialektik. Sie sehn stets nur hier Ursache, dort Wirkung. Daß dies eine hohle Abstraktion ist, daß in der wirklichen Welt solche metaphysische polare Gegensätze nur in Krisen existieren, daß der ganze große Verlauf aber in der Form der Wechselwirkung [...] vor sich geht, daß hier nichts absolut und alles relativ ist, das sehn sie nun einmal nicht, für sie hat Hegel nicht existiert.«

Und nun lesen wir Hegel zur Wechselwirkung: »Bleibt man dabei stehen, einen gegebenen Inhalt bloß unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkung zu betrachten, so ist dies in der Tat ein bloß begriffsloses Verhalten [...], eine Feststellung, zu der Lenin notiert: »[...] bloß ›Wechselwirkung‹ = Hohlheit [...]«, allgemeiner, »[...] daß Hegel in der *Enzyklopädie* die Unzulänglichkeit und Hohlheit des *bloßen* Begriffs der ›Wechselwirkung‹ unterstreicht.«⁹

ENGELS qualifiziert also Ursache und Wirkung als »hohle Abstraktion« ab, aber die von ihm an deren Stelle gesetzte Analyse der Wechselwirkung galt Lenin ebenso als »Hohlheit«.

Wie ist nun mit diesen »Hohlheiten« umzugehen? Ich denke in dem Sinne, wie ENGELS in demselben Briefe an SCHMIDT schrieb: »Die Geschichte der Wissenschaften ist die Geschichte der allmählichen Beseitigung dieses Blödsinns, resp. seiner Ersetzung durch neuen, aber immer weniger absurden Blödsinn.« Aber natürlich kann ENGELS' so höchst anregender »Blödsinn« nicht durch »weniger absurden« ersetzt werden, wenn er *nur* als Blödsinn betrachtet wird, ebensowenig, wenn er – wie von »MARXistischen« Philosophen – als der Weisheit letzter Schluß angesehen wird.

Im Brief an Bloch kritisiert ENGELS die selbstverschuldet einseitige Theorie, meint jedoch zu den von MARX und ihm verfaßten konkret-historischen Darstellungen: »Aber sowie es zur Darstellung eines historischen Abschnitts [...] kam, änderte sich die Sache, und da war kein Irrtum möglich.« Unter diesen konkret-historischen Darstellungen nennt er immer wieder als Standardbeispiel historisch-materialistischer Darstellung den *Achtzehnten Brumaire* von MARX. Und deshalb erlaube ich mir, zum Schluß kommend, aus diesem Werk, aus dem ersten Kapitel eine höchst aktuelle Aufgabenstellung zu zitieren:

»Es genügt nicht zu sagen, wie die Franzosen tun, daß ihre Nation überrascht worden sei. Einer Nation und einer Frau wird die unbewachte Stunde nicht verziehen, worin der erste beste Abenteuerer ihnen Gewalt antun und sie sich aneignen konnte. Das Rätsel wird durch dergleichen Wendungen nicht gelöst, sondern nur anders formuliert. Es bliebe zu erklären, wie eine Nation von 36 Millionen durch drei vulgäre Industrieritter überrascht und widerstandslos in die Gefangenschaft abgeführt werden kann.«¹⁰ – Genauso bleibt dem Zeithistoriker, im Angesicht des Zusammenbruchs des Realsozialismus zu erklären, wie in Osteuropa 360 Millionen durch dreißig Konjunkturritter überrascht und widerstandslos in den Kapitalismus abgeführt werden konnten.

9 Wladimir I. Lenin: Philosophische Hefte, in: Werke. Band 38, Berlin 1964, S. 153/54; Zitat aus: Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Werke (Freundesvereinsausgabe), Band 6, Berlin 1840, S. 308.

10 MEGA2, Band I.11, S. 103.

Aber nicht so möchte ich schließen, sondern mit einem Zitat, dessen Altersweisheit und »Skepto-Optimismus« ich ausdrücklich hervorheben möchte. Über die »Rückwirkung der Staatsmacht« nachdenkend, fährt ENGELS fort: »Dazu nun noch der Fall der Eroberung und brutalen Vernichtung von ökonomischen Hilfsquellen, woran unter Umständen früher eine ganze ökonomische Lokal- und Nationalentwicklung zugrund gehen konnte«, und er setzt hinzu: »Dieser Fall hat heute meist entgegengesetzte Wirkungen, wenigstens bei den großen Völkern: Der Geschlagne gewinnt auf die Dauer ökonomisch, politisch und moralisch manchmal mehr als der Sieger.«

ENZO TRAVERSO

Friedrich Engels und die nationale Frage

Im Rahmen der »Arbeitsteilung«, die sich über die gesamten vierzig Jahre der engen intellektuellen Zusammenarbeit zwischen Marx und Engels ergab, betrifft einer der größeren theoretischen Beiträge des letzteren eben die »nationale Frage«. Die Originalität seiner Überlegungen auf diesem Gebiet ist unbestritten, selbst wenn es nicht immer leicht ist, seine Ausarbeitung von der von Marx zu unterscheiden. Denn verschiedene Schriften, die diese Problematik anschneiden, wobei sie ihr mitunter einen zentralen Platz zuweisen, sind von beiden unterzeichnet. Darüber hinaus ist Engels oft der Autor von Artikeln, die unter dem Namen von Marx in der »New York Tribune« erschienen. Wenn Engels nicht zögert – manchmal zu Unrecht die theoretische Überlegenheit von Marx anzuerkennen, auch wenn einige seiner Schriften – darunter die berühmtesten – sich als systematische Ausführung der von letzterem entwickelten Konzepte darstellen, – sobald es sich um das nationale Problem handelt, ist es Marx, der Engels folgt. Damit soll nicht gesagt sein, daß es eine vollständige Identität in ihren Herangehensweisen gegeben hätte. Die Theorie der »geschichtslosen Völker«, um nur das bekannteste Beispiel zu nennen, verdankt sich allein der Feder von Engels und nur unter Schwierigkeiten könnte sie mit mehr oder weniger Kohärenz und auf demselben Niveau der Systematisierung dem Autor des »Kapital« zugeschrieben werden. Es bleibt die Tatsache, daß Marx, selbst wenn diese Definition nicht in seinen Schriften erscheint, sich sehr wohl hütete, sie zu kritisieren, aber weder äußerte er Verwirrung noch Widerstände, als sie auf den Seiten jener Zeitung benutzt wurde, deren Leiter er 1848 war, der »Neuen Rheinischen Zeitung«. Die Schriften von Engels über die nationale Frage zu analysieren, bedeutet also – in einem bestimmten Maß –, das Erbe des klassischen Marxismus zu einem in höchstem Grad kontroversen Thema zu überprüfen.

Der historische Kontext, in den das Engels'sche Werk gestellt werden muß – 1848 und die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts –, wird bestimmt durch den Aufstieg der Arbeiterbewegung, die in Europa die scheinbare Einheit der Nationen zerbricht. Nachdem das Proletariat einmal auf die politische Bühne getreten war, zeigt es, daß die Nation kein Monolith ist, keine homogene Einheit, sondern ein sozialer Körper, der von Widersprüchen und Konflikten durchdrungen ist. Seit der Revolution von 1848 artikuliert sich die nationale Frage unvermeidlich zusammen mit einer Klassenfrage.

Leicht überarbeitete Fassung eines Beitrages, den der Verfasser am 20. Oktober 1995 auf dem internationalen Kolloquium Friedrich Engels – Savant et révolutionnaire in Paris (Veranstalter: Centre National de la Recherche Scientifique und Université de Paris-X Nanterre) zur Diskussion gestellt hatte.

Die Arbeiterbewegung – und auch der Marxismus, der als eine politische Bewegung und als eine Strömung des wissenschaftlichen Denkens Gestalt anzunehmen beginnt – hat die Tendenz, die universelle und humanistische Dimension der Revolutionen des 18. Jahrhunderts eher als die nationale Dimension zu beerben. Der Marxismus eignet sich den Kosmopolitismus der Aufklärung an, um ihn in Internationalismus zu transformieren, was bisweilen die Unterschätzung des nationalen Aspektes der historischen Probleme, auf die er zu antworten versucht, mit sich bringt. Die berühmte Passage des »Kommunistischen Manifests«, in der betont wird, »Die Arbeiter haben kein Vaterland«¹ – seit einem Jahrhundert Gegenstand subtilster hermeneutischer Verrenkungen –, zeugt von dieser konstitutiven Zweideutigkeit des klassischen Marxismus in bezug auf die nationale Frage.

1 MEW, Bd. 4, S. 479.

Andererseits gliedert sich die Arbeiterbewegung während ihres Herausbildungsprozesses in verschiedene nationale Traditionen ein, anders gesagt, sie ist geformt durch Mentalitäten, durch Kulturen und durch soziale Praxen, die in den verschiedenen Ländern differieren können. Der russische Sozialismus bildet sich aus einigen intellektuellen Kernen, die durch die Erfahrung des Volkstümlertums gegangen waren und in Kontakt mit Zirkeln von Industriearbeitern traten; in Deutschland findet man anfänglich Handwerker und einige junge Intellektuelle, die aus der hegelianischen Linken hervorgehen (das ist der Fall bei Marx und Engels); in Piemont, einer der am meisten industrialisierten Regionen Italiens im 19. Jahrhundert, werden die Sozialisten im Dialekt die crucialiter (die Trinker) genannt, während in den skandinavischen Ländern zur gleichen Zeit sich die ersten Arbeiterorganisationen auf der Basis von Anti-Alkoholiker-verbänden bilden. Anderswo kann die Bildung der Arbeiterbewegung mit der Geburt einer spezifischen nationalen Identität zusammenfallen wie bei den Juden, die im Zarenreich Jiddisch sprechen. Die nationale Frage stellt sich daher in den Augen von Engels als ein Mosaik mit sehr kontrastierenden Farben dar. Die Antwort, die er zusammen mit Marx vorschlägt, besteht darin, diese Teilungen zu überwinden, indem man sich auf die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und der Ausgebeuteten über die nationalen Grenzen hinweg stützt: »Die Arbeiter haben kein Vaterland« ist genau in diesem Sinn gemeint. Auf konkreter geschichtlicher Ebene vollzieht sich diese dialektische Aufhebung (im Original dt.) der nationalen Spaltungen nicht ohne Probleme. Die Erfahrung der russischen Revolution mit der Beseitigung des alten multinationalen Reichs, die Unabhängigkeit Finnlands und der baltischen Staaten, das Entstehen einer Föderation von Republiken, der Ausbruch mehrerer Bürgerkriege und die erzwungenen »Sowjetisierungen«, die sich dabei ergaben, legen davon hinreichend Zeugnis ab. Dies erklärt auch die Tatsache, daß die Marxisten nicht aufhörten, seit Engels die nationale Frage zu debattieren, einmal angeregt durch seine Ausarbeitung, ein anderes Mal gegen ihn.

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bezeichnet der Terminus Nation vor allem das »Vaterland«, den Ort der Geburt und die Herkunfts-Gemeinschaft. Worte wie Nation, Vaterland und Volk wer-

den oft synonym verwandt, die Begründer des Marxismus eingeschlossen. Die Verwendung des Nation-Begriffs in der modernen Bedeutung von Staatsnation wird nach und nach geschaffen, vor allem durch liberale Ideologen wie Giuseppe Mazzini und John Stuart Mill, die ihm an erster Stelle einen wesentlich geistigen Inhalt verleihen, an zweiter einen ökonomischen und politischen. Die Ausarbeitung von Renan mit ihrer Akzentuierung der subjektiven Dimension des Nationalen (die Schicksalsgemeinschaft), wird noch zögernder entwickelt. Wie Eric Hobsbawm unterstrichen hat, hat die klassische liberale Kultur drei fundamentale Kriterien für die Anerkennung der Legitimität nationaler Bewegungen gewonnen: Vor allem die Möglichkeit, sich auf eine staatliche Vergangenheit zu berufen (wie im Fall von Italien und Polen); weiterhin das Vorhandensein dominierender Eliten, die im Innern einer Gemeinschaft, die nach Unabhängigkeit strebt, Träger einer nationalen Kultur und Literatur sind; schließlich eine historisch erprobte Fähigkeit der Expansion und der Eroberung, gemäß einer damals unbestrittenen darwinistischen Logik.²

Die so gefaßte Staatsnation transportierte den »Fortschritt« und war folglich ermächtigt, in ihrem Innern mehrere ethnische, kulturelle oder sprachliche Minderheiten aufzunehmen, die nicht über die notwendigen Bedingungen verfügten, um die politische Unabhängigkeit zu erlangen. Wenn bei Engels die Idee der Nation in diesem Kontext und angesichts dieses Denkens Gestalt annimmt, darf nicht vergessen werden, daß er von seiner intellektuellen Erziehung her eher mit Visionen des nationalen Phänomens konfrontiert war, die für die deutsche Romantik typisch waren, von Herder, noch gebunden an die kosmopolitische Tradition der Aufklärung (im Original dt.), bis hin zu Fichte und Schlegel, die der Nation einen völkischen (im Original dt.), d. h. einen strikt ethnischen, ja rassistischen Inhalt zu geben beginnen. Gegen dieses philosophische Erbe versuchen Marx und Engels, die Nation von einem materialistischen und historischen Standpunkt aus zu erfassen. Sie ist in ihren Augen weder der Ausdruck einer Volksseele noch der eines unwandelbaren Ursprungs, sondern eine historische Formation³, die sich unter dem Kapitalismus entwickelt und gleichzeitig den Rahmen dieser Entwicklung schafft.

Mehrere Kommentatoren haben den marginalen Charakter der Auffassungen zur Struktur von Nationen und des Nationalismus bei den Begründern des Marxismus unterstrichen. Für einige handelte es sich sogar um die große historische Lücke im Marxismus. Sicher ist es unmöglich, im Werk der beiden intellektuellen deutschen Revolutionäre eine Theorie des Nationalen zu entdecken, die auch nur entfernt mit der Analyse der kapitalistischen Produktionsweise vergleichbar wäre, so wie sie Marx im »Kapital« entwickelt hat. Nach den Gründen für diese Lücke muß man sich stets fragen. Ebenso wie der Klassenkampf sie viel mehr interessierte als eine rein abstrakte und theoretische Definition der Verfassung der verschiedenen sozialen Klassen im Innern des kapitalistischen Systems, haben sie stets vermieden, eine normative Definition der Nation der realen historischen Dynamik nationaler Konflikte gegenüberzustellen. Eine Nation definiert und transfor-

2 Eric J. Hobsbawm: Nations and Nationalism since 1789, Cambridge 1990, S. 37-39.

3 Vgl. Maxime Rodinson: Le marxisme et la nation, in: L'Homme et la Société, janvier-mars 1968, Nr. 7, S. 133.

miert sich historisch, sie entspricht nicht a priori gegebenen Kriterien. Auf der Grundlage dieser Prämissen haben Marx und Engels eher eine Idee als eine vollendete Theorie entwickelt. Dies stellt zweifellos eine Grenze ihres Werks dar, zeigt aber auch den Vorzug, strenge und dogmatische Definitionen zu vermeiden wie die, die Karl Kautsky (die Nation als ökonomische, sprachliche und territoriale Einheit), vor allem Stalin (die Nation als ökonomische, territoriale, sprachliche, kulturelle und psychologische Gemeinschaft)⁴ und Otto Bauer vorschlugen, der dieser Schematisierung durch seine Sicht der Nation als Schicksals- und Kulturgemeinschaft entging. Die beiden deutschen Revolutionäre lebten in einer Epoche, die noch durch die Existenz großer multinationaler Reiche und durch den Formierungsprozeß einiger europäischer Nationalstaaten geprägt war (Deutschland, Italien, Polen, Ungarn) und sie schlugen einen Begriff der Nation als einer historischen Formation vor, die mit den oben genannten verschiedenen Kriterien, namentlich jenem eines homogenen ökonomischen und politischen Raumes, übereinstimmen kann, aber nicht zwangsläufig übereinstimmen muß. Jenes zuletzt genannte Merkmal bringt vielleicht die Grundlage der Entwicklung einer nationalen Einheit hervor.

Eine der Quellen für diese analytische Unvollständigkeit beruht zweifellos auf ihrer Überzeugung, in einer Epoche zu leben, die durch den unvermeidlichen Aufstieg des bürgerlichen Kosmopolitismus beherrscht sei und durch das erste Auftreten, um es zurückhaltend zu sagen, einer neuen sozialistischen Ordnung, in der die nationalen Konflikte zumindest den Beginn einer Lösung finden würden. In einem Werk wie dem »Manifest« werden der Kosmopolitismus und der Internationalismus tendenziell miteinander identifiziert.⁵

1847 fragt sich Engels in einem Vorläufertext für das »Manifest«, den er in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedern des Bundes der Kommunisten verfaßt hatte: »Werden die Nationalitäten unter dem Kommunismus weiterbestehen?«. Seine Antwort war, daß sie – einmal vereinigt »nach dem Prinzip der Gemeinschaft« – unvermeidlich gezwungen sein würden, »sich zu vermischen und dadurch sich aufzuheben.«⁶ Im »Manifest« wird diese Idee nuanciert. Hier ist es nicht mehr die Frage des Endes der Nationen als vielmehr die der Aufhebung parallel zum Ende der Klassenunterdrückung, der »Exploitation einer Nation durch die andere«, was das Ende der »feindliche(n) Stellung der Nationen gegeneinander«⁷ impliziert. Die erste Engelssche Formulierung ist zweideutig und könnte als Vorwegnahme eines »post-nationalen« Kommunismus interpretiert werden im Sinn einer Gesellschaft ohne jede Differenzierung von ethnisch-kulturellem Typus. Die Formulierung des »Manifest« stärkt dagegen nicht die Sicht eines unüberschreitbaren Abgrunds zwischen Nation und Proletariat. Nach Roman Rosdolsky nahm diese berühmte Passage, die die Nichtexistenz eines Vaterlandes bei den Arbeitern postulierte, Bezug auf den bürgerlichen Nationalstaat, nicht auf die Nationalität im ethnischen Sinn des Terminus.⁸ Die Debatte bleibt offen.

Ein Mißverständnis muß bei diesem Vorschlag vermieden wer-

4 Vgl. Georges Haupt, Michael Löwy, Claudie Weill: *Les marxistes et la question nationale*, Paris 1974.

5 Michael Löwy: Marx and Engels. *Cosmopolites*, in: *Critique* 1981, Nr. 14, S. 7.

6 *Der Bund der Kommunisten*, Bd. 1, Berlin 1970, S. 475.

7 MEW, Bd. 4, S. 479.

8 Roman Rosdolsky: *Workers and Fatherland*:

den. Die fundamentale Grenze dieser Sicht von Nation findet sich in ihrem unbestimmten und unvollendeten Charakter, nicht in einer Form von ökonomischem Determinismus. Das irische Beispiel ist ein Test, der diesen so debattierten und kontroversen Punkt hinreichend klärt. Das Kriterium, das Engels heranzieht, um Irland als eine historische Nation anzuerkennen, ist nicht ökonomisch, sondern wesentlich politisch. Es geht von der Feststellung des unleugbaren Wunsches aus, daß Irland sich als unabhängiger Staat erhebt, ein Wunsch, der unter dem englischen Joch geboren und gestärkt worden war. In Irland verstärkte sich der Nationalismus parallel zum Prozeß der Entnationalisierung, der vom englischen Imperialismus geführt wurde (ein Prozeß, der gleichzeitig von einer ökonomischen Ausplünderung der Insel und einer wirklichen sprachlichen Assimilation ihrer Bewohner bestimmt war, die Gälisch aufzugeben hatten, um Englisch anzunehmen). Engels würdigte den irischen Nationalstolz mit leidenschaftlichen und packenden Worten (vielleicht inspiriert durch seine Liebe zu Mary Burns): »Nach der grausamsten Unterdrückung, nach jedem Versuch der Ausrottung standen die Irländer in kurzer Frist wieder stärker da als je vorher; ja, sie sogen ihre Hauptstärke aus der fremden Garnison, die zu ihrer Unterdrückung ihnen auferlegt; in zwei Generationen, oft in einer, waren die Fremdlinge irischer als die Iren geworden, Hiberniores ipsis Hibernis; und je mehr sie die englische Sprache annahmen und die irische vergaßen, desto irischer wurden sie.«⁹ In diesem Fall wird die Nation nicht auf der Basis objektiver Kriterien (Ökonomie, Sprache, Territorium etc.) erfaßt und definiert, sondern vielmehr an einem subjektiven Element festgemacht: an dem Willen, sich von der Herrschaft einer ausländischen Macht zu befreien, den die Iren manifestieren. Es ist nicht nötig zu unterstreichen, daß eine solche Sicht, die sich auf das politische Problem der nationalen Identität und Interiorität konzentriert, keinerlei Spur eines ökonomischen Determinismus verrät.

Sehr verschieden davon ist das Herangehen von Engels an die sogenannten »geschichtslosen Völker«. Mit diesem Ausdruck nahm der Revolutionär aus Barmen Bezug auf Nationen, denen nach seiner Meinung »die ersten historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbständigkeit und Lebensfähigkeit« fehlen. »Völker, die nie eine eigene Geschichte gehabt haben, die von dem Augenblick an, wo sie die erste, rohste Zivilisationsstufe ersteigen, schon unter fremde Botmäßigkeit kommen oder die erst durch ein fremdes Joch in die erste Stufe der Zivilisation *hineingezwungen* werden, haben keine Lebensfähigkeit, werden nie zu irgendeiner Selbständigkeit kommen können.«¹⁰ Engels bezeichnete so einige Völker, die im Lauf der Geschichte unterdrückt wurden, Völker, deren einziges Schicksal in seinen Augen war, von großen, ökonomischer entwickelteren Nationen assimiliert zu werden. Er folgte seiner Analyse mit folgenden Termini: »Es ist kein Land in Europa, das nicht in irgendeinem Winkel eine oder mehrere Völkerruinen besitzt, Überbleibsel einer früheren Bewohnerschaft, zurückgedrängt und unterjocht von der Nation, welche später Trägerin der ge-

a Note on a Passage in The Communist Manifesto, in: Science and Society, 1965, Nr. 3, S. 336.

9 MEW, Bd. 16, S. 499.

10 MEW, Bd. 6, S. 275.

11 MEW, Bd. 6, S. 172.

schichtlichen Entwicklung wurde. Diese Reste einer von dem Gang der Geschichte, wie Hegel sagt, unbarmherzig zertretenen Nation, diese *Völkerabfälle* werden jedesmal und bleiben bis zu ihrer gänzlichen Vertilgung oder Entnationalisierung die fanatischen Träger der Konterrevolution, wie ihre ganze Existenz überhaupt schon ein Protest gegen eine große geschichtliche Revolution ist.«¹¹ Zu dieser Kategorie gehörten nach Engels die Schotten, die die Dynastie der Stuarts während und nach der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts unterstützt hatten, die Bretonen, die dem Ancien Régime während der französischen Revolution Hilfe geleistet hatten, die Basken, Parteigänger von Don Carlos, die Juden jiddischer Sprache aus Osteuropa und überhaupt die slawischen Nationen des habsburgischen Reiches, ebenso die des Zarenreiches, deren einziger einigender Faktor die »russische Knute« geblieben sei.

12 MEW, Bd. 16, S. 158.

1866 kehrte Engels zu diesem Thema zurück, um zu erklären, daß die »Überbleibsel jener Völker« das »Nationalitätsprinzip« sinnlos gemacht hätten. Er wollte diesem Prinzip eine andere, in seinen Augen demokratischere Konzeption entgegenstellen, die das Recht auf autonome und unabhängige Existenz nur den »großen europäischen Nationen« zuerkannte. Die Absurdität des Nationalitätsprinzips erschien ihm offensichtlich, sofern man es etwa auf die Rumänen der Walachei anwenden wollte, »die niemals eine Geschichte hatten noch die hierzu erforderliche Energie, ebensoviel wie die Italiener mit ihrer zweitausendjährigen Geschichte und ungeschwächten nationalen Lebenskraft.«¹²

Es ist nötig festzustellen, daß eine solche Konzeption, die den Volksgeist Hegels mit einer prädarwinistischen natürlichen Selektion verbindet, bei Marx kein Äquivalent hat. Während der Revolutionen von 1848 beschränkte sich letzterer darauf, zwischen »revolutionären Nationen« und »konterrevolutionären Nationen« zu unterscheiden, mit Hilfe einer deskriptiven Klassifikation, die sich eines Urteils über den lebendigen oder verfallenden historischen Charakter verschiedener nationaler Gruppen enthielt. Seine Wortwahl war sicher maßvoller und zurückhaltender als die seines Freundes und zukünftigen Mäzens, allerdings gibt es keinen Beleg dafür, daß er dessen Sichtweise abgewehrt hätte. Nach Engels hatten die großen Nationen Westeuropas während der Umwälzung von 1848 eine revolutionäre Rolle gespielt, während die slawischen Nationen (mit Ausnahme von Polen) in ihrer Gesamtheit als Verbündete des Zarismus und als Vorposten der Reaktion gehandelt hatten. Weit davon entfernt, sich nach den sozialen Gründen dieser Vendeé-Haltung zu fragen und die Wurzeln der nationalen Bewegungen im Inneren des slawischen Raums zu studieren, deduzierte Engels ihr »konterrevolutionäres Wesen«. Dabei hatte die Niederlage der Revolutionen von 1848 genau bestimmbare soziale Ursachen: Das Bürgertum hatte seinen revolutionären Elan erschöpft und zog es vor, sich den Strukturen der absolutistischen Staaten anzupassen; das Proletariat war noch nicht bereit, die Macht zu ergreifen und einen globalen Transformationsprozeß der Gesellschaft anzuführen.

Wie Roman Rosdolsky unterstrichen hat, erklärt sich die reak-

tionäre Rolle der panslawistischen Bewegung in diesem Kontext, im Licht der inneren Widersprüche der Revolution in Mittel- und Ost-Europa. In diesem riesigen multinationalen Raum, wo die verschiedenen ethnischen Gruppen oft tief übereinandergeschichtet leben, seien Nationen wie Polen oder Ungarn gleichzeitig herrschend und unterdrückt gewesen. Sie kämpften für ihre Unabhängigkeit, ohne zugleich den nationalen Minderheiten, die sie beschützten, irgendeine Garantie zu geben. Die sozialen Kräfte, die die nationalen polnischen und ungarischen Bewegungen anführten, waren die Bourgeoisie und der Landadel, denen die »Bauernnationen« gegenüberstanden, d. h. die anderen slawischen Nationalitäten. Die Ukrainer konnten nicht die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen, denn sie verteidigten ihre spezifische nationale Identität, ein Nationalgefühl, das auch ihren Klassenkonflikt mit den polnischen Besitzern zum Ausdruck brachte. Die Slowaken, die Serben, die Kroaten, die Rumänen und die übrigen »Bauern«-Nationen Süd-Ost-Europas befanden sich in einer ähnlichen Position gegenüber den Ungarn, den Deutschen und den Österreichern.

Die wesentliche Bedingung, um eine Teilnahme dieser »Bauernnationen« an der revolutionären Welle abzusichern, war die Durchführung einer Agrarreform, aber die konservativen Kräfte im Innern der herrschenden Nationen waren nicht zu solchen Konzessionen bereit. Nach Roman Rosdolsky erklärt das die reaktionäre Orientierung der panslawistischen Bewegung auf dem Höhepunkt von 1848. Engels zog es vor, sich auf der Basis eines Herangehens, das von Michael Löwy sehr treffend als »pseudo-historistische Metaphysik« bezeichnet wurde,¹³ an die wenig materialistische Theorie der »Völker ohne Geschichte« zu halten.

Trotz des Verzichts auf diese Redeweise in den auf die Wende von 1848 folgenden Jahren, behielt Engels seine Sicht der Revolution in Mitteleuropa als einer wesentlich deutschen Revolution bei, mit denselben Verbündeten (namentlich Polen) und denselben Feinden (der Zarismus und die Süd-Slawen)¹⁴. Erst ab den 70er Jahren nahmen Marx und Engels die Möglichkeit einer Bauernrevolution in Rußland in Betracht, die sie ein »russisches 1789« nannten. Gelegentlich drücken sie in ihrem Briefwechsel Zweifel an der »Lebensfähigkeit« Polens aus, insofern es als eine unabhängige Nation einmal seine wesentliche Rolle der Destabilisierung der russischen Hegemonie im Osten erschöpfe. In einem Brief an Marx aus dem Jahr 1851 stellt Engels die Hypothese auf, daß in dem Moment, da die Grundlagen für ein russisches 1789 gelegt seien, Polen »absolut keine raison d'être«¹⁵ mehr habe. Es handelt sich jedoch nur um gelegentliche Urteile und auf keinen Fall öffentliche Äußerungen, so daß man sie als anekdotisch betrachten kann. In Wirklichkeit verteidigten sie das Recht auf nationale Selbstbestimmung Polens im gesamten Verlauf des 19. Jahrhunderts. Ende der 80er Jahre, also nach dem Tod von Marx, schließt Engels nicht aus, daß die Süd-Slawen sich erneut in die europäische Geschichte integrieren könnten, wenn einmal die Hegemonie der Großmächte auf dem Balkan beseitigt sei.¹⁶

Die erste zusammenhängende Kritik dieser Theorie der »ge-

13 Michael Löwy: Le problème de l'histoire: remarques de théorie et de méthode, in: Les marxistes et la question nationale, a.a.O., S. 373-374.

14 Roman Rosdolsky: Zur nationalen Frage. Friedrich Engels und das Problem der 'geschichtslosen' Völker, Berlin 1979, S. 125.

15 MEW, Bd. 27, S. 266.

16 Vgl. Renato Monteleone (Hrsg.): Marxismo, internazionalismo e questione nazionale, Torino 1982, S. 37.

17 Otto Bauer:
La question des nationalités
et la social-démocratie,
Vol 1, Montréal-Paris 1988,
S. 235-256.

18 Roman Rosdolsky:
Zur nationalen Frage,
a.a.O., S. 121.

19 Vgl. dazu Claudie Weill:
L'Internationale et l'autre.
Les relations inter-ethni-
ques dans la Deuxième In-
ternationale,
Paris 1987.

20 MEW, Bd. 9, S. 133.

21 Zitiert in Horace B.
Davis: Nationalism and So-
cialism. Marxism and Labor
theories of Nationalism to
1917, New York 1967,
S. 62.

22 MEGA, Bd. I/6, S. 387.

schichtlosen Völker« wird von Otto Bauer 1907 in seinem Werk »Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie«¹⁷ entwickelt. 1948 wird sie Gegenstand einer ernsthaften und fundierten Analyse Roman Rosdolskys, die wir oben zusammengefaßt haben. Nach Auffassung des ukrainischen Historikers handelt es sich um ein »Erbteil der idealistischen Geschichtsauffassung und folglich um einen Fremdkörper im theoretischen Aufbau des Marxismus.«¹⁸

Es ist ohne Zweifel nicht unnütz hinzuzufügen, daß der Marxismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts unter den ethnischen »extraterritorialen« Minderheiten und den »geschichtslosen« Nationen Zentral- und Osteuropas eine sehr weite Verbreitung erfuhr. Die Arbeiterbewegung und die sozialistische Intelligenz dieser Länder entdeckten den Marxismus als ein theoretisches Werkzeug, das in der Lage war, ihre Unterdrückung zu erklären und ein Emanzipationsprojekt auszuarbeiten, das gleichzeitig sozial und national war. Noch bevor das Konzept der national-kulturellen Autonomie von Otto Bauer und Karl Renner kodifiziert worden war, war es von den marxistischen Strömungen unter den Süd-Slawen der österreichischen Sozialdemokratie (Gesamtpartei), von den jüdischen Bundisten, den armenischen »Spezifisten« und den georgischen Menschewiki ausgearbeitet worden. Die tschechischen (Smeral), rumänischen (Rakovsky), bulgarischen (Dobrogeanu-Gherea), georgischen (Jordania), austro-slawischen (Kristan) und die jüdischen (Medem, Borochow) Sozialisten versuchten, den Marxismus in ihre nationale Realität einzufügen, wobei sie die Theorie der »geschichtslosen Völker« völlig ablehnten, von der sie allerdings nur eine sehr vage Kenntnis hatten (der Korpus der Engelsschen Schriften war seinerzeit nur höchst fragmentarisch und unvollständig veröffentlicht).¹⁹

Aber die Analyse des Nationalen fügt sich nach Engels stets in die Sicht des Kapitalismus als einer Totalität ein, als eines Weltphänomens. So erscheinen bestimmte Passagen des »Kommunistischen Manifest« wie eine wahrhafte Verteidigung der historischen Funktion des Kapitalismus beim Zerfall und schließlich der Zerstörung des Feudalsystems und ebenso aller archaischen sozialen Formationen. Es ist bekannt, daß Marx und Engels dem Kapitalismus jenseits der europäischen Grenzen eine »revolutionäre« Rolle zuschrieben in einer Periode, da im Innern der alten Welt für sie Bedingungen einer sozialistischen Revolution schon zu reifen schienen. In Indien zerstörte Großbritannien auf der einen Seite die alte Gesellschaft und schuf auf der anderen die Grundlagen für eine ökonomische und soziale Entwicklung des Landes von modernem Typus auf Grund der Industrialisierung. 1853 bezeichnete Marx England, das für diese soziale Umwälzung verantwortlich war, als »das unbewußte Instrument der Geschichte«²⁰. Engels billigte unter Herbeiziehung derselben Analyse-Kriterien die Annexion Kaliforniens durch die USA, wobei er argumentierte, daß aus der Perspektive einer raschen und intensiven Entwicklung der Produktivkräfte an der amerikanischen Pazifikküste, »die energischen Yankeeer den trägen Mexikanern überlegen sein werden.«²¹ 1848 begrüßte er sogar die französische Eroberung Algeriens als eine »wichtige und für den Fortschritt der Zivilisation günstige Tatsache.«²²

Diese Passagen sind hinreichend, um den Anachronismus zu vermeiden, Engels neben die Theoretiker der Entkolonialisierung und der Dritten Welt zu stellen, neben C. L. R. James, Franz Fanon oder selbst J. P. Sartre. Aber sind sie hinreichend, um ihn (zusammen mit Marx) unter die Parteigänger des Kolonialismus und die Anhänger von klassischen eurozentristischen Konzeptionen des 19. Jahrhunderts zu stellen? Eine solche Schlußfolgerung wäre zumindest rasch und reduktionistisch. Marx und Engels widmeten viele Seiten der Entlarvung der grundlegend in der europäischen Kultur und der imperialistischen Ideologie verwurzelten Mystifikation, die darin besteht, die kolonialen Eroberungen als »zivilisatorische Missionen« darzustellen. Sicher waren sie fasziniert von der Verbreitung des Kapitalismus im Weltmaßstab, einer Expansion, die eine gigantische Entwicklung der Produktivkräfte bedingte, aber sie vergaßen weder, die barbarischen und gewaltsamen Formen zu entlarven, unter denen dieser Prozeß verwirklicht wurde, noch daran zu erinnern, daß ein derartiger ökonomischer und industrieller Fortschritt unter dem Kapitalismus von sozialer »Barbarei«²³ nicht zu trennen ist. Marx und Engels bezeichneten die europäische Expedition nach Mexiko als »eines der ungeheuerlichsten Unternehmen in den Annalen der internationalen Geschichte«²⁴. Ihre Unterstützung für die mächtigste und tiefgehendste revolutionäre Bewegung des 19. Jahrhunderts, den chinesischen Taipingaufstand, schützte sie vor eurozentrischen Ableitungen. Ihre leidenschaftliche Unterstützung für den Emanzipationsprozeß der schwarzen Sklaven Amerikas stellt unter Beweis, daß ihr Internationalismus nicht vor den europäischen Grenzen zum Stillstand kam. Und um auf Algerien zurückzukommen: 1857 schrieb Engels in einem Artikel für die amerikanische Enzyklopädie: »Von der ersten Besetzung Algeriens durch die Franzosen bis zum heutigen Tage ist das unglückliche Land der Schauplatz endlosen Blutvergießens, des Raubes und der Gewalttaten gewesen. Jede Stadt, ob groß oder klein, ist Haus für Haus unter unermeßlichen Opfern erobert worden. Die Araber- und Kabylenstämme, denen die Unabhängigkeit kostbar und der Haß auf die Fremdherrschaft teurer ist als das eigene Leben, sind durch die schrecklichen Razzien, in deren Verlauf Behausungen und Eigentum verbrannt und zerstört, die Ernte auf dem Halm vernichtet und die Unglücklichen, die übrigblieben, niedergemetzelt oder allen Schrecken der Lust und Brutalität ausgesetzt wurden, überwältigt und entmutigt worden. An diesem barbarischen System der Kriegführung haben die Franzosen gegen alle Gebote der Menschlichkeit, der Zivilisation und des Christentums festgehalten.«²⁵

23 MEW, Bd. 9, S. 225.

24 MEW, B. 15, S. 366.

25 MEW, 14, S. 102.

Ähnliche Betrachtungen könnten über das Entwicklungsproblem in den Schriften von Engels zur nationalen Frage angestellt werden. Man findet bei ihm nicht die unglückliche Formulierung aus dem Vorwort von Marx zum »Kapital«, wonach die entwickeltsten Länder den zurückgebliebenen Ländern lediglich das Bild ihrer Zukunft zeigen. Im »Manifest« kann man in gleicher Weise einen berühmten Satz finden, in dem die Bourgeoisie wegen ihrer sozialen Kraft gerühmt wird, »die barbarischen und

26 MEW, 4, S. 466.

27 Vgl. Karl Marx,
Friedrich Engels: *Russie*,
Paris 1974.

halbbarbarischen Länder von den zivilisierten, die Bauernvölker von den Bourgeoisvölkern, den Orient vom Okzident abhängig gemacht«²⁶ zu haben. Aber liest man aufmerksam die Gesamtheit der Schriften von Marx und Engels, erkennt man, daß sie nicht versuchen, in mechanischer Weise auf alle Länder die verschiedenen aus Westeuropa bekannten Entwicklungsphasen zu übertragen. Ihre Texte über die vorkapitalistischen Gesellschaften sind mit Fragestellungen versehen, die sie viel mehr als Forschungshypothesen charakterisieren denn als solide Kenntnisse. Die Perspektiven, die dabei freiwerden, sind offen und nicht erstarrt. In ihrem Vorwort zur zweiten russischen Ausgabe des »Manifest«, datiert auf 1882, sahen sie die Möglichkeit eines direkten Übergangs der obschtschina – der ländlichen slawischen Dorfgemeinschaft, gegründet auf das kollektive Eigentum am Boden – zum Kommunismus voraus, wobei die Ökonomie der Etappen der »historischen Entwicklung des Westens« erledigt wäre. Erst nach 1891 wird dann diese historische Chance in den Augen von Engels vergeben sein.²⁷

Es muß noch auf die irische Frage verwiesen werden, die zur Zeit von Engels brennende Aktualität hatte, und die im Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit stand. Er widmete diesem Problem eine große Zahl von Studien, ebenso Briefe und Artikel wie auch vorbereitende Notizen für ein Werk über die Geschichte Irlands. Auf jeden Fall ist es die Beobachtung irischer Ereignisse, die Marx und Engels im Verlauf der 60er Jahre zu einem entscheidenden Ergebnis ihres Herangehens an das Nationale kommen läßt: zu der Erkenntnis einer grundlegenden Dichotomie zwischen herrschenden und unterdrückten Nationen. Die koloniale Herrschaft in Irland erschien in ihren Augen nicht nur als Quelle einer ungerechten und unerträglichen Unterdrückung, der das irische Volk im Verlauf seiner Geschichte unterlag, sondern auch als der Schlüssel, um die Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse zu erklären, der zahlenmäßig stärksten, der geschlossensten und der am besten organisierten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der Chauvinismus und das Gefühl nationaler Überlegenheit des englischen Arbeiters gegenüber Iren wurde von der britischen Bourgeoisie genährt, die diesen Antagonismus ausnutzte, um sowohl die Herrschaft über Irland zu bewahren wie ihre Kontrolle über das Proletariat der Metropole. Im Oktober 1869 schreibt Engels an Marx, daß die irische Geschichte in äußerst klarer Weise zeigt, »welch ein Pech es für ein Volk ist, wenn es ein andres unterjocht hat. Alle englischen Schweinereien haben ihren Ursprung in der irischen Pale. Die Cromwellsche Zeit muß ich noch ochen, soviel aber scheint mir gewiß, daß die Sache auch in England eine andre Wendung genommen, wenn nicht in Irland die Notwendigkeit gewesen, militärisch zu herrschen und eine neue Aristokratie zu schaffen.«²⁸

28 MEW, 32, S. 378f.

29 Karl Marx, Friedrich Engels: *L'Irlanda e la questione irlandese*, Roma 1975, S. 287.

Auf dieser Grundlage führte er eine Schlacht im Innern der internationalen Arbeiterassoziation für die Anerkennung einer irischen Sektion, deren Mitglieder dieselben Rechte ausüben sollten wie die der Eroberungsnation, »zugleich protestierend gegen eine solche Eroberung«.²⁹ In einem Brief an Karl Kautsky vom 7. Fe-

bruar 1882 bestätigt er seine Überzeugung, daß »zwei Nationen in Europa nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, national zu sein, ehe sie international sind: Irländer und Polen. Sie sind eben am besten international, wenn sie recht national sind.«³⁰

30 MEW, 35, S. 271.

Von der Gesamtheit dieser Schriften her wird eine strategische Sicht des Rechts von Nationen auf Selbstbestimmung sichtbar, das auf zwei grundlegenden Ideen basiert: der Idee, daß eine Nation nicht frei sein kann, wenn sie eine andere unterdrückt, und daß folglich die Befreiung der unterdrückten Nation eine wesentliche Bedingung für jede revolutionäre Umgestaltung im Innern der herrschenden Nation selbst ist. Die gesamte Idee einer Föderation zwischen Irland und England mußte zwangsläufig, um nicht eine Mystifikation zu werden, auf der Anerkennung der irischen Unabhängigkeit gegründet werden. Bei Engels ist diese strategische Sicht des Verhältnisses zwischen nationalem Befreiungskampf in den Kolonien und Klassenkampf in den Metropolen noch nicht über Europa hinaus ausgeweitet. Eine solche Ausweitung wird erst viel später durch Lenin und die Dritte Internationale vorgenommen, aber eben in diesen Arbeiten zur nationalen und kolonialen irischen Frage muß einer der entscheidenden Beiträge von Engels zum marxistischen Denken der nachfolgenden Generationen gesucht werden.

Übersetzt von ARNOLD SCHÖLZEL

RONALD LÖTZSCH

Friedrich Engels und die »Staatsnation«

In der nicht sensu stricto wissenschaftlichen Auseinandersetzung um das Problem der Nation, die gerade in Deutschland seit dem Anschluß der DDR an die BRD in Publizistik und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen geradezu »boomt«, zeichnen sich mehrere Tendenzen ab.

Da ist einmal die naive Überzeugung, man sei bereits in der europäischen »Postnationalität« angelangt und die nationalen Unterschiede zwischen den Bewohnern unseres Kontinents verlören immer mehr an Bedeutung. Da derartige Hoffnungen einstweilen offenkundig jedweder realen Grundlage entbehren, erübrigt sich eigentlich auch ihre eingehendere Erörterung.¹

Ähnliches gilt für die von der Tageszeitung *junge Welt* und Zeitschriften wie *konkret* kolportierte »radikal antinationale« Richtung.²

Die Protagonisten einer dritten Strömung identifizieren die Nation einfach mit der Gesamtheit der Angehörigen eines Staates. Sie vertreten die Konzeption der sogenannten »Staatsnation«.

Dabei können sie sich nicht nur auf die staats- und völkerrechtliche Praxis insbesondere der westeuropäischen Regierungen und der aus ihren ehemaligen Kolonien hervorgegangenen »Nationalstaaten« sowie auf zahlreiche durchaus seriös anmutende Publikationen berufen, sondern in der europäischen Staatenwelt auch auf einige Phänomene verweisen, die diese Auffassungen und Praktiken zu stützen scheinen.

So empfinden sich die Schweizer in der Tat ungeachtet aller sprachlichen und kulturellen Unterschiede sowie der spezifischen historischen Schicksale der einzelnen Kantone als Angehörige einer Nation.

Mit einigen Abstrichen trifft dies auch auf die Mehrheit der Bürger Frankreichs zu. Dennoch kann nicht bestritten werden, daß trotz aller eine Einheit prägenden Faktoren, wie sie vor allem die antif feudale Revolution vom Ende des 18. Jahrhunderts auszeichnet, von dem angeblich dadurch bewirkten freiwilligen Zusammenschluß der Angehörigen der »grande nation« keine Rede sein kann. Es sei nur an das auf dem Höhepunkt der Revolution ergangene Verbot jedweden öffentlichen Gebrauchs von Dialekten und Minderheitensprachen erinnert.³

Nicht nur das – teilweise gewaltsame – Auseinanderbrechen der ehemals realsozialistischen europäischen resp. eurasischen Mehrvölkerstaaten, auch die jüngste Entwicklung in solchen

Ronald Löttsch – Jg. 1931,
Sprachwissenschaftler, Berlin.

1 Auf der von der Evangelischen Akademie Loccum vom 16. bis 18. Juni 1995 veranstalteten Tagung *Stigma und Normalität* (s. *Utopie kreativ* 59, S. 70-76) setzte sich Wolfgang Kersting von der Universität Kiel sehr fundiert mit diesen illusionären Auffassungen auseinander. Der Beitrag wird demnächst in den *Loccumer Protokollen* veröffentlicht.

2 Siehe dazu *Utopie kreativ* 54, S. 30-38.

3 Siehe Frédéric Hartwig: Sprachpolitik, Sprachideologie und Französische Revolution im Elsaß, in: *Zeitschrift für Phonetik, Sprachwissenschaft und Kommunikationsforschung* 41 (1988), S. 199-207.

»Nationalstaaten« Westeuropas und Nordamerikas wie Belgien, Großbritannien, Spanien und selbst Frankreich sowie Kanada zeigen, wie stark die zentrifugalen Bestrebungen werden können, wenn von anderen dominierten Ethnien das Recht auf Anerkennung ihrer Eigenständigkeit verweigert wird.

Wie die Praxis beweist, impliziert die Konzeption der »Staatsnation« zwangsläufig eine solche Verweigerung. Eine eingehendere kritische Auseinandersetzung mit dieser Strömung ist also zweifellos notwendig.

In diesem Zusammenhang erscheint es auch sinnvoll, einmal zu versuchen, in den für die Veröffentlichung bestimmten Arbeiten bzw. auch in der Korrespondenz eines solchen Vordenkers der Arbeiterbewegung wie Friedrich Engels zu findende Äußerungen zu nationalen Problemen auf seine Haltung zur »Staatsnation« hin zu untersuchen.

Die folgende Studie stellt einen solchen Versuch dar. Sie kann dabei keinen Anspruch auf Adäquatheit im Sinne der traditionellen Marx-Engels-Forschung erheben. Sie beschränkt sich auf eine kritische Überprüfung von Engels' Äußerungen zu Problemen der nationalen Beziehungen vor allem in Europa, wie sie in den vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED seit 1956 im Dietz Verlag Berlin herausgegebenen *Werken* von Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlicht wurden. Da es in der kurzen Zeit, die für diese Arbeit zur Verfügung stand, unmöglich war, sämtliche Bände Zeile für Zeile durchzuarbeiten, kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne, selbst relevante, Stellen übersehen wurden, wenn sie in Texten stehen, in denen sie wegen deren Thematik nicht zu vermuten sind. Auf alle Fälle konnte festgestellt werden, daß das in Band 39 abgedruckte Sachregister zu den Briefen, das mehrere Stichwörter zur nationalen Frage enthält, keineswegs alle einschlägigen Stellen vermerkt.

Daß es darüber hinaus für die hier behandelte Thematik relevante Texte gibt, die bisher noch nicht veröffentlicht wurden, ist ebenfalls wahrscheinlich.

Dennoch erlauben auch die seit Jahren im Druck vorliegenden Arbeiten und Briefe von Engels, insbesondere die im Zusammenhang mit den europäischen Revolutionen von 1848/49, ihrem Verlauf und ihren Folgen von ihm meist sehr prononciert, nicht selten drastisch formulierten Feststellungen, Einschätzungen und Forderungen gewisse Schlußfolgerungen über seine jeweiligen Positionen in dieser schon damals und heute noch immer äußerst aktuellen, ja brisanten Frage.

Neben dieser Vorbemerkung hinsichtlich der Materialgrundlage ist noch eine weitere unerläßlich. Engels galt bis zum Ende des »realsozialistischen« Experiments und gilt für manche auch heute noch als »Klassiker des Marxismus-Leninismus«. Als solcher kann er sich im Prinzip eigentlich nicht geirrt haben. Bei entsprechend dogmatischem Herangehen hat alles den gleichen Stellenwert.

Es kann sich dabei sowohl um eine Besprechung von Ernst Moritz Arndts 1840 erschienenen *Erinnerungen aus dem äußeren Leben handeln*, die der zwanzigjährige kaufmännische Lehrling ein Jahr später im *Telegraph für Deutschland* veröffentlichte, als auch

»Obwohl es zahlreiche Äußerungen von Marx und Engels zur Problematik der Nation, der nationalen Frage, der nationalen Bewegungen usw. gibt, kann trotzdem festgestellt werden, daß sie sich nicht systematisch mit dieser Frage befaßten.«

Ditte Gerns: *Nationalitätenpolitik der Bolschewiki*, Düsseldorf 1988, S. 24.

»Denn ich bin ... allerdings der Ansicht, daß die Wiedereroberung der deutschsprechenden linken Rheinseite eine nationale Ehrensache, die Germanisierung des abtrünnig gewordenen Hollands und Belgiens eine politische Notwendigkeit für uns ist.« Friedrich Engels unter dem Pseudonym F. Oswald im *Telegraph für Deutschland*, Nr. 4, Januar 1841, in: MEW, Ergänzungsband *Schriften bis 1844*, Zweiter Teil, S. 130.

um die reifen Ergebnisse jahrzehntelanger Studien wie beispielsweise das 1887/88 entstandene Manuskript *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte*, das erst nach Engels' Tod in der *Neuen Zeit* abgedruckt wurde.

Entsprechend schwer hatten es unter solchen Bedingungen die Herausgeber der *Werke*. Wer sich die Mühe machte, auch das Vorwort des jeweiligen Bandes zu lesen, bzw. wer sich dort Rat holen wollte, wenn gewisse Engelssche Formulierungen mit der geltenden Lehrmeinung gar zu sehr im Widerspruch zu stehen schienen, der mußte sich oft über die logischen und/oder ideologischen Klimmzüge wundern, deren es bedurfte, um darzutun, daß doch alles seine Richtigkeit hat. Nur ganz verstohlen wurde manchmal zugegeben, daß sich Engels in einer konkreten Frage vielleicht doch geirrt habe.

Im folgenden soll also versucht werden, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob Engels' Auffassungen in der nationalen Frage auch eine Interpretation des Phänomens Nation im Sinne der sog. »Staatsnation« zulassen bzw. ob sie im Verlaufe seines Lebens gewisse Veränderungen erfahren haben und wodurch solche, soweit feststellbar, erklärt werden können.

Auch bei Beschränkung auf diese Frage, in der sich die nationale Problematik keineswegs erschöpft, läßt sich aus Raum- und Zeitgründen nur ein verschwindend geringer Teil des vorliegenden Materials ausführlicher besprechen. Der Beitrag vermag somit lediglich einen ersten Einblick zu vermitteln.

Ganz allgemein ist festzustellen, daß die Apologeten der sogenannten Leninschen Lösung der nationalen Frage mit den »Klassikern« so ihre Probleme hatten. Dies gilt sowohl für Marx und Engels als eigentlich auch für Lenin. Kein einziger von ihnen war ein Theoretiker auf diesem Gebiet – und betrachtete sich wohl auch selbst nicht als solchen. Obwohl sie ständig mit diesem Begriff operierten, hat keiner von ihnen auch nur den Versuch unternommen, zu definieren, was eine Nation eigentlich sei.

Vor 1953-56 paßte lediglich Stalin ins Schema. Danach war er weitgehend tabu. Zu Unrecht übrigens. Doch dies ist ein anderes Thema.

Gleiches gilt für die in der Tat herausragende Rolle, die Lenin bei dem ersten ernsthaften praktischen Versuch der Lösung der nationalen Frage gespielt hat.⁴

Nicht viel anders als den Apologeten erging es auch marxistischen Verfassern ernst zu nehmender Studien. So muß Ditte Gerns gleich im ersten Satz des Abschnittes *Karl Marx und Friedrich Engels zur Nation* ihres 1988 in der Reihe *Edition Marxistische Blätter* erschienenen Buches *Nationalitätenpolitik der Bolschewiki* feststellen, »daß sie sich nicht systematisch mit dieser Frage befaßten« (S. 24). Ihre danach dennoch unternommenen Versuche, aus einzelnen Äußerungen ein gewisses System zu konstruieren, kann folglich nicht überzeugen.

Daß sich aus solchen Äußerungen aber trotzdem nicht wenig herausfiltern läßt, soll hier im weiteren u.a. anhand der von Engels verwendeten wichtigsten einschlägigen Termini gezeigt werden.

Engels gebraucht das Substantiv *Nation*, das Adjektiv *national*

4 Siehe hierzu Ronald Löttsch: Sowjetische Nationalitätenpolitik von Lenin bis Gorbatschow, in: Lothar Hertzfeldt (Hrsg.): Die Sowjetunion. Zerfall eines Imperiums, Frankfurt/Main 1992, S. 67-101, Anmerkungen S. 317-320.

und die als Erstglieder von substantivischen oder adjektivischen Komposita verwendeten Stämme *National-* resp. *national-* von seinen frühesten bis zu den letzten Arbeiten fast ausschließlich gleichbedeutend mit *Ethnos* resp. *ethnisch*.⁵

Nur ganz vereinzelt wird angedeutet, nicht definiert, daß die Nation eine bestimmte, und zwar die mit der Herausbildung des Kapitalismus entstehende Entwicklungsstufe des Ethnos darstellt. So etwa 1850 in *Der deutsche Bauernkrieg* (Bd. 7, S. 411): »Wir sahen schon gleich im Anfang unserer Darstellung, wie die mangelhafte industrielle, kommerzielle und agrarische Entwicklung Deutschlands alle Zentralisation der Deutschen zur *Nation* (Hervorhebung mittels Kursiv, im weiteren nicht speziell vermerkt, von Engels – R. L.) unmöglich machte...«. Doch dort (S. 329, zweiter Satz des Aufsatzes) steht: »Es gab eine Zeit, ...wo das deutsche Volk eine Ausdauer und Energie entwickelte, die bei einer zentralisierteren *NATION* (Hervorhebung durch Kapitälchen, im weiteren nicht speziell vermerkt, von mir – R. L.) die großartigsten Resultate erzeugt hätte«. Man kann nun darüber rechten, wie der Komparativ *zentralisierter* zu interpretieren ist, ob Engels auf S. 329 mit *Nation* tatsächlich dasselbe meinte wie auf der möglicherweise erst Wochen später geschriebenen S. 411.

Jedenfalls gibt es nicht wenige Belege dafür, daß Engels (bzw. auch Marx, falls die Autorenschaft in den publizierten Werken nicht gekennzeichnet ist) auch Ethnien des Altertums und des Mittelalters als *Nationen* bezeichnete.

So explizit die Phönizier (*Deutsche Ideologie*, Bd. 3, S. 54) und andere antike Völker, deren »Nationalgötter« »die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer *NATION* nicht mehr schirmen können« (*Bruno Bauer und das Urchristentum*, Bd. 19, S. 303), implizit die um das Ende des 8. Jahrhunderts Irland bewohnenden Kelten und Normannen (»war ... weit davon entfernt, von einer einigen *NATION* bewohnt zu sein« – *Geschichte Irlands*, Bd. 16, S. 493).

In *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* (Bd.8, S. 80) ist die Rede von »zersplitterte(n) Resten zahlreicher *NATIONEN*, deren Nationalität und politische Lebenskraft längst erloschen waren und die sich daher SEIT BEINAHE EINEM JAHRTAUSEND gezwungen sahen, den Spuren einer stärkeren *NATION* zu folgen«.

Den im 13. Jahrhundert begonnenen »Kampf der Urschweizer gegen Österreich« nannte Engels »Kampf störrischer Hirten gegen den Andrang der geschichtlichen Entwicklung, ...Kampf der hartnäckigen, stabilen Lokalinteressen gegen die Interessen der ganzen *NATION*« (*Der Schweizer Bürgerkrieg*, Bd. 4, S. 393).

Im Zusammenhang mit der Polendebatte in der Frankfurter Nationalversammlung schrieb er von der »südfranzösische(n), vulgo provenzalische(n) *NATION*« (*Die Polendebatte in Frankfurt*, Bd. 5, S. 354).

Noch deutlicher tritt diese weite Interpretation des Terminus *Nation* zutage, wenn wir die Verwendung des davon abgeleiteten Beziehungsadjektivs *national* resp. dessen Gebrauch als Erstglied eines Kompositums mit in die Betrachtung einbeziehen.

So interpretierte Engels die »Vertreibung der Abbessinier ... 40 Jahre vor Muhammed« als ersten »Akt des erwachenden arabischen *NATIONAL*gefühls« (Brief an Marx vom 6. Juni 1853, Bd. 28, S. 260).

⁵ Diese Begriffe werden in der Diskussion meist undefiniert gebraucht. Meinen eigenen Versuch einer Definition siehe in Ronald Löttsch: *Nationale Minderheiten zwischen Nationalismus, Regionalisierung und Migration*, in: *Loccumer Protokolle* 62/94, Rehburg-Loccum 1995, S. 17-32. Danach reduziert sich *Ethnizität*, die Gesamtheit *ethnischer* Merkmale, im Verlauf der historischen Entwicklung zunehmend auf das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer spezifischen menschlichen Gemeinschaft.

»Es gibt zwei Gegenden in Europa, in denen sich die alte christlich-germanische Barbarei in ihrer ursprünglichsten Gestalt, beinahe bis aufs Eichelfressen, erhalten hat, Norwegen und die Hochalpen, namentlich die Urschweiz. Sowohl Norwegen wie die Urschweiz liefern noch unverfälschte Exemplare jener Menschenrasse, welche einst im Teutoburger Wald die Römer auf gut westfälisch mit Knüppeln und Dreschflegeln totsclug... Der Kampf der Urschweizer gegen Österreich, der glorreiche Eid auf dem Grütli, der heldenmütige Schuß Tells, der ewig denkwürdige Sieg von Morgarten, alles das war der Kampf störrischer Hirten gegen den Andrang der geschichtlichen Entwicklung, der Kampf der hartnäckigen, stabilen Lokalinteressen gegen die Interessen der ganzen *Nation*, der Kampf der Ro-

heit gegen die Bildung, der Barbarei gegen die Zivilisation.«

Friedrich Engels in *Deutsche-Brüsseler-Zeitung* vom 14. November 1847, in: MEW, Bd. 4, S. 393.

»Die buntscheckige, zusammengeerbte und zusammengestohlene österreichische Monarchie, dieser organisierte Wirrwarr von zehn Sprachen und Nationen ... fängt endlich an, auseinanderzufallen... Als in Westeuropa sich infolge der bürgerlichen Zivilisation die großen Monarchien entwickelten, mußten sich die Binnenländer der Oberdonau ebenfalls zu einer großen Monarchie vereinigen. Schon die Verteidigung erforderte dies. Hier, im Zentrum von Europa, assoziierten sich die Barbaren aller Sprachen und Nationen unter dem Zeppter des Hauses Habsburg. Hier fanden sie an Ungarn einen Rückhalt kompakter Barbarei.«

Friedrich Engels in *Deutsche-Brüsseler-Zeitung* vom 27. Januar 1848, in: MEW, Bd. 4, S. 504f.

6 Daß diese Behauptung nicht stichhaltig ist, geht auch aus anderen Arbeiten von Engels hervor.

7 Hierzu siehe Egbert Jahn: Die Bedeutung der österreichischen sozialdemokratischen Nationalitätentheorie für die gegenwärtige Nationalitätenpolitik in Europa, in: Lothar Hertzfeldt (Hrsg.): Die Sowjetunion, S. 103-125, Anmerkungen S. 320f.

Der Papst erscheint im mittelalterlichen »Kulturkampf« mit dem Kaiser als »Hindernis der NATIONALEN Einheit« Deutschlands und Italiens (*Varia über Deutschland*, Bd. 18, S. 590). Von Königin Elisabeth von England wird berichtet (Artikel *Armee*, Bd. 14, S. 25), sie habe »noch Ende des 16. Jahrhunderts« versucht, den »nationalen Langbogen als Kriegswaffe wieder einzuführen«.

Der Armee des Römerreiches sprach er einen »NATIONALcharakter« zu, der allerdings »durch das Eindringen barbarischer und halbbarbarischer, romanisierter und nichtromanisierter Elemente verwässert« wurde (ebenda, S. 24). Die »NATIONALgötter« wurden bereits angeführt. In *Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (Bd. 21, S. 142) heißt es: »Über alle Länder des Mittelmeerbeckens war der nivellierende Hobel der römischen Weltherrschaft gefahren, und das jahrhundertelang. Wo nicht das Griechische Widerstand leistete, hatten alle NATIONALsprachen einem verdorbenen Lateinisch weichen müssen; es gab keine NATIONALunterschiede, keine Gallier, Iberer, Ligurer, Noriker mehr, sie alle waren Römer geworden. Die römische Verwaltung und das römische Recht hatten überall die alten Geschlechterverbände aufgelöst und damit den letzten Rest lokaler und NATIONALER Selbsttätigkeit. Das neugebackne Römertum bot keinen Ersatz; es drückte keine NATIONALITÄT aus, sondern nur den Mangel einer NATIONALITÄT.«⁶

Mit *Nation* und dem davon abgeleiteten Adjektiv *national* korrespondiert bzw. konkurriert das ursprünglich als Abstraktum von letzterem gebildete NATIONALITÄT.

Die ursprüngliche abstrakte Bedeutung von *Nationalität* »Gesamtheit der ethnischen Merkmale« kommt auch bei Engels verschiedentlich vor. Etwa, wenn er in dem bereits angeführten Zitat aus *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* von der »erloschenen NATIONALITÄT« der »zersplitterten Reste zahlreicher Nationen« spricht. Oder wenn er sich gegen die bonapartistische Propaganda wendet (*Savoyen und Nizza*, Bd. 13, S. 560f.), die sich bei ihren Bemühungen, die Öffentlichkeit für die Annexion dieses Gebietes zu gewinnen, auf die angeblich »französische NATIONALITÄT NIZZAS« berief. Gleiches gilt für die Formulierung: »Die Hochland-Gälen und die Waliser unterscheiden sich zweifellos der NATIONALITÄT nach von den Engländern« (*Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun*, Bd. 16, S. 157) oder für die folgende: »Die asiatische Türkei bildet ... eine ... geschlossene Masse fanatischer Muselmanen türkischer NATIONALITÄT« (*Britische Politik – Disraeli – Die Flüchtlinge – Mazzini in London – Türkei*, Bd. 9, S. 7).

Nur wenn es um diesen Begriff ging, vertauschte Engels *Nationalität* nicht mit *Nation*, das ja auch bei ihm stets eine spezifische menschliche Gemeinschaft, eine *Ethnonation*⁷ bezeichnet.

In einigen Kontexten ist jedoch nicht zu entscheiden, ob bei der Verwendung des Terminus *Nationalität* diese Semantik vorliegt oder ob wir es mit einem Kollektivum zu tun haben, das das Ethnos, die ethnische Gemeinschaft, das Volk schlechthin, oft auch eine Nation bezeichnet.

So verhält es sich z.B. mit der »jämmerlichen Verachtung« der Amerikaner »gegen unsere NATIONALITÄT«, die Engels in seinem

im Juli 1840 verfaßten Bericht über eine Fahrt nach Bremerhaven erwähnte (Ergänzungsband, *Schriften bis 1844*. Zweiter Teil, Berlin 1967, S. 85). Es bleibt offen, ob die Eigenarten, das Verhalten der Deutschen oder diese selbst gemeint sind.

Ähnliches gilt für die Stelle im Bericht über die Frankfurter Polendebatte: »Die Soldateska der Reaktion, in Berlin geschlagen, erhob ihr Haupt wieder in Posen; unter dem Scheine, Deutschlands Ehre und NATIONALITÄT zu retten« (Bd. 5, S. 335).

Kaum Zweifel kann es dagegen geben, daß Engels ethnische Gemeinschaften, Ethnien, Nationen im Auge hat, wenn er in der eingangs erwähnten Arndt-Rezension schrieb, die Julirevolution von 1830 »war die Restitution der französischen NATIONALITÄT in ihrer Stellung als Großmacht, wodurch denn die andern NATIONALITÄTEN gezwungen waren, sich gleichfalls in sich selbst fest zusammenzuziehen« (Ergänzungsband, S. 125).

Häufig stehen die Termini *Nation* und *Nationalität* zur Bezeichnung ein und derselben Erscheinung unmittelbar nebeneinander.

So geht dem angeführten Zitat über die provenzalische »Nation« folgender Satz voraus: »Die südfranzösische NATIONALITÄT war im Mittelalter mit der nordfranzösischen nicht verwandter, als die polnische es jetzt mit der russischen ist«.

Die Habsburger-Monarchie charakterisierte Engels im zweiten Absatz des Artikels *Der Anfang des Endes von Österreich* (Bd. 4, S. 504) als »organisierte(n) Wirrwarr von zehn Sprachen und NATIONEN.« Anderthalb Seiten weiter ist die Rede von einem »Dutzend NATIONEN, deren Sitten, Charaktere und Institutionen die grellsten Widersprüche bildeten«. S. 508 steht dann: »Die Granitwände, hinter denen jede Provinz eine besondere NATIONALITÄT...bewahrt hatte... Die NATIONALITÄTEN trennen sich an einer Stelle, um an einer anderen anzuknüpfen...« In einem Artikel, in dem Engels die österreichische Armee mit der englischen vergleicht (Bd. 11, S. 434) heißt es in einem Satz: »In beiden Armeen sind viele NATIONALITÄTEN zusammen, obwohl sich im allgemeinen jedes Regiment aus Angehörigen nur einer Nation zusammensetzt.«

Eine terminologische Unterscheidung der Begriffe *Nation* und *Nationalität* ist bei Engels jedenfalls kaum zu finden, und wenn es den Anschein hat, als würden sie mit unterschiedlicher Bedeutung gebraucht, ist dies meist keineswegs eindeutig. So in *Deutschland und der Panlawismus* (Bd. 11, S. 194f.): »Die österreichischen Slawen zerfallen in zwei Klassen: Ein Teil davon besteht aus Trümmern von NATIONALITÄTEN, deren eigne Geschichte der Vergangenheit angehört und deren gegenwärtige historische Entwicklung an die von NATIONEN verschiedener Race und Sprache gebunden ist. Um ihre mißliche NATIONALE Lage zu vollenden, besitzen diese traurigen Trümmer früherer Größe nicht einmal eine NATIONALE Organisation innerhalb Österreichs, sondern sind vielmehr unter verschiedene Provinzen verteilt. Die Slowenen, obgleich kaum 1 500 000, sind zerstreut über die verschiedenen Provinzen von Krain, Kärnten, Steiermark, Kroatien und das südwestliche Ungarn. Die Böhmen, obgleich der zahlreichste Stamm unter den österreichischen Slawen, sind teils in Böhmen angesiedelt, teils in Mähren und teils (die slowakische Linie) im

»Aber bei dem ersten siegreichen Aufstand des französischen Proletariats ... werden die österreichischen Deutschen und Magyaren frei werden und an den slawischen Barbaren blutige Rache nehmen. Der allgemeine Krieg, der dann ausbricht, wird diesen slawischen Sonderbund zersprengen und alle diese kleinen stierköpfigen Nationen bis auf ihren Namen vernichten.

Der nächste Weltkrieg wird nicht nur reaktionäre Klassen und Dynastien, er wird auch ganze reaktionäre Völker vom Erdboden verschwinden machen. Und das ist auch ein Fortschritt.«

Friedrich Engels in der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 13. Januar 1849 (MEW, Bd. 6, S. 176).

nordwestlichen Ungarn. Diese NATIONALITÄTEN daher, obgleich ausschließlich auf österreichischem Boden lebend, sind keineswegs anerkannt als verschiedene NATIONEN konstituiert. Sie werden betrachtet als Anhängsel entweder der deutschen oder der ungarischen NATION, und in der Tat: sie sind weiter nichts. Die zweite Klasse der österreichischen Slawen besteht aus Bruchstücken verschiedener Stämme, die im Laufe ihrer Geschichte vom großen Körper ihrer NATION getrennt worden sind und deren Schwerpunkt daher außerhalb Österreichs liegt. So haben die österreichischen Polen ihr natürliches Gravitationszentrum in Russisch-Polen, die Ruthenen in den andern mit Rußland vereinigten malorussischen Provinzen und die Serben im türkischen Serbien. Daß ihre von ihren resp. NATIONALITÄTEN abgelösten Fragmente nach ihrem natürlichen Zentrum hin gravitieren, versteht sich von selbst und wird augenfälliger, je mehr Zivilisation und daher das Bedürfnis NATIONALhistorischer Tätigkeit sich unter ihnen verbreitet. In beiden Fällen sind die österreichischen Slawen nur *dissecta membra*, die nach ihrer Wiedervereinigung streben, entweder untereinander oder mit dem Hauptkörper ihrer besonderen NATIONALITÄTEN. Dies ist der Grund, warum der *Panslawismus nicht eine russische, sondern eine österreichische Erfindung ist*. Um die Restauration jeder besonderen slawischen NATIONALITÄT zu sichern, beginnen die verschiedenen slawischen Stämme in Österreich für eine Verbindung aller slawischen Stämme in Europa zu arbeiten. Rußland, stark in sich selbst, Polen, selbst im Sinne unbesiegbarer Zähigkeit des NATIONALen Lebens sich bewußt und zudem in offener Feindschaft gegen das slawische Rußland – diese beiden NATIONEN waren offenbar nicht dazu berufen, den Panslawismus zu erfinden. Die Serben und Bulgaren der Türkei aber waren zu barbarisch, um eine solche Idee zu fassen; die Bulgaren unterwarfen sich ruhig den Türken, die Serben hatten genug zu tun mit dem Kampf für ihre eigene Unabhängigkeit«.

In diesem Zitat zeigt sich das ganze Dilemma, in dem sich der mittlerweile vierunddreißigjährige Engels trotz seiner ungeheuren Belesenheit bei der Behandlung dieser schwierigen Materie befand. Die faktischen Fehler (Kroaten und Slowaken als Teil der Slowenen bzw. »Böhmen«, die angeblich »ruhige Unterwerfung« der Bulgaren) kann man ihm sicher nachsehen, obwohl Franz Miklosich mit der Veröffentlichung seiner *Vergleichenden Grammatik der slavischen Sprachen*, auf die sich Engels später stützte, schon 1852 begonnen hatte.

Doch abgesehen davon wird deutlich, wie fragwürdig seine Konzeption der Perspektive nationaler Minderheiten ohne eigenen Staat war. Für ihn sind die ausschließlich in Österreich-Ungarn beheimateten slawischen Völker Ethnien, deren eigene Geschichte »der Vergangenheit angehört«, »traurige Trümmer einstiger Größe«, deren »gegenwärtige Entwicklung« als »Anhängsel entweder der deutschen oder der ungarischen Nation« »an die von Nationen verschiedener Race und Sprache gebunden ist«. Um welche Völker es sich dabei handelt, bleibt offen. Da Slowaken und Slowenen nie einen eigenen Staat besaßen, von »früherer

»So endeten für jetzt und höchstwahrscheinlich für immer die Versuche der Slawen Deutschlands, wieder zu nationaler Selbstständigkeit zu gelangen... Das ist allerdings keine sehr schmeichelhafte Aussicht für den nationalen Ehrgeiz der panslawistischen Schwärmer, die es fertiggebracht, einen Teil der Böh-

Größe« bei ihnen somit keine Rede sein kann, könnten eigentlich nur Tschechen und Kroaten gemeint sein. Doch hinsichtlich aller vier Völker war Engels' Einschätzung ihrer Perspektive falsch, wie die tatsächliche weitere historische Entwicklung bewiesen hat. Und das war auch damals bereits erkennbar. Nicht nur bei Tschechen und Kroaten, auch bei Slowenen und Slowaken war der Prozeß bereits in vollem Gange, den sie selbst als *nationale Wiedergeburt* bezeichneten.

Etwas deutlicher ist die terminologische Unterscheidung in der teilweise bereits zitierten Passage seiner 1866 in drei Nummern der Wochenschrift *The Commonwealth* abgedruckten Artikelserie *Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?* Wir lesen dort (Bd. 16, S. 157f.): »Es gibt kein Land in Europa, in dem es nicht verschiedene NATIONALITÄTEN unter einer Regierung gäbe. Die Hochland-Gälen und die Waliser unterscheiden sich zweifellos der NATIONALITÄT nach von den Engländern, doch niemandem fiel ein, diese Reste längst verschwundener Völker – oder gar die keltischen Bewohner der Bretagne in Frankreich – als NATIONEN zu bezeichnen. Überdies stimmt keine Staatsgrenze mit der natürlichen Grenze der NATIONALITÄT, mit der Sprachgrenze, überein... Es ist ein natürliches Resultat der verworrenen und allmählichen historischen Entwicklung Europas während der letzten tausend Jahre, daß sich fast jede größere NATION von einigen Randteilen ihres Körpers trennen mußte, die sich vom NATIONALEN Leben losgelöst haben und meistens dem NATIONALEN Leben eines anderen Volkes anschlossen; und dies so gründlich, daß sie kein Bedürfnis haben, sich ihrem Hauptstamm wieder anzuschließen. Die Deutschen in der Schweiz und im Elsaß verlangen nicht danach, mit Deutschland wiedervereint zu werden, und ebensowenig wünschen die Franzosen in Belgien und in der Schweiz, Frankreich politisch angegliedert zu werden... Hier sehen wir nun den Unterschied zwischen dem »Nationalitätsprinzip« und dem alten Grundsatz der Demokratie und der Arbeiterklasse über das Recht der großen europäischen Nationen auf selbständige und unabhängige Existenz. Das »Nationalitätsprinzip« läßt die große Frage des Rechts auf NATIONALE Existenz für die historischen Völker Europas völlig unberührt... Die europäische Bedeutung eines Volkes, seine Lebenskraft bedeuten nichts vom Standpunkt des Nationalitätsprinzips; für dieses Prinzip bedeuten die Rumänen in der Walachei, die niemals eine Geschichte hatten noch die hierzu erforderliche Energie, ebensoviel wie die Italiener mit ihrer zweitausendjährigen Geschichte und ungeschwächten NATIONALEN Lebenskraft; die Waliser und die Bewohner der Insel Man hätten, wenn sie es wünschten, das gleiche Recht auf unabhängige politische Existenz wie die Engländer, so absurd das auch erscheinen mag. Das Ganze ist eine Absurdität, ...um einfältigen Leuten Sand in die Augen zu streuen...«.

Wenn also Engels ausnahmsweise einmal strenger zwischen den Begriffen *Nationalität* und *Nation* unterschied, dann war ersteres der Oberbegriff, der das in erster Linie durch eine besondere Sprache charakterisierte Ethnos im allgemeinen bezeichnet, während letzteres für ein großes Volk mit historischer Perspektive stand.

men und Südslawen in Bewegung zu setzen; aber können sie erwarten, die Geschichte werde um tausend Jahre zurückschreiten, einigen schwindsüchtigen Völkerschaften zuliebe, die auf den von ihnen bewohnten Gebieten überall mitten unter Deutschen und in deutscher Umgebung leben, die seit fast undenklichen Zeiten für jede Äußerung kulturellen Lebens keine andere Sprache haben als die deutsche...?« Im April 1852 von Friedrich Engels geschrieben für die *New-York Daily Tribune*, in: MEW, Bd. 8, S. 80f.

Engels bekannte sich also zu einer sehr einseitigen Auffassung des Rechts auf Selbstbestimmung der Nationen, das er nur großen, der Zentralisation fähigen Völkern zuzubilligen bereit war. Und als solche erkannte er neben den etablierten westeuropäischen Nationen, die selbständige Staaten dominieren, nur Deutsche, Italiener, Polen und Ungarn an.

Die Passagen in den beiden angeführten Zitaten, die man im Sinne der »Staatsnation« zu interpretieren geneigt sein könnte (Slawen als »Anhängsel entweder der deutschen oder der ungarischen Nation«; losgelöste »Randteile«, die sich dem »nationalen Leben eines anderen Volkes anschlossen«), sind im Lichte einer ganzen Reihe anderer unmißverständlicher Äußerungen von Engels als Ausdruck seiner Überzeugung zu werten, daß die Geschichte solche »Völkertrümmer« zum Untergang, zur Assimilation verurteilt habe.

Er nahm es dabei meist mit größtem Gleichmut hin, wenn auch Deutsche ein solches Schicksal erlitten. So im Zusammenhang mit der Polendebatte in der Frankfurter Nationalversammlung, als es um die Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen nach dessen von Marx und Engels geforderter Wiederherstellung als unabhängiger Staat ging. In der *Neuen Rheinischen Zeitung* schrieb Engels am 9. August 1848 (Bd. 5, S. 354): »Es versteht sich, daß es sich nicht von der Herstellung eines Scheinpolen handelt... Polen muß wenigstens die Ausdehnung von 1772 haben... Daß bei dem Durcheinander von Deutsch und Polnisch an der Grenze ... mancher Deutsche polnisch, mancher Pole hätte deutsch werden müssen, verstand sich von selbst und hätte keine Schwierigkeit gemacht.«

Daß ihm dabei nicht etwa die gleichberechtigte Koexistenz von Deutschen und Polen im Rahmen einer deutschen resp. polnischen »Staatsnation« vorschwebte, sondern daß es dabei wirklich um wechselseitige Assimilation ging, wurde wenige Jahre später deutlich, als er 1851/52 in der *New-York Daily Tribune* die dann unter dem Titel *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* zusammengefaßten Artikel veröffentlichte. Jetzt müssen ihm doch gewisse Bedenken gekommen sein, wenn es da (Bd. 8, S. 50f.) plötzlich heißt: »Da mit der Revolution von 1848 die unterdrückten Nationen sofort den Anspruch auf selbständige Existenz und auf das Recht erhoben, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln, war es ganz natürlich, daß die Polen ohne weiteres die Wiederherstellung ihres Staates innerhalb der Grenzen der alten polnischen Republik vor 1772 forderten. Zwar war diese Grenze als Trennungslinie zwischen der deutschen und polnischen Nationalität schon zu jener Zeit überholt und entsprach ihr mit fortschreitender Germanisierung von Jahr zu Jahr immer weniger; aber nun hatten die Deutschen eine solche Begeisterung für die Wiederherstellung Polens an den Tag gelegt, daß sie erwarten mußten, man werde als ersten Beweis für die Echtheit ihrer Sympathien den Verzicht auf *ihren* Anteil an der Beute verlangen. Andererseits mußte man sich fragen, sollten ganze Landstriche, hauptsächlich von Deutschen bewohnt, sollten große, völlig deutsche Städte einem Volk überlassen werden, das bisher noch nicht

»Die slawische Race, lang geteilt durch innere Zwiste, nach dem Osten zurückgetrieben durch die Deutschen, unterjocht, zum Teil von Deutschen, Türken und Ungarn ... sie versichert nun zum erstenmal ihre Einheit und erklärt damit Krieg auf den Tod den römisch-keltischen und deutschen Racen, die bisher in Europa geherrscht haben. Panslawismus ist eine Bewegung nicht nur für nationale Unabhängigkeit; er ist eine Bewegung, die ungeschehen zu machen strebt,

bewiesen hatte, daß es fähig sei, sich über einen auf bäuerlicher Leibeigenschaft beruhenden Feudalzustand hinaus zu entwickeln?«. Die Absätze vor dieser Passage (S. 49f.) atmen sogar ganz den Geist, mit dem jahrhundertlang, bis zum makabren Höhepunkt während der Naziherrschaft und in der Alt-BRD teilweise noch darüber hinaus, die Ostexpansion des deutschen Feudalismus, der berüchtigte Drang nach Osten, gerechtfertigt wurde. Denn was anderes beinhalten Sätze wie die folgenden? »Seit der Zeit Karls des Großen haben sich die Deutschen mit der größten Ausdauer und Beharrlichkeit um die Eroberung, Kolonisation oder zum mindesten Zivilisierung des östlichen Europas bemüht... Die Slawen, namentlich die Westslawen (Polen und Tschechen), sind im wesentlichen ein Volk von Ackerbauern; Handel und Industrie standen bei ihnen niemals in besonderem Ansehen... Die Bedeutung des deutschen Elements in den slawischen Grenzgebieten ... steigerte sich noch, als es sich zeigte, daß fast alles, was zur geistigen Kultur gehört, aus Deutschland eingeführt werden mußte«.

Engels' Voreingenommenheit gegenüber den Slawen generell, insbesondere aber gegenüber den angeblich so sehr für den »Panslawismus« anfälligen österreichischen Slawen machte also gelegentlich sogar vor den wegen ihres revolutionären Enthusiasmus sonst von ihm so geschätzten Polen nicht halt.

Nicht selten ließ er sich zu Formulierungen hinreißen, die aus heutiger Sicht wie ein Ausdruck übelster deutschnationaler Überheblichkeit anmuten, sicher aber auch damals bereits einen ungerechtfertigten Tribut an den Zeitgeist darstellten. Auch mit den historischen Tasachen nahm er es dabei nicht allzu genau, wie folgendes Resümee seines Exkurses über die Rolle der Slawen während der Revolution von 1848/49 (Bd. 8, S. 80f) zeigt: »So endeten für jetzt und höchstwahrscheinlich für immer die Versuche der Slawen Deutschlands, wieder zu nationaler Selbständigkeit zu gelangen. Zersplitterte Reste zahlreicher Nationen, deren Nationalität und politische Lebenskraft längst erloschen waren und die sich daher seit beinahe einem Jahrtausend gezungt sahen, den Spuren einer stärkeren Nation zu folgen, die sie überwunden ... diese sterbenden Völkerstämme, die Böhmen, Kärntner, Dalmatiner usw., hatten versucht, ...den politischen Status quo wiederherzustellen, der A.D. 800 bestanden. Die Geschichte eines Jahrtausends müßte ihnen gezeigt haben, daß ein solcher Rückschritt nicht möglich war; daß, wenn das ganze Gebiet östlich der Elbe und der Saale einstmals von miteinander verwandten slawischen Völkerschaften besiedelt gewesen, diese Tatsache nur die geschichtliche Tendenz und die physische und intellektuelle Fähigkeit der deutschen Nation bewies, ihre alten östlichen Nachbarn zu unterwerfen, aufzusaugen und sie zu assimilieren; daß diese absorbierende Tendenz der Deutschen stets eines der mächtigsten Mittel gewesen UND NOCH IST (!), wodurch die westeuropäische Zivilisation in Osteuropa verbreitet wurde ..., und daß es deshalb das natürliche unvermeidliche Schicksal dieser sterbenden Nationen war, diesen Prozeß der Auflösung und Aufsaugung durch ihre stärkeren Nachbarn sich vollenden zu lassen.«

was eine Geschichte von tausend Jahren geschaffen hat, die sich nicht verwirklichen kann, ohne die Türkei, Ungarn und eine Hälfte Deutschlands von der Karte von Europa wegzufegen, die, sollte sie dies Resultat erreichen, seine Dauer nicht sichern kann außer durch die Unterjochung Europas.«

Friedrich Engels in *Neue Oder-Zeitung* vom 21. April 1855, in: MEW, Bd. 11, S. 193f.

Drei Jahre davor hatte der naive Glaube an die »geschichtliche Tendenz« und die Enttäuschung über das vermeintliche Versagen der Slawen in der Revolution Engels sogar dazu verleitet, in der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 15. Januar 1849 die physische Vernichtung dieses »Völkerabfalls« durch die sich rächenden Deutschen und Ungarn in einem künftigen Weltkrieg zu prophezeien und diesen Genozid zum Fortschritt zu deklarieren (*Der magyarische Kampf*, Bd. 6, S. 165f.). Wie ernst es dem damals achtundzwanzigjährigen Journalisten mit dieser barbarischen Parole war, sei dahingestellt.

Mit der notfalls auch gewaltsamen Assimilierung der Minderheiten war es ihm zumindest in dieser Phase sicher ernst.

Daß bei seinem damaligen vehementen Eintreten für eine Beschränkung des Rechts auf Selbstbestimmung ausschließlich auf die »großen europäischen Nationen« auch eine gewisse bornierte eurozentristische Verachtung gegenüber »Wilden« mit im Spiel war, dürfte daraus hervorgehen, mit welcher Nonchalance er noch 1866 die Proteste gegen die versuchte Zwangsassimilation der Saamen, dieser »nomadisierenden Wilden«, in Norwegen und Schweden abtat. »Es ist wahrlich eine fürchterliche Unterdrückung«, höhnte er (Bd. 16, S. 159), »diese armen Lapppländer zu zwingen, die zivilisierte norwegische oder schwedische Sprache zu erlernen, statt sie auf ihre eigene barbarische Halbeskimo-Mundart zu beschränken!«.

Dies ist allerdings nur die eine Seite. Seine Haltung zu den komplizierten nationalen Problemen war insgesamt glücklicherweise alles andere als konsequent. Selbst aus seiner »Sturm-und-Drang«-Phase gibt es Äußerungen, die deutlich machen, daß Engels' revolutionäre Gesinnung, seine Auflehnung gegen jedwede Unterdrückung, ihn zu Abstrichen von dieser Einseitigkeit veranlaßte. So figuriert in dem Artikel *Ungarn* aus der *Neuen Rheinischen Zeitung* vom 19. Mai 1849 (Bd. 6, S. 507) unter den positiv gewürdigten revolutionären Beschlüssen des von Kossuth geleiteten Preßburger Reichstages auch, daß er »den Kroaten und Slawoniern in inneren Angelegenheiten den offiziellen Gebrauch ihrer eigenen Sprache bewilligte«.

Daß damit kein Abgehen vom Prinzip *Nation = Nationalität* und Annäherung an die Konzeption der »Staatsnation« verbunden war, dürfte aus allem bisher Ausgeführten mit hinreichender Deutlichkeit hervorgehen.

Auch einige Äußerungen über die belgische »Nation« bzw. »Nationalität« (z.B. Bd. 4, S. 476 u. 535; Bd. 5, S. 378, Bd. 31, S. 254) erlauben es nicht, darin einen Hinweis auf eine Interpretation des Terminus als »Staatsnation« zu erblicken, obwohl sich ja Wallonen und Flamen, deren nationalistische Eliten heute erbittert miteinander rivalisieren, beim besten Willen nicht einer Ethnonation zuordnen lassen. Doch hier ist zu beachten, daß Engels sogar später noch, als er die Phase der wohlwollenden Billigung der Assimilierung von »Volkstrümmern« bereits im wesentlichen hinter sich gelassen hatte, den Flamen jedwede Zukunft als eigenständige Sprachgemeinschaft absprach. So lesen wir in den Ende 1875/Anfang 1874 verfaßten *Varia über Deutschland* (Bd. 18, S.

»...wo immer die Arbeiterklasse in politischen Bewegungen selbständig aufgetreten ist, läßt sich ihre Außenpolitik von Anfang an in den wenigen Worten ausdrücken: Wiederherstellung Polens... Vor allen anderen Arbeitern haben die Arbeiter nicht nur Preußens, sondern ganz Deutschlands ein besonderes Interesse an der Wiederherstellung Polens, und sie haben in jeder revolu-

595): »Und jetzt verlangen die Teutomanen die Herstellung der flämischen Sprache, die selbst die Holländer nicht für voll anerkennen; die flämische Bewegung der Pfaffen! It is time, daß die Flamander endlich eine Sprache haben statt 2, und das kann nur Französisch sein«.

Auch in der belgischen »Nation« resp. »Nationalität« sah Engels also auf längere Sicht ein einsprachiges Ethnos.

Ob er die gleiche Auffassung auch gegenüber der französischen »Nation« vertrat, ist nicht ganz klar. Die Tatsache, daß Marx und Engels und unter ihrem Einfluß auch die Erste Internationale bzw. die organisierte deutsche Arbeiterbewegung in zahlreichen Verlautbarungen gegen die Annexion Elsaß-Lothringens durch das neugegründete preußisch-deutsche Reich protestierten und die Zugehörigkeit dieses einst gewaltsam von Deutschland abgetrennten Gebietes zu Frankreich begründeten, ist hinreichend bekannt. Für Engels bedeutete dies gleichzeitig die Hinnahme der sprachlichen Assimilierung der elsässisch-lothringischen Bevölkerung zumindest auf der schriftsprachlichen Ebene. Während er in der eingangs erwähnten Arndt-Rezension 1841 als Zwanzigjähriger noch gefordert hatte: »Denn ich bin ... allerdings der Ansicht, daß die Wiedereroberung der deutschsprechenden linken Rheinseite eine nationale Ehrensache, die Germanisierung des abtrünnig gewordenen Hollands und Belgiens eine politische Notwendigkeit für uns ist«, bekundete der Siebenundsechzigjährige Anfang 1888 in *Die Rolle der Gewalt in der Geschichte* (Bd. 21, S. 443ff.) seine Überzeugung, die Revolution habe eine solche Integration der deutschsprechenden Elsässer und Lothringer in den französischen Staat bewirkt, daß nunmehr »dieselbe Franzöisierung der Schulen« eingeführt werde, »die auch die Luxemburger freiwillig bei sich eingerichtet hatten«. »Und dennoch ging der Umwandlungsprozeß sehr langsam; erst die jetzige Generation der Bourgeoisie ist wirklich französisiert, während Bauern und Arbeiter deutsch sprechen. Es steht ungefähr wie in Luxemburg: Das Schriftdeutsche ist (die Kanzel teilweise ausgenommen) durch das Französische verdrängt, aber der deutsche Volksdialekt hat nur an der Sprachgrenze Boden verloren.«

Angesichts der Unbekümmertheit, mit der Engels im allgemeinen mit den vom Stamm nation- abgeleiteten Termini umgeht, ist es wohl müßig, darüber zu rätseln, ob dem Ausdruck »NATIONALfranzosen«, denen gegenüber die Bevölkerung Elsaß-Lothringens »einmütiger an Frankreich hing«, besondere Bedeutung beizumessen ist.

Keinen Zweifel dürfte es für Engels darüber gegeben haben, daß zu diesen »Nationalfranzosen« auch die nach seiner Überzeugung ursprünglich eine eigenständige »Nation« bildenden Südfranzosen gehörten, die gewaltsam integriert wurden. Denn »von den Albigenerkriegen bis auf Ludwig XI. führten die Nordfranzosen, die in der Bildung ebenso sehr hinter ihren südlichen Nachbarn zurückstanden wie die Russen hinter den Polen, ununterbrochene Unterjochungskriege gegen die Südfranzosen und endigten mit der Unterwerfung des ganzen Landes... Jahrhundertlang kämpften die Südfranzosen gegen ihre Unter-

tionären Bewegung bewiesen, daß sie sich dessen bewußt sind.«

Friedrich Engels in *The Commonwealth* vom 24. März 1866 (MEW, Bd. 16, S. 153, 155).

»Nun ist es für ein großes Volk geschichtlich unmöglich, irgendwelche innere Fragen auch nur ernsthaft zu diskutieren, solange die nationale Unabhängigkeit fehlt... Jeder polnische Bauer und Arbeiter, der aus der Verdampfung zur Teilnahme an allgemeinen Interessen aufwacht, stößt zuerst auf die Tatsache der nationalen Unterjochung, sie tritt ihm überall als erstes Hindernis in den Weg. Sie zu beseitigen ist Grundbedingung jeder gesunden und freien Entwicklung.«

Friedrich Engels an Karl Kautsky am 7. Februar 1882, in: MEW, Bd. 35, S. 269f.

drücker an. Aber die geschichtliche Entwicklung war unerbittlich. Nach dreihundertjährigem Kampf war ihre schöne Sprache zum Patois herabgedrängt, und sie selbst waren Franzosen geworden. Dreihundert Jahre dauerte der nordfranzösische Despotismus über Südfrankreich, und dann erst machten die Nordfranzosen ihre Unterdrückung wieder gut – durch die Vernichtung der letzten Reste südfranzösischer Selbständigkeit. Die Konstituante zerschlug die unabhängigen Provinzen, die eiserne Faust des Konvents machte die Bewohner des südlichen Frankreichs erst zu *Franzosen* und gab ihnen zur Entschädigung für ihre Nationalität die Demokratie.« (Bd. 5, S. 354f.).

Engels machte sich also hinsichtlich des Charakters der Herstellung der »nationalen« Einheit, der Einheit einer Ethnonation, keinerlei Illusionen. Wenn er dennoch am Recht der »großen Nationen« und nur dieser, auf diese Einheit festhielt, befand er sich in einem unlösbaren Widerspruch zu den Idealen der jedwede Unterdrückung entschieden ablehnenden Arbeiterbewegung, zu denen er sich auch selbst – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Forderung nach der Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Polens – immer wieder explizit bekannte. Und dies unter ständiger Berufung auf die unmittelbarsten Interessen dieser Bewegung.

Dieser Widerspruch führte unweigerlich zu jenen Inkonsequenzen und Schwankungen, wie sie nicht zuletzt in dem angeführten Zitat aus *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* zum Ausdruck kommen.

Dies sind durchaus nicht die einzigen Stellen, die – allein schon hinsichtlich Polens – solche Inkonsequenzen belegen. Ausführlicher kann hier nicht darauf eingegangen werden.

Entscheidend für die Anerkennung eines Volkes als vollwertiger, entwicklungsfähiger Nation war für Engels zweifellos die Rolle, die ihre Angehörigen in der revolutionären Arbeiterbewegung spielten. In dem Maße, wie sie in dieser aktiv in Erscheinung traten, konnten sie mit seiner Anerkennung rechnen.

So unterstützte er am 14. Mai 1872 auf einer Sitzung des Generalsrats der Internationale in einer als Niederschrift überlieferten Rede (Bd. 18, S. 79) die von chauvinistisch eingestellten Vertretern des Britischen Föderalrates abgelehnte Schaffung einer besonderen irischen Sektion. In der Befürwortung dieser Forderung verließ er sogar seine im allgemeinen konsequent auf eine besondere Sprache ausgerichtete Auffassung von Nationalität. Denn: »Die Iren bildeten in jeder Hinsicht eine klar erkennbare EIGENE NATIONALITÄT, und die Tatsache, daß sie sich der englischen Sprache bedienten, könnte sie nicht des für alle geltenden Rechts berauben, eine unabhängige nationale Organisation innerhalb der Internationale zu haben«.

Doch auch den von ihm in seiner Jugend leichtfertig als »Völkerabfall« geschmähten Nationalitäten wie den im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 wiederholt mit rüden Worten bedachten Tschechen ließ er später Gerechtigkeit widerfahren.

An seinem Konzept der Ethnonation hielt er bis zu seinem Tode unbeirrt fest. Und das bedeutete auch das Festhalten an der

Forderung nach der Gründung eines großdeutschen Nationalstaates. Sobald der Sieg der Arbeiterbewegung, den er inzwischen als parlamentarischen Wahlsieg für die Jahrhundertwende voraussagte, die Voraussetzungen dafür geschaffen hätte, sollte in »ganz Deutschland« jene »einige, unteilbare Republik« entstehen, von der in Punkt 1 der von Marx und Engels verfaßten *Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland*, Bd. 5, S. 3-5) 1848 die Rede war.

Zu den Voraussetzungen gehörte u.a. die Beseitigung Preußens und Österreich-Ungarns.

Dies implizierte insbesondere die Wiederherstellung der uneingeschränkten Souveränität Polens und Ungarns, im Prinzip in deren historischen Grenzen. Dies hätte allerdings bedeutet, daß diese beiden Staaten nicht als National-, sondern als Mehrvölkerstaaten wiedererstanden wären. Daß sich Engels darüber im klaren war, hatte er schon 1866 in den angeführten Artikeln *Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun* deutlich gemacht, wo er (Bd. 16, S. 160) ausdrücklich feststellte: »...die Wiederherstellung Polens bedeutet die Wiedererrichtung eines aus wenigstens vier verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staates«. Als nichtpolnische Nationalitäten nannte er Litauer, Belorussen und Ukrainer. In einem Brief an Karl Kautsky vom 7. Februar 1882 (Bd. 35, S. 273) kommt er auf diese Frage mit der salomonischen Formulierung zurück: »Wie übrigens die Polen sich mit den Litauern, Weiß- und Kleinrussen des alten Polens zu rechtsetzen werden und ebenso mit den Deutschen wegen der Grenze, geht uns vorläufig nichts an«.

Hinsichtlich der nichtungarischen Nationalitäten im historischen Königreich Ungarn, so wie es nach dem Ausgleich von 1867 Bestandteil der K.u.k.-Monarchie war, konnten Aussagen des älteren Engels nicht ermittelt werden, doch sei an die zitierte Würdigung des Preßburger Reichstages erinnert.

Von besonderem Interesse ist natürlich Engels' Position zur Zukunft der Minderheiten in Deutschland. Hierzu äußerte er sich wiederholt in Briefen an die Führer der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie.

So schrieb er am 26. Oktober 1891 an August Bebel (Bd. 38, S. 187): »Ich sage den Leuten: wir hätten die fast absolute Sicherheit, innerhalb 10 Jahren ans Ruder zu kommen; wir könnten nicht das Ruder ergreifen noch dran bleiben, ohne die Sünden unsrer Vorgänger gegen andre Nationalitäten wiedergutzumachen, also 1. die Wiederherstellung Polens offen anzubahnen, 2. die Nord-schleswiger und Elsaß-Lothringer in die Lage zu versetzen, frei über ihre Zugehörigkeit zu entscheiden.«

Zum von Engels stets anerkannten Recht der »großen europäischen Nation« der Polen auf Wiederherstellung ihres Staates sowie der gewaltsam von Frankreich abgetrennten Elsässer und Lothringer auf Rückgängigmachung der Annexion kam nunmehr auch das Recht der Nord-schleswiger Dänen auf Anschluß an Dänemark.

Am bemerkenswertesten aber ist die Einsicht, die er am 30. August 1892 dem Mitbegründer und führenden Mitglied der

»Seit dem Ausgang des Mittelalters arbeitet die Geschichte auf die Konstituierung Europas aus großen Nationalstaaten hin. Solche Staaten allein sind die normale politische Verfassung des europäischen herrschenden Bürgertums und sind ebenso unerläßliche Vorbedingung zur Herstellung des harmonischen internationalen Zusammenwirkens der Völker, ohne welches die Herrschaft des Proletariats nicht bestehen kann.«

Von Friedrich Engels verfaßt Ende Dezember 1887, in: MEW; Bd. 21, S. 407.

»Den Zarismus zu stürzen, diesen Alpdruck zu vernichten, der auf ganz Europa lastet, das ist in unseren Augen die erste Bedingung für die Emanzipation der Nationen Mittel- und Osteuropas. Ist erst einmal der Zarismus gestürzt, wird die unheilvolle, heute durch Bismarck repräsentierte Macht, der dann die Hauptstütze genommen ist, zusammenbrechen; Österreich wird zerfallen, da es seine einzige Daseinsberechtigung verliert, nämlich durch seine Existenz den Zarismus daran zu hindern, sich die verstreuten Nationen der Karpaten und des Balkans einzuverleiben; Polen wird neu erstehen; Kleinrußland kann frei seine politischen Verbindungen wählen; die Rumänen, die Magyaren, die Südslawen werden frei von jeder fremden Einmischung ihre Angelegenheiten und ihre Grenzfragen unter sich regeln können; schließlich wird die edle Nation der Großrussen nicht mehr sinnlosen Eroberungen zugunsten des Zarismus nachjagen...«
Friedrich Engels am 4. Januar 1888 an Ion Nádejde in Jassy, in: MEW, Bd. 37, S. 5.

österreichischen sozialdemokratischen Partei Victor Adler mitteilte (Bd. 38, S. 445). Es ging um die einst so verachteten Tschechen, denen Engels früher jede nationale Perspektive abgesprochen hatte. Jetzt schätzte er ein: »Das Zusammenwirken mit den Tschechen ist auch politisch eine Notwendigkeit. Die Leute sitzen mitten in Deutschland, wir sind an sie gebunden, wie sie an uns, und wir haben alles Interesse daran, da nicht ein jungtschechisch-russisch-panslawistisches Nest draus werden zu lassen... Und da die Leute ja quoad nationale Autonomie *auf tschechischem Gebiet* ALLES von uns bekommen können, WAS SIE WOLLEN UND BRAUCHEN, hat's auch keine Gefahr. (Du siehst, ich operiere in dieser Beziehung immer ohne Rücksicht auf die momentane politische Trennung von Deutschland.)«

Eine Abtrennung Böhmens und Mährens von Deutschösterreich bei dessen Anschluß an ein sozialistisches Deutschland nach der Auflösung der Habsburger Monarchie konnte sich Engels also nicht vorstellen. Das tschechische Sprachgebiet, das lediglich an der kurzen Grenze zur zu Ungarn gehörenden Slowakei nicht von deutschsprachigen Gebieten umgeben war, hätte danach also ebenfalls bei Deutschland verbleiben müssen. Im Gegensatz zur früheren Auffassung von Engels brauchte dies keineswegs mehr die unvermeidliche Germanisierung der Tschechen zu bedeuten, denn eine sozialistische deutsche Regierung würde ihnen NATIONALE AUTONOMIE gewähren und ihnen in dieser Hinsicht alles geben, was sie »wollen und brauchen«.

Es bedarf keiner besonderen Phantasie, um sich vorzustellen, daß die mitteleuropäische Geschichte völlig anders hätte verlaufen können, daß sich die nationalen Beziehungen in diesem Raum möglicherweise wesentlich konfliktfreier gestaltet hätten, wenn diese Zukunftsvision des greisen Engels Wirklichkeit geworden wäre.

Die Auffassungen des neben Marx bedeutendsten Vordenkers der internationalen Arbeiterbewegung zur nationalen Frage haben also im Verlauf von fünf Jahrzehnten eine erstaunliche Entwicklung durchgemacht. Von einer sehr einseitigen, mit vielen Widersprüchen behafteten und selbst von deutscher nationalistischer Überheblichkeit nicht freien Position hat Engels schließlich im reifen Alter zu einer Haltung gefunden, die der Lenins sehr nahe kam. Dessen Versuch, ein politisches Programm zur Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Nationalitäten Rußlands ungeachtet der zwischen ihnen bestehenden quantitativen und sonstigen Unterschiede nach der Beseitigung des Zarismus in die Tat umzusetzen, ist zwar gescheitert. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß die von Friedrich Engels angedachte und von Lenin systematisch ausgebaute Idee der Lösung der nationalen Frage durch die uneingeschränkte Anerkennung der Existenz mehrerer gleichwertiger und somit auch gleichberechtigter Ethnonationen innerhalb eines Staates falsch wäre.

Daß das Gegenkonzept der »Staatsnation« völlig verfehlt ist, wird demgegenüber gerade in der unmittelbaren Gegenwart (siehe Quebec!) buchstäblich von Tag zu Tag offenkundiger.

RICHARD GREEMAN

Victor Serge über Sieg und Niederlage der russischen Revolution

Wer Serge verstehen will, muß beachten, daß er 1919 bewußt Mitglied der bolschewistischen Partei wurde und bis zu seinem Tod ein glühender Verteidiger der Oktoberrevolution blieb. Die Gründe für seine Haltung erscheinen auch noch heute, da diese Revolution in den Augen einer völlig neuen Generation verdreht und entstellt ist, höchst einleuchtend.

Serge verbrachte die ersten 14 Monate nach der Oktoberrevolution in einem französischen Internierungslager, erschien aber auf der politischen Bühne zu einem Zeitpunkt, da die Ereignisse noch frisch im Gedächtnis der Beteiligten hafteten. Er stürzte sich in die politischen Debatten des revolutionären Rußland und schloß engen Kontakt zu Menschen mit unterschiedlichsten politischen Standpunkten. Dabei erhielt er bevorzugten Zugang zu Dokumenten und persönlichen Erinnerungen und wurde zu einem Sammelpunkt solcher Zeugnisse. Sein erstes Buch, das er zehn Jahre später fertigstellte, »Das Jahr I der Russischen Revolution«, ist die erste dokumentarisch belegte Geschichte dieses Gegenstandes in der Welt.

Serges Sicht auf die Revolution, so wie er sie im »Jahr I« zum Ausdruck brachte, blieb sein Leben hindurch bemerkenswert beständig. Er glaubte, daß die bolschewistische Machtergreifung 1917 sowohl auf Grund politischer Notwendigkeiten als auch wegen der Unterstützung der Bevölkerung gerechtfertigt war. Mehr noch: Obwohl er die zentralistische Diktatur, die bei seiner Ankunft in Petrograd an die Stelle der Sowjet-Demokratie getreten war, durchschaute, sah er in ihr ein unvermeidliches Resultat von westlicher Intervention, Hunger und Erschöpfung der Massen. Sie war nicht nur die einzige Alternative zu einer vom Imperialismus gestützten Konterrevolution, zur Abschlachtung von Arbeitern und armen Bauern, sie stellte für ihn vielmehr 1919 den ersten Brückenkopf einer noch fortschreitenden Weltrevolution dar.

Heute, unmittelbar nach dem Kollaps des Kommunismus, betrachtet man die Bolschewiki als machthungrige Vertreter einer totalitären Politik und die Oktoberrevolution als kalkulierten antidemokratischen Putsch. Für uns ist es wichtig zu verstehen, warum ein so klarschender Libertärer wie Victor Serge – der niemals versuchte, die abstoßende Realität von 1918-19 hinter rosigem Idealismus zu verbergen – von der historischen Bedeutung der bolschewistischen Revolution derart überzeugt und ihr beständiger Verteidiger bis an sein Lebensende werden konnte. Für Serge

1 Vgl. Victor Serge: Dreißig Jahre nach der russischen Revolution, Manuskript datiert 1947. Zuerst veröffentlicht als Vorwort zu der Ausgabe von Victor Serge: Das Jahr I der russischen Revolution, (frz.), Paris 1971 (Band III, S. 75-98).

2 Ebenda.

beginnt die Aufgabe damit, einen authentischen Bericht zu geben. Da gibt es z. B. den Mythos, daß die Bolschewiki eine entstehende Demokratie beseitigten. Dreißig Jahre danach schrieb Serge: »Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein.«¹ Ebenso fand Serge keine historischen Beweise für die weithin akzeptierte These, daß der Oktoberaufstand die Tat einer Minorität von Verschwörern gewesen sei, der bolschewistischen Partei.² Serge erinnert daran, daß durch das ganze Revolutionsjahr 1917 hindurch – so wie zuvor während der Revolution von 1905 – die zielstrebige, spontane Aktivität der Massen von sich selbst organisierenden Arbeitern, Soldaten und Bauern von Anfang an über die radikalsten Vorschläge der Berufsrevolutionäre, einschließlich der Bolschewiki, hinausging. Die Massen, die im Februar 1917 den Zarismus wegfeigten, waren in einem solchen Maß anonym, daß nicht einmal die Namen ihrer Führer überliefert sind. Außerdem waren es im Februar die Arbeiter und Soldaten, nicht die Bolschewiki, die sich an ihr eigenes, selbstgeschaffenes Experiment in direkter Demokratie, nämlich die Sowjets von 1905, erinnerten und unmittelbar neue Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte gründeten, um sie der hastig gebildeten Provisorischen Regierung in einer faktischen Doppelherrschaft gegenüberzustellen.

Seit Juli 1917 waren die Massen in den großen Städten bereit zum Aufstand und forderten »Alle Macht den Sowjets!«. Die Bolschewiki, die die Juli-Bewegung für verfrüht hielten, nutzten ihren Einfluß, um sie zu mäßigen. Im September nahm der reaktionäre General Kornilow mit offensichtlicher Unterstützung der Provisorischen Regierung Kurs auf einen Militärputsch. Die Bolschewiki waren in der Illegalität und befürchteten ein Blutbad. Erneut unterschätzten sie die Massenbewegung: Kornilows Truppen liefen auseinander, sobald Agitatoren der Arbeiter Kontakt mit ihnen aufnahmen. Die Diener der Autokratie sahen die Revolution kommen, aber sie hatten keine Macht, sie zu verhindern. Für Serge war die einzige Frage für revolutionäre Parteien, ob man teilnehmen sollte oder nicht. Die gemäßigten Sozialisten, Menschewiki und Rechte Sozialrevolutionäre (SR) entschieden sich für Nicht-Teilnahme. Lenin und Trotzki, die seit Beginn der Revolution sahen, daß nur eine Sowjet-Regierung die Forderungen der Massen nach Brot, Frieden und Land befriedigen konnte, warfen sich in die Organisation des Aufstandes.

Am Tag nach dem Sturm auf das Winter-Palais verabschiedete die Sowjet-Regierung ihre ersten großen Dekrete, die über Nacht von Lenin entworfen worden waren. Diese Edikte ordneten die Übergabe des großen Landbesitzes des Adels und der Kirche an die Bauern an und erklärten den sofortigen Friedensschluß ohne Annexionen und Reparationen. Die Bolschewiki vollstreckten so den klaren Auftrag des Volkswillens und gewannen die nachhaltige Unterstützung der Massen – eine Unterstützung, die schwankte, aber auch während der Härten des Bürgerkriegs nie verschwand. Mit der Aufhebung des Grundbesitzes schufen die Bolschewiki eine Verfassungsbasis für die spontane Boden-Enteignung durch die Bauernmassen selbst. Lenin setzte mit seinem Dekret jenes Programm in die Tat um, das die ungeheuer populä-

re, von den Bauern gestützte Sozial-Revolutionäre Partei verabschiedet hatte, dessen Verwirklichung durch die Provisorische Regierung sie aber verweigerte. In ähnlicher Weise waren die Bolschewiki jene Partei, die erkannte, daß die Millionen grau-uniformierter Mushiks nach drei Jahren geduldig ertragenen Leidens nicht länger bereit waren, für die Kontrolle über Konstantinopel zu sterben, und die Schützengräben in Scharen Richtung Heimat verließen. Soviel zur Unpopularität der Bolschewiki.

Serges Bericht zeigt außerdem im Hinblick auf die allgemeine Auffassung, bei den Bolschewiki habe es sich um eine monolithische Verschwörerpartei gehandelt, die um jeden Preis und mit jedem Mittel um die Macht kämpfte, daß die Partei tief wegen der Machtfrage gespalten war, daß sie die Debatte darüber offen führte, und daß zwei führende Bolschewiki, Sinowjew und Kamenew, die Disziplin brachen und den Aufstandsplan in der Hoffnung veröffentlichten, daß er zurückgenommen würde. Angeblich soll Lenin auf der »Kunst« des Aufstandes beharrt haben, was in Petrograd bedeutete, einen auf die Minute geplanten, nahezu unblutigen Schlag zu führen. Serge zeigt dagegen, daß es die Sowjets, nicht die Bolschewiki waren, die ihr Instrument schufen, das berühmte »Militär-Politische Komitee«. Darüber hinaus übernahmen in Moskau, wo nicht solche Vorkehrungen vorgenommen worden waren, die reaktionären Kräfte, unterstützt von den gemäßigten Sozialisten, die militärische Initiative und massakrierten hunderte Arbeiter in sechs Tage andauernden blutigen Straßenkämpfen, bevor sie sich ergaben. Die Petrograder Revolution war von Lenin und Trotzki geplant worden, um den Blutzoll so gering wie möglich zu halten.

Eine andere allgemeine Behauptung lautet, daß das unmittelbare Ziel der Bolschewiki war, allein die staatliche Macht zu übernehmen. »Ein anderer Mythos!«, schloß Serge. »In Wirklichkeit fürchteten sie, isoliert zu werden, sobald sie an der Macht wären. Obwohl die gemäßigten Sozialisten – Menschewiki und Rechte Sozial-Revolutionäre – mit der Provisorischen Regierung verbunden waren, bestanden viele bekannte Bolschewiki darauf, sie in eine Koalitionsregierung am Tag nach der Revolution einzubeziehen – trotz deren Vorbedingung, Lenin und Trotzki von einer solchen Regierung auszuschließen.«³ Die Verhandlungen scheiterten, aber von November 1917 bis zum Juli des folgenden Jahres teilten die Linken Sozial-Revolutionäre, eine Bauernpartei, die von idealistischen Intellektuellen geführt wurde, die Macht mit den Bolschewiki. Mehr noch, diese Koalition wurde nicht von den Bolschewiki gebrochen, sondern von den Linken SR selbst, die am 6. Juli 1918 in Moskau einen bewaffneten Aufstandsversuch unternahmen und ihre Absicht verkündeten, »allein zu regieren« mit dem Ziel, den Krieg gegen das imperialistische Deutschland erneut zu eröffnen. Ihre Proklamation, die an jenem Tag per Funk verbreitet wurde, war die erste Erklärung einer Partei, allein regieren zu wollen! Sie erlitten jedoch eine Niederlage und die Macht verblieb allein bei den Bolschewiki. »Von diesem Zeitpunkt an,« schlußfolgerte Serge, »wuchs ihre Verantwortung und ihre Mentalität änderte sich.«⁴

3 Vgl. Robert Vincent Daniels: Das Gewissen der Revolution (engl.), Harvard und Oxford 1960, S. 63ff.

4 Victor Serge: Dreißig Jahre..., a.a.O.

Für Serge war die zunehmend autoritäre Struktur des russischen Staates, der im Juli 1918 eine bolschewistische Diktatur wurde, das unvermeidliche Ergebnis imperialistischer Einkreisung. Diese These klingt heute hohl, nachdem das Argument der »imperialistischen Einkreisung« von Stalinisten und ihren Apologeten bis zum Ekel wiederholt wurde, um jedes Verbrechen eines totalitären Regimes für mehr als ein halbes Jahrhundert zu rechtfertigen. Serge, der sein Leben dem Kampf gegen dieses Regime widmete, ist eine Herausforderung, den eigenen Verstand zu schärfen, sich in die Realität von Juli-August 1918 hineinzuversetzen und selbst über die Tatsachen zu urteilen.

Er legt zunächst eine Landkarte vor. Alles, was von dem einst riesigen Zarenreich noch unter Kontrolle der Sowjet-Republik blieb, war ein Gebiet, das ungefähr das alte Großherzogtum Moskau umfaßte. Nachdem die Deutschen die Friedensverhandlungen abgebrochen hatten, führten sie einen fürchterlichen Schlag gegen Rußland, dessen Armee aus kriegsmüden Bauern weggeschmolzen war, und die Truppen des Kaisers okkupierten nun die gesamte Ukraine, den größten Teil von Weißrußland und die baltischen Staaten. Jenseits der finnischen Grenze stand eine finnisch-deutsche Armee, die Petrograd von Westen her bedrohte.

Dann entschieden die Alliierten, gegen die Sowjets zu intervenieren, angeblich, weil diese »pro-deutsch« waren. Serge schlußfolgerte, daß alle bourgeoisen Regierungen in Wirklichkeit die Idee einer Arbeiter- und Bauern-Republik hatten, und zwar in einem solchen Maß, daß Engländer, Amerikaner und Franzosen sich stillschweigend mit ihren österreichisch-deutschen Feinden verbündeten, um das Rote Rußland zu zerstückeln. Auf diese Weise besiegelten die rivalisierenden Imperialisten ihre »monströse Allianz« genau in dem Moment, da die Deutschen sich in der entscheidenden Schlacht entlang von Somme und Marne in Richtung Paris bewegten. Die Franzosen und Briten besetzten auf einer Frontlänge von 900 Meilen von Murmansk bis hinter Archangelsk die russische Nordküste. Im Einzugsgebiet der Wolga und entlang der gesamten transsibirischen Eisenbahn erhoben sich gut bewaffnete tschechoslowakische Regimenter, zusammengestellt aus ehemaligen Kriegsgefangenen und von den Alliierten für den Kampf in Frankreich vorgesehen, gegen die Sowjet-Republik mit Unterstützung durch Franzosen und Briten, die auch in Baku einmarschierten und die sowjetische Ölversorgung unterbrachen. Im Süden wurde die Einkreisung vervollständigt durch Kosakenarmeen und Weiße Konterrevolutionäre, die sowohl von den Deutschen wie von den Alliierten finanziert wurden, während gleichzeitig die Japaner vollauf damit beschäftigt waren, Wladivostok im Fernen Osten anzugreifen.

Diese militärischen Okkupationen waren überall von Massenerschießungen unter den Arbeitern begleitet. Von Anfang an war der Weiße Terror wesentlich grausamer und verbreiteter als der Rote Terror, weil – wie Serge zeigte – die Roten lediglich eine relativ kleine Schicht von Regierungsbeamten und Grundbesitzern unterdrücken mußten, während die Weißen sich einer riesigen Anzahl aufständischer Arbeiter und Bauern gegenübersehen und die ka-

pitalistische »Ordnung« nur durch Blutbäder in einer Größenordnung, die mit denen während der Pariser Commune vergleichbar war, wiedererrichten konnten. Ein Beispiel: 1917 begnadigten die Sowjets nach ihrem Sieg die geschlagenen Reaktionäre und ließen Offiziere wie General Krasnow auf Ehrenwort, nichts gegen die Republik zu unternehmen, frei; jetzt verwüstete Krasnow das Dongebiet mit Feuer und Schwert und ließ die Arbeiter abschlachten.

Wenn die Bürger der umkämpften Sowjet-Republik irgendeinen Zweifel über das Schicksal hatten, das sie im Fall der Niederlage erwartete, genügte ein Blick in das benachbarte demokratische Finnland, wo eine gemäßigte sozialistische Regierung, die auf Grund allgemeiner Wahlen 1917 an die Macht gekommen war, durch die vereinten Streitkräfte des Kaisers und die von Deutschland unterstützten reaktionären Generale beseitigt worden war. Serge schätzte, daß danach mehr als 100 000 Finnen bzw. ein Viertel der Arbeiterklasse Opfer des Weißen Terrors wurden, erschossen oder zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Diese Exekutionen waren im Juli 1918 noch in Gang. Serge schloß daraus, daß »eine geschlagene Revolution – gleich welcher politischen Färbung – die Arbeiterklasse stets mehr kosten wird als eine siegreiche Revolution, welche Opfer und Härten sie auch immer fordert.«⁵

Auch innerhalb des von den Sowjets kontrollierten Gebietes war die Situation nahezu unerträglich. Hungersnöte, die sich seit 1916 ausgebreitet hatten, schufen eine verzweifelte Lage, nachdem der ukrainische Brotkorb in deutsche Hand gefallen war. In Petrograd wurde die Ration für Arbeiter der höchsten Kategorie (harte körperliche Arbeit) auf 200 Gramm Brot jeden zweiten Tag reduziert. Hinzu kam, daß die reicheren Bauern, deren soziale Nöte durch Lenins Dekret über den Boden gelöst waren, sich nun weigerten, ihre Überschüsse in die Städte für Inflationsgeld zu verkaufen. Gegen die Versuche des Staates zur Requirierung der Überschüsse erhoben sie sich in einer bewaffneten Rebellion. In den Dörfern tobte der Bürgerkrieg.

In den Städten wurde der Versuch der Sowjets zu regieren durch weit verbreiteten Boykott und durch Sabotage im öffentlichen Dienst und in der Verwaltung jedes privaten und jedes staatlichen Unternehmens unterlaufen. Die Feindschaft der Intellektuellen und der Mittelklassen führte zur Organisierung einer faktischen Verschwörung unter der Führung der demokratischen und der gemäßigt sozialistischen Parteien, die Unterstützung von den reaktionären Generälen und den ausländischen Besatzern annahmen. Diese interne Konterrevolution ging im Sommer 1918 zur Offensive über, indem sie »demokratische« Regierungen auf den Spitzen der tschechischen Bajonette installierte, die Bauern zum Aufstand ermunterte und die hungernden Arbeiter der nur zur Hälfte produzierenden Fabriken, von denen viele bereits enttäuscht und demoralisiert waren, zum Streik aufrief.

Im Juli 1918 versuchten, wie gesagt, die Linken Sozial-Revolutionäre, die Macht zu ergreifen. Ihre Verschwörung durchdrang auch die Tscheka, deren Autorität sie nutzten, um bolschewistische Führer zu verhaften. Ende August schließlich setzten die

5 Victor Serge: Das Jahr I der russischen Revolution (frz.), a.a.O., Bd. 1, S. 210ff. Original-Ausgabe Paris 1930. Übersetzt von Peter Sedgwick als »Year One of the Russian Revolution« 1972, Reprint mit einem Vorwort von Paul Foot, New York 1992.

6 Victor Serge: Das Jahr I der russischen Revolution (frz.), a.a.O., Bd. 1, S. 98.

7 Zitiert von Peter Sedgwick, der auf diesen Unterschied zwischen Serge und Trotzki in der Einleitung zu seiner Übersetzung von »Das Jahr I der russischen Revolution« hinweist. Original-Quelle: Leon Trotzki: Stalinismus und Bolschewismus (engl.), Bombay 1952, S. 17f.

8 Vgl. Victor Serge: Das Jahr I der russischen Revolution, a.a.O., Bd. 2, S. 67f.

Mitglieder des Untergrund-Exekutiv (d. h. des Terror-)Komitees der Rechten SR eine Welle von Attentats-Versuchen gegen die bolschewistische Führung in Gang. Lenin wurde schwer verletzt, Urizki ermordet, Trotzki entkam knapp einem Versuch, seinen Zug in die Luft zu sprengen. Serge war überzeugt, daß diese Attacken direkt mit der ausländischen Intervention verbunden waren. Er stützte sich dabei auf die Aussagen seines Schwagers Pierre Pascal, der zu der Zeit Leutnant in der französischen Militärmission in Moskau war, in deren Chiffrierabteilung arbeitete und ein Mann von fragloser Integrität war.⁶

In diesem Kontext, daran erinnert Serge, wurde der Rote Terror im September 1918 ausgelöst. Es waren Bedingungen von Leben oder Tod, unter denen die Bolschewiki zu diktatorischen Maßnahmen griffen, um die »demokratischen« und »sozialistischen« Parteien zu ächten, um eine disziplinierte, zentralisierte Rote Armee zu schaffen, um die widerspenstigen reichen und wohlhabenden Bauern zu zwingen, die hungernden Städte zu ernähren, und um das, was von Rußlands desorganisierter Industrie übrig war, zu nationalisieren. Diktatur in Ermangelung anderer politischer Kräfte: Die Feindschaft der gemäßigten Sozialisten und der politische Selbstmord der Linken SR hatten die Bolschewiki als einzige Partei in der Sowjet-Regierung hinterlassen. Da es keine widerstreitenden Parteien gab, wurden die Entscheidungen, die das bolschewistische Zentralkomitee traf, in den Sowjets nicht länger diskutiert. Die Krise von Juli-August 1918 bedeutete das Ende der Sowjet-Demokratie. Serges Darstellung weicht dabei sowohl von der traditionellen Geschichtsschreibung wie auch von Trotzki ab, der das Machtmonopol der Partei als »die natürliche Form, in der die Diktatur des Proletariats durchgeführt wird«⁷, bezeichnete.

Das Ideal, das Libertäre wie Serge an Sowjet-Rußland angezogen hatte, war Lenins halb-anarchistisches Konzept eines Commune-Staates, der auf der Massen-Initiative von unten beruhte, mit einer bewaffneten Bevölkerung und Funktionären, die direkt dem Volksmandat verantwortlich waren und jederzeit abberufen werden konnten – ein Konzept, das nicht nur in Lenins berühmter Arbeit »Staat und Revolution« aus dem Jahr 1917 niedergeschrieben war, sondern in der Praxis ungezählter Sowjets und Fabrikkomitees verwirklicht wurde unter Losungen wie Lenins »Jede Köchin kann regieren«. Zu der Zeit jedoch, als Serge nach Rußland kam, hatte der Bürgerkrieg die aktivsten Arbeiter an die Fronten oder in die zunehmend zentralisierten Verwaltungen gebracht. Von der enthusiastischen Volksinitiative war nur wenig übriggeblieben.

Im Gegenteil sah sich Serge der abstoßenden Realität einer revolutionären Diktatur gegenüber, die mit einer Stimme sprach, drakonische Maßnahmen durchsetzte und unter verzweifelten Umständen gegen mächtige, unversöhnliche Feinde ums Überleben kämpfte. Anzuerkennen ist, daß Serge diese Wirklichkeit nie leugnete oder sie in eine Doktrin verwandelte. Er akzeptierte sie schlicht als Notwendigkeit, die durch den Bürgerkrieg hervorgerichtet worden war.⁸

Zu Serges Lebzeiten war es ebenso üblich wie heute, diese objektiven historischen Faktoren zu ignorieren, die – aus Serges

Sicht – jede regierende Partei zu diktatorischen Maßnahmen gezwungen hätten, und die Entartung der Sowjet-Revolution in eine bolschewistische Diktatur (und dann in den stalinistischen Totalitarismus) auf psychologische und ideologische Faktoren zurückzuführen: Ursache war danach der angeblich undemokratische, unbarmherzige, verschwörerische, proto-totalitäre Charakter der bolschewistischen Partei (oder sogar des Marxismus selbst). »Sachkundige ebenso wie ignorante Schriftsteller berufen sich gern in dieser Beziehung auf den ›Amoralismus‹ Lenins, auf seinen ›proletarischen Jakobinismus‹,« beobachtete Serge. »Ein Hinweis auf Dostojewskis Schlüsselroman ›Die Dämonen‹ und der Schreiber ist der Überzeugung, daß er den Gegenstand geklärt hat – den er in Wirklichkeit verunklärt hat.«⁹

Weit davon entfernt, diese Tendenzen zu ignorieren, hatte Serge stets eine zutiefst zwiespältige Haltung gegenüber dem bolschewistischen Autoritarismus. Auf der einen Seite weigerte er sich, den Bolschewiki Organisationsmerkmale vorzuwerfen, die in jeder anderen sozialdemokratischen Partei der Zeit üblich waren. Er verwies darauf, daß sich alle revolutionären Parteien unter dem zaristischen Polizei-Staat entwickelt hatten, was notwendigerweise Illegalität bedeutete sowie die Bildung verschwörerischer, zentralisierter, auf Berufsrevolutionäre gestützter Gruppen. Sie alle waren wie Proto-Staaten strukturiert und alle nahmen diktatorische Züge an, wo sie an die Macht kamen – von den SR in der Kerenski-Regierung über die Menschewiki in Georgien bis hin zu Machnos Schwarzer Armee in der Ukraine. (Serge betrachtete linke Menschewiki wie Dan als glückliche Ausnahmen von dieser Regel.) So hatte die bolschewistische Regierung die bürgerliche Presse nach dem Oktober 1917 unterdrückt so wie natürlich die Kerenski-Regierung die monarchistischen Zeitungen nach dem Februar unterdrückt hatte – beide aus triftigeren Gründen als sie Woodrow Wilson hatte, als er die sozialistische Presse in den USA von 1917-19 verbot; in Rußland verlangte die Opposition offen die gewaltsame Beseitigung gerade flügge werdender Regierungen.

Hinzu kommt, daß die elitären Organisations-Prinzipien, die wir als »Leninismus« kennenlernten, niedergelegt in Lenins Schrift aus dem Jahr 1902 »Was tun?«, zu einem großen Teil von Karl Kautsky stammen, dem führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, die selbst zentralistisch, diszipliniert und autoritär in ihrer Struktur war. Tatsächlich entwickelte sich Lenins Praxis nach 1905 und besonders im Verlauf des Jahres 1917 in eine weit flexiblere und libertäre Richtung. Lenins Modell einer Parteioorganisation aus dem Jahr 1906 erforderte demokratische Wahl zu allen wichtigen Komitees und Abstimmungen zu wichtigen Fragen. Richtig ist, daß von Minderheiten erwartet wurde, Disziplin zu wahren und zu Mehrheitsentscheidungen bis zur nächsten Abstimmung zu stehen. Das war der Ursprung der Redewendung »demokratischer Zentralismus«, (später in höchstem Maß von Stalin mißbraucht) die zu jener Zeit für die Menschewiki in gleicher Weise akzeptabel war.¹⁰

Serge war außerdem tief beeindruckt vom demokratischen Ethos und vom heroischen Idealismus der Bolschewiki. Weit da-

9 Jorge Sempruns Roman aus dem Jahr 1987

»Netchaiev est de retour« ist eine überzeugende zeitgenössische Bestätigung der Beobachtung Serges von 1947 in »Dreißig Jahre nach der russischen Revolution«.

10 Vgl. Peter Sedgwicks brillante »Einleitung des Herausgebers« zu seiner Übersetzung von »Das Jahr I der russischen Revolution« zur Ausarbeitung dieses Punktes.

von entfernt, einheitlich zu handeln diskutierte die Partei offen und in scharfer Form die schwierigsten Fragen – von der Machtübernahme bis zum Friedensschluß mit Deutschland. Die Schlußabstimmungen zu beiden Fragen wurden von kleinen Mehrheiten ohne Furcht und Zwang entschieden. Niemand zögerte, sich mit Lenin auseinanderzusetzen, der innerhalb des Zentralkomitees oft in der Minderheit war. »Diese disziplinierte Partei beachtete noch in diesen tödlichen Stunden die Normen der inneren Demokratie, ohne sich in ein fetischistisches Verständnis von Demokratie verwickeln zu lassen«, notierte Serge.¹¹

11 Victor Serge: Das Jahr I..., Bd. 1, S. 197.

Auch während des Bürgerkrieges war Serge von der »moralischen Gesundheit« der Partei beeindruckt, die er in ihrer völligen Offenheit gegenüber den Massen und der Hingabe ihrer 250 000 Mitglieder, die »von der Geschichte selbst ausgewählt worden waren«, belegt fand. Jedes Mitglied hatte eine Vielzahl von Pflichten zu befolgen: Gestern Agitation unter den Soldaten an der Front, heute Leitung einer Fabrik, morgen in der Tscheka bei der Niederschlagung konterrevolutionärer Verschwörungen. Serge bewunderte sie wegen der gleichen idealistischen Hingabe an eine historische Mission, wie er sie bei ihren Vorläufern, Nikolai Kibalschitsch und den Narodniki bewundert hatte.

Serge selbst zählte zu den ehemaligen Anarchisten, die zur Partei stießen. Während der Libertäre in Serge davon enttäuscht war, keine Massenversammlungen vorzufinden, in denen der Zusammenprall widerstreitender Ideen im umkämpften Rußland des Januar 1917 aufschäumte, war der individualistische Anarchist in ihm vielleicht gefangengenommen von der Energie dieser heroischen kommunistischen Minderheit »neuer Menschen«, die darauf vorbereitet waren, ihn in ihre Reihen aufzunehmen. Die Partei wurde offensichtlich nicht mehr von einer Woge des Massenenthusiasmus fortgezogen wie im Jahr 1917, aber in den kritischen Momenten des Bürgerkriegs sammelten sich die Massen, wenn auch widerstrebend, um sie. Jetzt sah Serge seine Rolle als »Hirn und Nervensystem« der Revolution, im Anspornen und sogar zeitweilig im Zwingen der Massen in deren eigenem Interesse: »Sie (die Partei) sichert die Vorherrschaft des bewußten Elements über die rückständigen Schichten innerhalb der Arbeiterklasse, den Sieg der Intelligenz und der höheren Instinkte über fremde Einflüsse, überkommene Laster und die niedrigeren Instinkte.«¹²

12 Victor Serge: Das Jahr I..., Bd. 2, S. 61.

Serges Bewunderung für die Führer der Revolution war grenzenlos und seine Schriften sind voll von Bildern der Schlichtheit Lenins, seines umfassenden Verständnisses der Realität, der Energie Trozki und seines organisatorischen Genies. Er bezweifelte, daß die Revolution erfolgreich gewesen wäre, wenn beide ermordet worden wären und verwies auf das Beispiel der deutschen Revolution, die sich niemals von der Ermordung ihrer zwei großen Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, erholte. Seine Haltung verriet eine interessante Synthese von Klassenanalyse und der Geschichtsauffassung von »Großen Männern«, von Marx und Nietzsche.

Serge sah allerdings auch die negativen Seiten dieser Eigenschaften: »Die absolute Überzeugung von ihrer (der Partei) erha-

benen Mission sichert ihr eine moralische Energie, die in ihrer Intensität erstaunlich ist – und gleichzeitig eine intolerante Mentalität.«¹³ Später, nach der Unterdrückung der Revolte von Kronstadt 1921, war Serge gezwungen wahrzunehmen, daß aus dieser Intoleranz eine allgemeine Gefahr von Totalitarismus herauswuchs. Serges tiefste Vorbehalte gegenüber der bolschewistischen Diktatur während der heroischen Jahre des Bürgerkriegs hatten jedoch mit dem Roten Terror zu tun. Er war nicht so sehr verstört durch dessen Grausamkeit, die er – wie wir sahen – als notwendig und unvermeidlich betrachtete, als vielmehr durch die Methoden seines Instruments, der Tscheka.

Die Tscheka, so mußte Serge zu seinem Entsetzen begreifen, hatte die Macht, Angeklagte, häufig lediglich Verdächtige, zu verurteilen, ohne sie anzuhören oder auch nur zu sehen, d. h. ohne ihnen auch nur die geringste Chance von Verteidigung einzuräumen. Sie bestimmte über Verhaftungen im geheimen und verfuhr auch bei Exekutionen in derselben Weise. Serge war in der Lage, einzuschreiten und in Einzelfällen einige ihrer Opfer zu retten, da er sich selbst bald in der Nähe hochgestellter Bolschewiki fand, die – neben anderen Funktionen – auch in der Tscheka dienten. Er fand auch selbstlose Hingabe unter diesen Wachhunden der Revolution. Die Tscheka zögerte nicht, die eigenen Mitglieder zu exekutieren, die sich geirrt hatten.

Möglicherweise kam Serge zu dem Schluß, daß die Schaffung dieser Inquisition der größte Fehler war, den die Bolschewiki begangen hatten, obwohl er ihr in allen seinen Schriften vor Verlassen der Sowjet-Union unkritisch gegenüberstand. Letztlich war seine Auffassung, daß das Zentralkomitee – ungeachtet der Zwänge des Bürgerkriegs – andere Alternativen zur revolutionären Selbst-Verteidigung hatte wie etwa Revolutionstribunale, vor denen Angeklagte wenigstens ihren Anklägern gegenübergestellt werden und sich selbst öffentlich verteidigen konnten. In seinen »Erinnerungen« ging Serge so weit, psychologische Faktoren anzunehmen, die diesem verhängnisvollen Irrtum zu Grunde lagen, darunter eine unter der zaristischen Unterdrückung gezüchtete autoritäre Einstellung, die Intoleranz von Marxisten, die von der Richtigkeit ihrer Weltsicht überzeugt waren und bloßer Panik. In »Dreißig Jahre nach der Russischen Revolution«, seiner letzten Bilanz bezeichnete er diesen Irrtum als »unbegreiflich, weil bewußt« und schloß: »Irrtum und Schuld sind offenkundig; die Konsequenzen waren entsetzlich, da die GPU, d.h. die Tscheka, unter einem neuen Namen noch mächtiger wurde und schließlich die gesamte revolutionäre Generation der Bolschewiki auslöschte.«¹⁴

Schlußfolgerungen dieser Art machten aus Serge jedoch keinen historischen Fatalisten, der meinte, daß der Leninismus direkt in den Stalinismus geführt hatte. In dieser Beziehung opponierte er dem konservativen Dogma, daß alle Revolutionen notwendigerweise in Tyrannei entarten. Serge unterschied sich auch von Trotzki und dessen Nachfolgern, die insistierten, der Stalinismus sei die »direkte Negation« des Bolschewismus, und sich weigerten, die Konsequenzen auch nur eines Fehlers der Bolschewiki in Betracht zu nehmen. Auf jeden Fall war die bolschewistische Re-

13 Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs (1901-1941) (frz.), Paris, überarbeitete Ausgabe 1978.

14 Victor Serge: Dreißig Jahre nach der russischen Revolution, a.a.O.

volution 1919 noch sehr lebendig und Serge hatte – trotz seiner Zwiespältigkeit angesichts ihrer autoritären Tendenzen – einen klaren, zwingenden Grund, sich ihr anzuschließen: die Aussicht auf eine Weltrevolution. Staatenlos von Geburt an, heimgesucht von der Vorstellung einer Welt ohne Alternative, kam er aus einer fünfjährigen Haft, von einem fehlgeschlagenen Revolutionsversuch, aus fast zweijähriger Internierung und hatte ein Europa durchquert, dessen bankrotte Zivilisation durch Verdun repräsentiert wurde, durch die sinnlose Vernichtung von Millionen junger Leben, durch die mutwillige Zerstörung von Städten, Bibliotheken und Kathedralen. Überall riefen die Menschen nach einer neuen Weltordnung, die auf Frieden und Gerechtigkeit gegründet sein sollte. Was die Bolschewiki von den übrigen unterschied, war, daß sie ihre Worte mit ihren Taten in Übereinstimmung brachten und ihr Leben für diese Vision aufs Spiel setzten.

Der Waffenstillstand von November 1918 hatte unmittelbar Revolutionen in den Mittelmächten ausgelöst. Die zurückkehrenden Truppen verbrüderten sich mit den rebellierenden Arbeitern, in Österreich, Ungarn, Bulgarien und Deutschland kämpften Räte um die Hegemonie – genau zu dem Zeitpunkt, da Serge in Rußland ankam. Sogar unter den siegreichen Alliierten gab es eine Furcht vor der Demobilisierung, die Millionen verbitterter, kriegsmüder Männer arbeitslos machen würde. Tatsächlich sollte das Jahr 1919 einige Ereignisse von großer Bedeutung bringen: die Räterepublik in Bayern, die proletarische Diktatur in Ungarn, die Krise in Italien, die Meutereien in der französischen Flotte, die in das Schwarze Meer gegen die Sowjets gesandt worden war. Revolutionäre wie Victor Serge hatten genügend Gründe anzunehmen, daß die Weltrevolution begonnen hatte, und politische Entscheidungen aus dieser Perspektive zu treffen.

Es gab nur ein Problem: Sie irrten sich. Dieser Irrtum war vielleicht der schwerwiegendste und folgenreichste, der jemals von Menschen gemacht wurde, die bewußt versuchten, den Gang der Geschichte zu beeinflussen, wie Serge später schrieb. Denn nach der Niederlage der europäischen revolutionären Bewegung der Jahre 1919-23 blieb das revolutionäre Rußland isoliert, zog sich auf sich selbst zurück und alle seine negativen Seiten – Armut, Analphabetentum, industrielle Rückständigkeit, bürokratische autoritäre Traditionen, der ökonomische Konflikt zwischen Stadt und Land, die Diktatur einer einzelnen Partei mit einer Belagerungsmentalität – wurden vorherrschend.

In jeder geschlossenen Mangel-Volkswirtschaft bedienen sich jene, die über die Ressourcen verfügen, unvermeidlich zuerst. Sehr bald schlossen sich Opportunisten und Karrieristen der herrschenden Kommunistischen Partei an und am Ende der 20er Jahre hatten diese arroganten und privilegierten Bürokraten ihre Hegemonie über die Nation als »Sozialismus in einem Land« heiliggesprochen, eine verschleiernde Phrase, die ihren endgültigen Bruch mit dem grundsätzlichen Internationalismus von Marx, Lenin und Trotzki signalisierte.

Der Zynismus und die Brutalität der stalinistischen Bürokratie war ebenso grausam wie ihre Legitimation dünn war. Sie ermor-

dete Millionen Menschen. Die stalinistische Planwirtschaft jedoch – wie roh und gewalttätig sie auch war – verwandelte erfolgreich die rückständige Sowjet-Union mit einer solchen Geschwindigkeit in die zweitgrößte Industriemacht der Welt, daß die Panzer der Roten Armee 1945 das industrielle Joch Nazi-Deutschlands zu brechen vermochten und Rußland in ein 40jähriges Wettrüsten mit den reichen USA eintreten konnte.

Auf der anderen Seite hatte Serge seit langem das bürokratische Terror-Regime als historisch nicht lebensfähig betrachtet. Wie er vorhersagte, untergrub das Fehlen wesentlicher sozialistischer Elemente von demokratischer Partizipation und intellektueller Freiheit auf lange Sicht die Errungenschaften der Planwirtschaft und deren Effizienz sank auf einen Punkt ab, auf dem auch Glasnost und Perestrojka das System nicht mehr erneuern konnten.

Das Chaos von ideologischer Konfusion und verdorbenen Werten, das Serge am Ende seines Lebens sah, ist in unserer poststalinistischen Welt beherrschend geworden. Er beschrieb es 1947 so: »Der Grad, bis zu welchem das stalinistische Regime den unterdrückten Massen Schrecken und Widerwillen vor dem Sozialismus eingepreßt hat, ist unberechenbar. In Rußland sind mächtige Kräfte der Reaktion zu erwarten und noch mehr unter den nicht-russischen Völkern – vor allem unter den zentralasiatischen Moslems, unter denen sich seit vielen Jahren pan-islamische Vorstellungen verbreitet haben.«

Allerdings: Die historische Chance des Oktober 1917 nicht genutzt zu haben, wäre ein Verrat am gesamten Ziel der revolutionären Bewegung selbst gewesen und an dem klaren Mandat der russischen Massen. Was sollten die Bolschewiki tun? Den Ludendorffs, den Hindenburg, den Krasnow und Kornilow erlauben, die russischen Arbeiter in Wiederholung der Pariser Commune abzuschlachten? Die Sehnsucht ihrer deutschen Klassenbrüder in den Fabriken und in der Armee verraten, der vielen sozialdemokratischen Arbeiter in Uniform, die gezeigt hatten, wie schnell sie sich mit den revolutionären russischen Truppen verbrüdeten und sogar die Seiten wechselten und an ihrer Seite kämpften?

Fragen dieser Art bezeichnen das Dilemma von Menschen, die versuchen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen angesichts einer Zukunft, deren Verlauf sie nicht kennen können. Dies ist der Stoff einer Tragödie, deren wesentliche Eigenschaft – Ironie – in der Tatsache besteht, daß wir, die nach dem Ereignis leben, schmerzlich die drohende Katastrophe kennen, von der die Helden nichts ahnen.

Alle späten Schriften von Serge sind in diese tragische Ironie eingetaucht. Sowohl seine Romane wie seine historisch-politischen Essays sind der Aufgabe gewidmet, die Revolutionäre der Jahre 1917-21 zu würdigen, die Bedeutung ihres Handelns und dessen katastrophale Konsequenzen. Serge war ein politischer Zeitzeuge und sein Ehrgeiz war es, einer zukünftigen Generation eine Art von Ariadne-Faden zu übergeben, der uns rückwärts in das Labyrinth der Geschichte führt und gleichzeitig wieder den Weg nach draußen zeigt.

WINFRIED WOLF

Zum Tod

Ernest Mandels (1923-1995)

Winfried Wolf – Jg. 1949,
Dr., Mitglied des Deutschen
Bundestages.

1 Frankfurter Rundschau,
22. Juli 1995.

Am 20. Juli starb Ernest Mandel im Alter von 72 Jahren. Er sei ein »Dorn im Auge aller Dogmatiker« gewesen, schrieb Karl Grobe in der Frankfurter Rundschau, »denn zu allem Überfluß war er dreifach stigmatisiert: Jude, Kommunist und dann noch einer von der trotzkistischen Sorte«¹.

Ernest Mandel prägte diejenigen jungen Menschen der »68er«, welche sich als revolutionär und als antistalinistisch verstanden. Zusammen mit Herbert Marcuse und Wolfgang Abendrot zählte er zu den wenigen einflußreichen »älteren« Menschen, die positiv, also undogmatisch, auf den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), die Außerparlamentarische Opposition (APO) und damit auf die Revolte der Jugendlichen und Studierenden Einfluß nahmen.

Der führende Kopf des SDS, Rudi Dutschke, zählte zu seinen Freunden; mit einem seiner ersten politischen Auftritte nach seiner teilweisen Genesung verteidigte Dutschke 1972 Ernest Mandel, als gegen diesen durch den damaligen Innenminister Genscher ein Einreiseverbot verhängt worden war.

Einen vergleichbaren Einfluß hatte Ernest Mandel in den meisten Ländern Westeuropas, in Nordamerika, in einigen Ländern Osteuropas und in der Dritten Welt. Der damalige polnische Studentenführer Jacek Kuron, Mitverfasser des Buches *Monopolsozialismus*, heute Präsidentschaftskandidat, war in seiner revolutionären Phase ebenso zeitweilig mit Ernest Mandel befreundet wie dies zu Mandels Tod Hugo Blanco, der ehemalige peruanische Bauernführer – bis vor der Errichtung der Diktatur unter Fujimori Senator in Lima – war.

Die erste politökonomische Debatte, die ich mit großem Gewinn in mich aufzog, war diejenige zwischen Che Guevara, Paul Baran und Ernest Mandel über die wirtschaftlichen Perspektiven der kubanischen Revolution, bei der sich mir der grüne Umschlag des *Kursbuchs* ebenso einprägte wie das gemeinsame Beharren von Guevara und Mandel, auch in Sachen Ökonomie sei an das *politische Bewußtsein* der Menschen zu appellieren.

Meine persönliche Bekanntschaft und spätere Freundschaft mit Ernest Mandel datiert auf die Jahre 1971/72. Mandel hatte eine Gastprofessur an der Freien Universität Berlin. Seine Vorlesungen zur Theorie des Spätkapitalismus und seine Seminare zur Analyse der »Übergangsgesellschaft« – der bürokratischen Staatswirtschaftsländer – waren brechend voll. Geboten wurde Marxismus

vom Feinsten: undogmatisch – Marx in erster Linie als kritische Theorie verstehend; dialektisch – die Wirklichkeit in ihrer ungeschminkten Widersprüchlichkeit schildernd; engagiert – die Zuhörenden zum emanzipierten und emanzipatorischen Handeln auffordernd.

Die Botschaft ward nicht nur bei den Studis verstanden. Anfang des darauffolgenden Semesters – Mandel war soeben von der FU zum ordentlichen Professor berufen worden, Wissenschaftssenator Stein (SPD) hatte den Ruf, politisch begründet, abgelehnt – verhängte der damalige Innenminister Dietrich Genscher ein Einreiseverbot gegen Ernest Mandel und folgte damit vergleichbaren Schritten, die kurz zuvor die US-amerikanische, die Schweizer und eine Reihe osteuropäischer Regierungen ergriffen hatten.

In der Fragestunde des Deutschen Bundestages verteidigte Genscher den Schritt mit dem Verweis, daß der »Revolutionär Mandel« auszog zur »Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats«; im übrigen sei er »einer der Hintermänner« der Pariser Mai-Unruhen von 1968 und benutze »in konspirativer Weise Decknamen«.

Herbert Wehner gab sich als radikaler Demokrat: »Der Bundesinnenminister hat eine Art Steckbrief zu Mandel vorgetragen, mit Begriffen, die ich nur aus dem Dritten Reich kenne.«

Dabei war Wehners Partei die führende Regierungspartei; der Kanzler hieß Willy Brandt und ließ mit diesem Einreiseverbot – fast gleichzeitig kam es zu den Berufsverboten – »mehr Demokratie wagen«. Bis Anfang der achtziger Jahre durfte Mandel, belgischer Staatsbürger jüdischer Herkunft, mit einer Deutschen verheiratet, die Bundesrepublik Deutschland nicht betreten. Resolutionen des PEN-Clubs nutzten ebensowenig wie der Appell des CSU-Kreisgeschäftsführers aus Crailsheim, ein angeheirateter Verwandter, Mandel doch wenigstens für eine private Familienfeier und beschränkt auf einen Tag einreisen zu lassen.

In diesem Zusammenhang ist mir eine – aus heutiger Sicht groteske – Szene in Erinnerung: Als der *Spiegel* mit Ernest Mandel 1972 ein Gespräch führte und ihm dabei die Frage stellte, ob er als möglicher zukünftiger Beamter auf dem Boden des Grundgesetzes stehe, antwortete dieser, daß er die unveränderbaren Bestandteile dieser Verfassung, so die Gewaltenteilung, bejahe.² Das war für viele seiner Anhängerinnen und Anhänger, so für die Mitglieder der deutschen Sektion der IV. Internationale, der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), der ich angehörte, der Zugeständnisse zuviel. Dasselbe *Spiegel*-Gespräch war dann für den Prager Rundfunk Anlaß, über die Schädlichkeit des Trotzismus im allgemeinen und, mit antisemitischem Unterton, über den »Meister Mandel«, einen »Bronstein-Trotzki«, herzuführen.

Diejenigen, die über Mandel nach dessen Tod schrieben, zeichneten von ihm in erster Linie das Bild eines marxistischen Ökonomen. Das geht selbst Robert Kurz in seinem zweiseitigen Beitrag in der *Jungen Welt* so, auch wenn dieser diese Seite von Mandels Aktivität am besten ausleuchtet. Am ehesten waren es der Redakteur der *Frankfurter Rundschau*, Grobe, und Joachim Bischof, die Mandel als umfassend politischen Menschen würdigten.³

2 *Der Spiegel*, 1972, Nr. 11.

3 *Junge Welt*, 1. August 1995; *Neues Deutschland*, 24. Juli 1995; *Frankfurter Rundschau*, 22. Juli 1995.

Es sei angemerkt, daß Mandel zu Themen sprach und Texte verfaßte, die ein umfassendes Bild seiner kritischen Theorie wiedergeben. Erwähnt seien die Schriften *Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf*, *Die Bürokratie*, *Friedliche Koexistenz und Weltrevolution*, *Trotzkis Faschismustheorie*, *Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins*, *Die Marx'sche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt* (über die Geschichte des Kolonialismus), *Kritik des Eurokommunismus*, *Der Zweite Weltkrieg* (hier insbesondere das Kapitel zum »Historikerstreit«) und natürlich: *Ein schöner Mord. Sozialgeschichte des Kriminalromans*.

Dennoch ist es zutreffend, Ernest Mandels große Beiträge für die Kritik der politischen Ökonomie, die sich auf der Höhe des real existierenden Spätkapitalismus befand, hervorzuheben. Ernest Mandel präsentierte in seinen zwei Hauptwerken *Marxistische Wirtschaftstheorie* und *Der Spätkapitalismus* und in einer Reihe anderer Schriften, z.B. in *Die langen Wellen im Kapitalismus*⁴ eine marxistische Ökonomie, die vier Kriterien gerecht wurde:

Es handelte sich *erstens* um einen undogmatischen Marxismus. Mandel begriff die Theorie von Marx und Engels in erster Linie als kritische Methode. Er versuchte nicht, die Wirklichkeit in sogenannte marxistische Schemata zu pressen, sondern wandte umgekehrt diese kritische Methode auf die Wirklichkeit an. Neue Erscheinungsformen wie Inflation, der militärisch-industrielle Komplex oder mögliche lange Wellenbewegungen im Kapitalismus wurden so kreativ aufgegriffen. Damit verbunden war, daß Mandel die politische Entwicklung als Resultat der ökonomischen und als Einfluß nehmend auf dieselbe darstellte. Während z.B. Parvus, Kondratieff und Schumpeter, die als erste »Lange Wellen« in der kapitalistischen Wirtschaftsgeschichte analysiert hatten, diesen weitgehend mechanische Wirkung unterstellten, verknüpfte Ernest Mandel dieses Phänomen mit der politischen Geschichte und sprach einer solchen Bewegungsform einen mechanischen Charakter, den üblichen Wirtschaftszyklen gleich, ab.⁵

In Mandels ökonomischer Theorie spielt – *zweitens* – das historische Moment eine große Rolle. Es wird keine Momentaufnahme präsentiert, Wirtschaftsgeschichte ist als solche für das Verständnis der Aktualität von großer Bedeutung. Beeindruckend beispielsweise Ernest Mandels Berechnungen, wonach die Einnahmen der Kolonialmächte aus dem Sklavenhandel und die Gewinne aus dem Gold- und Silberabbau den finanziellen Grundstock für die industrielle Revolution in Westeuropa schufen.⁶

Drittens war Ernest Mandel in der Lage, seine ökonomischen Arbeiten mit einer Flut aktuellen empirischen Materials aus der kapitalistischen Realität zu unterfüttern. Er hob sich damit angenehm ab von einem seminar marxistischen Trend, der sich gerade in Westdeutschland nach dem Auslaufen der außerparlamentarischen Bewegung Anfang der siebziger Jahre abzeichnete und die »deutsche Gründlichkeit«, sich verlierend in Betrachtungen über den Doppelcharakter der Ware, widerspiegelte.

Viertens schließlich transportierte Mandels Kritik der politischen Ökonomie immer auch die – ökonomisch begründbare – Vi-

4 Ernest Mandel: *Traité d'Economie Marxiste*, 1962 (dt. 1968); ders.: *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/Main 1972; ders.: *Die langen Wellen im Kapitalismus*, Frankfurt/Main 1983. Die Popularisierung seiner Schriften, die Mandel mit seinen Arbeiten *Einführung in den Marxismus* und *Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie* vornahm, erlebten beeindruckende Auflagen, letztere Schrift ist allein in deutscher Sprache mehr als 100.000 Mal verkauft worden.

5 Als ich die Lektorierungsarbeit für die Herausgabe von Mandels Buch *Die langen Wellen im Kapitalismus* beendet hatte, sandte Mandel einen seiner – bei seinen Verlagen und Lektoren berüchtigten – »Zusätze«, die Entwicklung des Goldpreises betreffend. Unter den gegebenen Bedingungen waren wir nur in der Lage, dies als eine Anmerkung (35, S. 119) in das Buch aufzunehmen. In diesem Zusatz, geschrieben zu einer Zeit, als der Goldpreis in ungeahnten Höhen taumelte, weicht Mandel von den damals üblichen Überlegungen zum Goldpreis, die sich in Überlegun-

sion einer anderen Gesellschaft und einer anderen Ökonomie. Teilweise war er dabei in der Lage, die Grenzen zu verlassen, die bis dahin auch ein offener Marxismus gezogen hatte. Dies erfolgte z.B. in den zwei Bändchen *Was alles auf uns zukommt*, einem Streitgespräch mit Peter von Oertzen und Rudolf Bahro. Es sei aber nicht verschwiegen, daß Mandel in dieser Hinsicht ein Kind seiner Zeit blieb und wir heute zu neuen Ufern streben müssen, wenn wir den neuen Herausforderungen – Kritik des Patriarchats, Kritik der Wachstums- und Produktivitätsfortschritts-Gläubigkeit – gerecht werden wollen.

Der pakistanisch-britische Studentenfürer von 1968 und heutige Filmproduzent Tariq Ali betonte in seinem Nachruf im britischen »Guardian«, daß Mandel »immer an seine Fähigkeit geglaubt hat, Menschen zu überzeugen«.

Es sei hinzugefügt, daß er insbesondere *junge* Menschen ernst nahm und immer fest davon überzeugt war, diese für die sozialistische Sache gewinnen zu können. Im Sommer 1972 bat mich Ernest Mandel um Kommentare und Kritiken zu seinem Manuskript für das spätere Buch »Der Spätkapitalismus«. Ich war 23 Jahre alt, Student im vierten und Marxist im zweiten Semester. Nachdem ich ein paar Seiten mit – zweifellos unzureichenden – Kommentaren zugesandt hatte, erhielt ich einen Antwortbrief, der eine präzise Frage und zugleich eine Pfadfinderaufgabe enthielt: »Kennst Du irgendwo eine Stelle bei Marx (nicht bei Engels!), wo dieser klipp und klar sagt, die Profitrate sei nicht zu berechnen auf $c+v$, sondern auf $F+Z$, d.h. (auf) die gesamte in fixem Kapital investierte Kapitalmasse... und die reale Masse des zirkulierenden Kapitals?«⁸ Vierzehn Tage später antwortete ich in einem Brief mit dem Verweis: »Steht in »Das Kapital«, Band III, S. 227.« Diese Schrift von Marx konnte ich allerdings damals nicht kennen, ich muß tagelang bei Marx quergelesen haben, um nicht passen zu müssen. Immerhin verdanke ich Ernest Mandel auf diese Weise eine Art Crash-Kurs in Sachen Marx'sches Kapital.

Mit Ernest Mandel starb ein Freund und Genosse, der mich wie kein zweiter politisch und wissenschaftlich prägte. Er war herzlich und konnte die Menschen, die zu kämpfen bereit sind, begeistern – just der Typ von Mensch, den wir in unseren kommenden Kämpfen gegen das »Jeder gegen jeden« und für die Emanzipation so bitter nötig haben.

gen zu Angebot und Nachfrage bzw. in der Knappheit dieses Edelmetalls verloren, ab, und geht auf die sozialen Bedingungen der Goldminenarbeiter, auf das gestiegene Niveau der Arbeitslöhne in den südafrikanischen Minen usw. ein. Dies mündete später in eine kreative gesonderte Arbeit über die soziale Geschichte hinter der Goldpreisentwicklung (m.E. veröffentlicht in der Zeitschrift *Inprekorr*, Paris)

6 Ernest Mandel: *Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt*, in: Folgen einer Theorie. Essays über »Das Kapital«, Frankfurt/Main 1971.

7 Guardian, 22. Juli 1995.

8 Brief von Ernest Mandel, 19. Oktober 1972.

Ben Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Osteuropa-Studien Band 1, Aus dem Englischen von Erna Schön, Decaton Verlag Mainz 1994, 231 S. (45,00 DM)

»Es ist zweifellos zu früh, eine Bilanz dieser traurigen Epoche in der Geschichte dieser Region zu ziehen. Aber man muß einen Versuch machen.« (S. 205) Zum Glück hat sich der britische Historiker F. dieser Herausforderung gestellt und eine der ersten zusammenhängenden Darstellungen der Nachkriegsgeschichte Osteuropas mit dem Wissen um die »Wende« 1989/90 vorgelegt. Ob es wirklich nur eine »traurige Epoche« war, dieser Wertung entzieht sich der Autor wohlweislich. Denn er sucht in Zeiten der radikalen Abwertung des realsozialistischen Alternativversuchs nach Ursachen und Bedingungen für dessen einstigen Aufstieg, aber auch für seinen schließlichen Fall. Zudem versucht F. erfolgreich, nicht von dem kläglichen Ende dieses Gesellschaftsmodells her seine Frühgeschichte zu schreiben, sondern er läßt die letzten gut 40 Jahre kenntnisreich Revue passieren und stellt die Ereignisse in ihre historischen Zusammenhänge. Vorzug des Buches ist zudem die bewußte Zusammenschau der Entwicklung Ostmittel- und Südosteuropas sowie, im Gegensatz zu anderen, die Einbeziehung der DDR.

Eckpunkte der Geschichte Osteuropas sind für F. zwei sehr personale Entscheidungen. »Warum ist Osteuropa überhaupt unter kommunistische Herrschaft gefallen? ... Weil Stalin es so wollte und weil er gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in der Lage war, seinen Willen durchzusetzen.« (S. 12) Mit dem letzten sowjetischen Machthaber im Kreml, Gorbatschow, kam die Einsicht, »daß man die osteuropäischen Regierungen regieren lassen sollte, wie sie wollten und ohne von außen einzugreifen« (S. 184). Allerdings sind mit solchen personalisierten und oft psychologisierten Betrachtungen auch Schwachpunkte der Analyse F.s verbunden, dessen Buch zudem eine bessere Redaktion verdient

hätte (Daten, Funktionen, Schreibweise von Namen) und über dessen einzelne Wertungen sicher zu streiten ist. (Für die DDR beispielsweise: Honecker »mehr als Kapitän eines Teams und weniger ... mächtiger Einzelleiter traditionellen Typs« oder Mittag als »Hauptverfechter« des NÖS (S. 121f).)

F. gelingt es leider zu wenig, die Rolle der Systemauseinandersetzung einzubeziehen. Die latente Furcht Moskaus und seiner Verbündeten vor westlicher Aggression und die damit ebenso latenten Begründungen für die Repressionen und das Durchpeitschen kriegswirtschaftlich wichtiger Steigerungsraten in der Industrie (gerade 1951/52) werden zu wenig berücksichtigt. Gleichzeitig ist damit eine Reduzierung vieler Veränderungen in Osteuropa auf äußeren Druck, nämlich durch die Sowjetunion, zu wenig erfaßt. Denn es erweist sich für eine Analyse Osteuropas als nachteilig, daß nicht die konkrete Geschichte der UdSSR in den Jahren 1944/45 bis 1989/90 umfassend einbezogen werden konnte. Denn viele Kurswechsel, Schwerpunktsetzungen und Fraktionskämpfe in Osteuropa sind vornehmlich vor diesem Moskauer Hintergrund zu erklären.

Schließlich bleiben die inneren Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus noch zu sehr im Dunkeln. Während F. berechtigt die »psychologischen Faktoren« eines inhaltlich zunehmend entleerten Sozialismus und »M/L« herausarbeitet oder den Vormarsch einer mehr und mehr nur auf Karriere bedachten technokratischen neuen Elite an die Macht, bleiben etwa wirtschaftliche Fehlentwicklungen zu vage untersucht. F. sieht die destruktive Wirkung der sich ausbreitenden Schattenwirtschaft als Teil einer »2. Gesellschaft« gegen die offizielle, er erkennt die immer unzureichendere »Effektivität der offiziellen Wirtschaft« als ausschlaggebenden Faktor (S. 187). Der Verweis auf steigende Ölpreise, die Rolle der ostasiatischen »kleinen Tiger« und zu geringe Zuwachsraten reichen aber als Erklärung offenkundig nicht aus. Hier geht es um mehr, um die Rolle eines nicht beherrschten - genauer: ohne Marktmechanismen und ohne Demokratie nicht beherrschbaren - neuen Produktivkraft-Typs.

Diese kritischen Anmerkungen sind weniger ein Vorwurf an F.s wichtige Arbeit, sondern

Ansprüche an unbedingt notwendige weitere Forschungen, für die es großen Bedarf gibt, die aber heute kaum zum Abschluß zu bringen sind. F. hat immerhin versucht, neuere Untersuchungen mit älteren zugänglichen Quellmaterialien und Einschätzungen zu verbinden. Mit neu zu erschließenden Quellen sind sicher noch präzisere Einsichten zu gewinnen und manch alte Legenden zu korrigieren, aber trotzdem scheinen F.s wohlbelegte und -begründete Wertungen vielfach stimmig.

Herauszuheben sind bei F. folgende Erkenntnisse: Erstens läßt er keinen Zweifel, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg einen klaren Linkstrend in Europa gab. »Es bestand die Tendenz, den Kapitalismus für die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und die anschließende Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen, die in Osteuropa besonders hart zugeschlagen hatte.« (S. 71) Insofern sind nicht allein der sowjetische Vormarsch für den Umbruch in Osteuropa verantwortlich, sondern auch aktive kommunistische Parteien, die teilweise erheblichen Masseneinfluß gewinnen konnten (bes. CSR, Jugoslawien). Zweitens zeigt F. eine breite Bewegung besonders der Arbeiterschaft, selbst die Geschicke in der Wirtschaft z. B. über Betriebsräte in die Hand zu nehmen. Hier griffen allerdings schnell zentralistische Mechanismen und konkreter Druck, um das zu verhindern. Genau diese Versuche, selbst über die Produktion zu entscheiden, kehrten in allen Krisen des Realsozialismus zurück, ob 1956, 1968 oder 1980/81. Drittens weist F. in allen osteuropäischen Staaten 1944/47 sehr differenzierte Ansätze für national eigenständige Wege in Richtung Sozialismus nach, oft mit dem Versuch verbunden, über Nationale Fronten breite Teile der Gesellschaft für diesen Weg zu gewinnen. Mit der veränderten internationalen Lage ab 1947 (Truman-Doktrin, Entfernung der Kommunisten aus den Regierungen in Italien und Frankreich, Ablehnung des Marshall-Plans und Schaffung der Kominform) endeten unter Moskauer Druck diese nationalen Wege abrupt. Viertens verfolgt F. die Krisen und Reformversuche in Osteuropa sehr aufmerksam. Besonders der Prager Frühling hatte in seinen Augen eine reale Chance. Aber alle Reformen scheiterten letztlich. »Zu den Gründen für das Mißlingen gehören das politische Hindernis in Gestalt des Widerstandes der herrschenden

Elite, ungünstige ökonomische Bedingungen, durch die die Reformgegner gestärkt wurden, und vor allem die technische Schwierigkeit, vielleicht sogar der Widerspruch, der darin lag, die zentrale Kontrolle der Ökonomie beizubehalten und einen Marktmechanismus einzubauen.« (S. 119) In diesem Zusammenhang ist die Beobachtung bedenkenswert, daß die Arbeiter bei allen Reformversuchen zurückhaltend und oft ablehnend waren, wenn ihr erreichter Lebensstandard durch solche Reformen gefährdet schien. (S. 137, 156, 201) Schließlich ist bemerkenswert, daß F. es für wichtig hält, »auf eine Anzahl von Errungenschaften (zu) verweisen, auf denen ihre Nachfolger gut hätten aufbauen können, wobei es wahrscheinlicher ist, daß sie sie zerstören werden«. Das beträfe Fortschritte in Nationaleinkommen, Lebensstandard, sozialer Gleichheit sowie in Erziehung und Bildung. (S. 205)

Nachdem die prokapitalistischen Illusionen der Niedergangszeit des Realsozialismus angesichts der sozialen Folgen der Transformation in einen Frühkapitalismus für große Teile der Bevölkerung zerstieben, könnte das Rückbesinnen auf einstige soziale Geborgenheit Langzeitwirkung haben. Die neuen Regierungen können »bei ihrem Versuch, zu einer voll privatisierten Marktwirtschaft, einem funktionierenden demokratischen System und einer umfassenden Reintegration der von ihnen regierten Ländern in das globale Weltssystem des Kapitalismus voranzuschreiten, ... durchaus einige Überraschungen erleben. Die Geschichte in Osteuropa ist weit davon entfernt zu Ende zu gehen, sie entfaltet sich.« (S. 204)

STEFAN BOLLINGER

**Meinhard Miegel,
Stefanie Wahl:
Das Ende des Individualismus.
Die Kultur des Westens
zerstört sich selbst,
2. Aufl., Verlag Bonn Aktuell
München 1994,
207 S. (38,00 DM)**

Das unkontrollierte, explosionsartige Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern

einerseits und der Rückgang der Bevölkerung in den hochindustrialisierten Ländern andererseits - beide Prozesse gehören heute zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Und für beide gibt es bisher keine Lösung. Während das Bevölkerungswachstum jedoch zumindest schon bis in das allgemeine Bewußtsein vorgedrungen ist und als existenzbedrohendes Menschheitsproblem erforscht und diskutiert wird, wird der Bevölkerungsrückgang bisher kaum ernsthaft als Problem wahrgenommen. Daß sich die Industrieländer, allen voran Deutschland, in einer »demographischen Zwickmühle« befinden, ist vielen bisher kaum bewußt. Verändert sich das Geburtenverhalten hier aber nicht binnen weniger Jahre grundlegend, wird die Bevölkerung stark altern und zahlenmäßig rapide abnehmen oder aber von vielen Zuwanderern »durchsetzt« werden. Diese Tatsache wird in der aktuellen Diskussion durchaus unterschiedlich bewertet. Die Autoren des vorliegenden Buches sehen hierin »das große Dilemma« der Industrieländer mit einschneidenden Konsequenzen für die Lebensqualität künftiger Generationen. Sie entwerfen ein Szenario, wonach die deutsche Bevölkerung bis zum Jahre 2020 um mehr als sieben Millionen Menschen und damit auf das Niveau von 1925 absinken wird, bis zum Jahre 2040 um weitere zwölf Millionen oder auf das Niveau von vor 1900 usf. In gut hundert Jahren wird die deutsche Bevölkerung nur noch ca. 24 Millionen Menschen zählen und damit wieder bei ihrem Ausgangsniveau vor der Industrialisierung um 1800 angekommen sein (vgl. S. 92). Entsprechend niedrig wäre der Rang Deutschlands in der Weltwirtschaft zu veranschlagen. Länder wie Polen und die Ukraine hätten dann ein deutlich größeres ökonomisches und politisches Gewicht als Deutschland. Diese für viele sicherlich »beklemmende Perspektive« erscheint angesichts der Daten, insbesondere der Bevölkerungsstatistik, unausweichlich. Es sei denn, eine immer größer werdende Zahl von Zuwanderern würde die Lücke füllen. Dann aber, so die Autoren, wäre Deutschland bald nicht mehr Deutschland. Die »kulturelle Identität der einheimischen Bevölkerung« würde erlöschen. Die Ursache für diese Entwicklung sehen

Miegel/Wahl, ganz im Unterschied zu anderen Wissenschaftlern, nun aber nicht in einem Komplex ökonomischer, historischer, kultureller, politischer und ideologischer Determinanten, sondern allein im Individualismus als dem Lebensprinzip und der Ideologie der modernen Gesellschaft. Die »Zivilisation des Westens« zerstört sich selbst, so die Hauptthese und das Fazit der Autoren, weil ihr eine »selbsterstörerische Ideologie« zugrundeliegt. Ist schon die Sicht des demographischen Verlaufs als nationales Problem nicht unstrittig, so dürfte es die Argumentation der Verfasser, die rein ideologisch, also geisteswissenschaftlich ist, erst recht sein. Materielle, das heißt vor allem ökonomische Faktoren lassen sie nur mittelbar gelten, das heißt nur im Kontext und letztlich zurückführbar auf bestimmte Denkmuster und Ideologien.

Der Individualismus, als »innerster Kern der Theorie und Praxis des bürgerlichen Liberalismus« (M. Horkheimer) - und damit auch Grundlage der Marktwirtschaft - ist Kennzeichen einer Gesellschaft, die sich durch ökonomische Effizienz und wachsenden Wohlstand auszeichnet. Ihre Produktivität jedoch ist »janusköpfig«:

Der wirtschaftlichen Stärke steht »eine nicht minder große biologische Schwäche« gegenüber, die schließlich zum »Verlust der physischen Existenz« der Bevölkerung führt. »Die Bevölkerung vergeist und stirbt aus« (S. 97). Dies gilt mehr oder weniger für alle nordwestlichen Industriegesellschaften. Deutschland jedoch kommt hier eine Vorreiterrolle zu, was ein Grund mehr sein dürfte, sich gerade in Deutschland offensiv mit dieser Problematik auseinanderzusetzen.

Der gegenwärtig vorherrschende Individualismus ist Resultat eines historischen Prozesses, dessen Anfänge in der griechischen Antike liegen. Den entscheidenden Wendepunkt sehen die Autoren hier bei Sokrates (470 - 390 v.u.Z.), welcher nicht mehr die Gemeinschaft, sondern den einzelnen als das höchste Ideal setzte.

Mit der Ausformung des antiken Individualismus wuchs die Abneigung gegen Kinder. Im zweiten Jahrhundert v.u.Z. ging dann die Bevölkerung spürbar zurück, ganze Landstriche wurden entvölkert. Schließlich ver-

losch Griechenlands Macht und Kultur. Rom trat an seine Stelle.

300 bis 400 Jahre später wiederholte sich hier »die demographische Entwicklung Griechenlands mit bemerkenswerter Parallelität,« bis schließlich auch Rom, »nicht zuletzt wegen des anhaltenden Rückgangs seiner Bevölkerung« (S. 21), zugrunde ging. Einen nicht geringen Anteil an dieser demographischen Tragödie dürfte das frühe Christentum mit seinen Vorbehalten gegen Ehe und Familie gehabt haben.

Eine dritte Etappe des weltgeschichtlichen Individualisierungsprozesses fällt in das Zeitalter von Renaissance, Humanismus und Reformation. Insbesondere die protestantische Ethik ebnete den Weg zur Kleinfamilie und zum Bevölkerungsrückgang. Vom 15. bis zum 17. Jahrhundert konstatieren die Verfasser dann auch tendenziell fallende Geburtenraten in Westeuropa. Über die Aufklärung wird der Bogen dann zum bürgerlichen Liberalismus geschlagen, der eigentlichen Ideologie kapitalistischer Marktgesellschaften, die bis heute das Denken und Handeln der Menschen bestimmt.

Die in der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich vorhandene Interdependenz zwischen Individualisierung und Steigerung der Produktivität, zwischen ökonomischer Effizienz und Dynamik einerseits und individualistischer Lebensauffassung und Weltanschauung andererseits, wird von den Autoren zwar gesehen, aber nicht ausgeführt. Allzusehr sind sie bemüht, die reale Entwicklung der letzten 200 Jahre aus dem Geiste zu erklären, aus der Ideologie des Individualismus. Sehr anschaulich zeigen sie jedoch dann die demographischen Folgen der Individualisierung auf: Starke Schwankungen im Bevölkerungswachstum und letztlich ein rapider Rückgang der Bevölkerung - bis hin zum Aussterben der westlichen Zivilisation. Die individualistischen Kulturen zerstören sich selbst. Früher oder später wird darum auch unsere Zivilisation durch eine »gemeinschaftsorientiertere und damit biologisch stabilere Kultur« (S. 64) abgelöst werden!

Ist dies nun das unabänderliche Urteil der Wissenschaft über die westliche Zivilisation oder gibt es noch eine Chance? Es gibt sie, aber, um der drohenden Katastrophe zu be-

gegenn, sind nach Auffassung der Autoren »existenzielle Weichenstellungen« erforderlich. Vor allem muß der Individualismus als Lebensprinzip und Ideologie überwunden werden. Dies impliziert natürlich auch seine Aufgabe als methodologisches Grundprinzip der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, was einer Revolutionierung dieser gleichkäme.

Eine »Neubestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft« ist notwendig, und zwar derart, daß die »Eingliederung des einzelnen in die Gemeinschaft« wieder Vorrang erhält (S. 120f.). Ein »Verzicht auf die Maximen individualistischer Kultur oder zumindest deren nachhaltige Einschränkung und die Hinwendung zu einer gemeinschaftsorientierten Kultur dürften die Geburtenrate in Ländern mit individualistischen Kulturen ... am ehesten wieder auf eine bestandserhaltende Höhe steigen lassen, so daß die physische Existenz der Bevölkerung und deren ethnische und kulturelle Identität gesichert wären« (S. 120). Aber damit dürfte es kaum getan sein: Die bloße »Hinwendung« zu einer wieder stärker gemeinschaftsorientierten Kulturform und Gesellschaftsordnung allein würde wenig bewirken. Sie kann nur dann erfolgversprechend sein, wenn sie in den materiellen Grundlagen der Gesellschaft ihre Entsprechung findet. Das heißt, um die notwendige Umorientierung herbeiführen zu können, bedarf es einer Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, denn diese sind die Basis für das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft. Hierzu aber schreiben die Autoren nichts. Daß die individualistische Kultur auf dem Privateigentum beruht, sehen sie. Daß eine »Neubestimmung des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft«, die sie vehement fordern (S. 120), mithin aber auch eine Neubestimmung der Eigentumsstruktur, also die Aufhebung des Privateigentums, impliziert, wollen sie jedoch nicht wahrhaben. Jedenfalls schreiben sie es nicht. Es bleibt aber eine Tatsache, »daß der Egoismus ebenso wie die Aufopferung eine unter bestimmten Verhältnissen notwendige Form der Durchsetzung der Individuen ist« (MEW, Bd. 3, S. 229). Ohne die Verhältnisse zu verändern, läßt er sich folglich kaum abschaffen. Es bleibt ein unauflösbarer Widerspruch, wenn die Autoren einerseits das Privateigentum als Fundament der individua-

listischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unverändert fortbestehen lassen, andererseits aber die »Gesellschaftsordnung« grundlegend ändern wollen.

Als »Ausweg« aus dem bevölkerungspolitischen Dilemma schlagen die Verfasser eine Reihe von Einzelmaßnahmen vor. Diese verstehen sich teilweise als moralische Appelle (»Gemeinschaftsbezogen handeln«, »Mehr Kinder haben« usw.), teilweise als praktische Lösungen (»Zuwanderer umfassend integrieren«, »Erwachsenenbildung ausbauen«, »Private Vorsorge verbessern«). Einige dieser Vorschläge scheinen sozialpolitischen Programmen ehemals sozialistischer Länder zu entstammen (S. 123f.), namentlich der DDR, wo sie jedoch den Trend in der Bevölkerungsentwicklung nicht umzukehren vermochten, wohl aber mit dazu beigetragen haben, die Geburtenrate wenigstens vorübergehend auf einem, für westeuropäische Maßstäbe, relativ hohen Niveau zu halten.

ULRICH BUSCH

Richard Saage: Eigentum, Staat und Gesellschaft bei Immanuel Kant, Nomos Verlag Baden-Baden 1994, 205 S.

Jeder philosophische Denker baut auf den Trümmern eines anderen sein philosophisches Werk, sagt Kant,¹ doch es gäbe keinen Fortschritt, wenn das Zertrümmern jedesmal total wäre. Diskontinuität pur ließe vergangenes Denken nur als museales gelten und vergangene Denker nicht auch als Dialogpartner im Meinungsstreit der Gegenwart. Tatsächlich sind gewesene Denker, wenn ihre Produktivität nur groß genug war, immer auch zukünftige.

Das gilt für Kant als Sozialphilosophen - sicher zur besonderen Genugtuung der Freunde von UTOPIE kreativ - schon deshalb ganz besonders, weil dieser Großdenker des ausgehenden 18. Jahrhunderts gegen Ende seines Lebens die Denkbarkeit von Utopien (er nennt Platon, Morus, Harrington, d'Allais) legiti-

miert, ja es zu einer Regierungspflicht erklärt hatte, sich ihrer Verwirklichung zu nähern.² Der seit Jahren ungebrochene Literaturfluß zu Kants Rechts- und Sozialphilosophie erklärt sich genau daraus. Die letzten beiden Dezenen haben uns u.a. folgende Kant-Monographien beschert: H. Arendt, *Lectures on Kant's Political Philosophy*, 1982; Z. Batscha (ed.), *Materialien zu Kants Rechtsphilosophie*, 1976; W. Busch, *Die Entstehung der kritischen Rechtsphilosophie Kants*, 1979; H.-G. Deggau, *Die Aporien der Rechtslehre Kants*, 1983; G. Dietze, *Kant und der Rechtsstaat*, 1982; M. Brocker, *Kants Besitzlehre*, 1987; V. Gerhardt, *Kants Entwurf zum Ewigen Frieden*, 1995; O. Höffe (ed.), *Kant. Zum Ewigen Frieden*, 1995; F. Kaulbach, *Studien zur späten Rechtsphilosophie Kants*, 1982; W. Kersting, *Wohlgeordnete Freiheit, Kants Rechts- und Staatsphilosophie*, 1985; P. Koslowski, *Staat und Gesellschaft bei Kant*, 1985; G.-W. Küsters, *Kants Rechtsphilosophie*, 1988; C. Langer, *Reform nach Prinzipien. Untersuchungen zur politischen Theorie Kants*, 1986; H.v.d. Linden, *Kant's Ethics and Socialism*, 1988; B. Ludwig, *Kants Rechtslehre*, 1988; G. Luf, *Freiheit und Gleichheit*, 1988; I. Maus, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie im Anschluß an Kant*, 1992; L.A. Mulholland, *Kant's System of Rights*, 1990; K. Psychopedis, *Untersuchungen zur politischen Theorie Kants*, 1980; A.D. Rosen, *Kant's Theory of Justice*, 1995; P. Unruh, *Die Herrschaft der Vernunft. Zur Staatsphilosophie Immanuel Kants*, 1995; H. Williams (ed.), *Essays von Kant's Political Philosophy*, 1992. - Kant dürfte zeitlebens nicht so viele Bücher gelesen haben, wie inzwischen über ihn erschienen sind.

Saages Kant-Buch, eine Ausnahme schon insofern, als es nun in zweiter (aktualisierter) Auflage erscheinen konnte, unterscheidet sich von anderen unter anderem dadurch, daß es der Autor- offensichtlich von Iring Fettscher und Walter Euchner nicht ganz unbeeinflusst - unterläßt, philosophische Standpunktlosigkeit vorzutäuschen. Dadurch ist er übrigens auch der Gefahr entgangen, kantiger als Kant zu argumentieren, will sagen: ihn überzuinterpretieren. Ausgehend von der Eigentumslehre Kants, wie sie in den §§ 1ff. seiner »Metaphysischen Anfangsgründe der Rechtslehre« von 1797 vorliegt,³ werden

zwei als Hypothesen ausgegebene Thesen entwickelt, nämlich: a) In der politischen Philosophie des Bürgertums hänge das Verhältnis von Staat und Gesellschaft entscheidend davon ab, inwieweit die sozialpflichtige und die besitzindividualistische Komponente des Eigentumsbegriffs innerhalb eines Theorems exponiert erscheint; b) in den Reflexionen des klassischen bürgerlichen Denkens sei der Staat in dem Maße »liberal«, in dem das Eigentum im Naturzustand den Status einer relativ stabilen Größe besitzt (S. 43).

Um gleich Saages Ergebnis vorwegzunehmen: Die Interpretation der Staats- und Rechtsphilosophie Kants offenbare in der Perspektive seines Eigentumsbegriffs, daß seine einschlägige Konzeption antifeudalistisch orientiert und auf eine reformerische Überwindung der existenten Gesellschaftsverhältnisse in Deutschland ausgerichtet ist; zunächst auf die Interessenlage einer bürgerlichen Gesellschaft kleiner Warenproduzenten bezogen, seien seine verfassungsrechtlichen Forderungen aber eher als großbürgerlich einzustufen, wodurch sich Widersprüche zwischen einem Vertrauen auf die Smith'sche invisible hand und dem skilful management einer Obrigkeit ergeben, vor allem jedoch die Illusion, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das auf persönliche Arbeit beruhende Produktionsmitteleigentum von dem auf Lohnarbeit basierenden kapitalistischen Privateigentum tendenziell unbehelligt bleibe (S. 189f.).

Es ist also der die französische Revolution als das schlechthinnige Epochenereignis auf dem Wege von der feudalen in die bürgerliche Gesellschaft begreifende und sogar die terreur verstehende (wenn auch sie nicht billigende) Kant, dem hier eine Würdigung zuteil wird, die natürlich bei allen Abstraktionsfetischisten auf Unverständnis stoßen mußte und auch gestoßen ist.⁴ Daß nur der Teilnehmer an der ökonomischen Macht, also der bourgeois, legitimiert sei, auch Teilnehmer an der politischen Macht, also citoyen, zu sein (S. 123), kann notfalls verklärt, nicht aber transzendentalphilosophisch erklärt und dadurch legitimiert werden. Eine Rechtsordnung, in der ein jeder das Recht auf Eigentum hat, sofern er tatsächlich welches hat, aber kein Recht auf Eigentum, sofern er keines hat, ist nun einmal ein soziologisch an

der civil society festzumachendes und aus ihren Erfordernissen transitorisch zu rechtfertigendes Phänomen.

Wohlgemerkt, die von R. S. in das Zentrum seiner Überlegungen gerückte Relation von Eigentum und Herrschaft wird am Gängelband einer systematischen Textanalyse Kants ausgebreitet. Mikrologen kommen durchaus auf ihre Kosten. Es wird nicht die kleine Münze der Filigranforschung durch ungedeckte Tausendpfundnoten von Totalvoten außer Kurs gesetzt. Auch Ideologiekritik braucht ihre Feinarbeit. Insofern unterscheidet sich R.S., der an Marx nicht vorbeigeachtet und dennoch (oder vielmehr deshalb!) sein kritisches Verhältnis zu den realsozialistischen Gesellschaften offengelegt hat (S. 127), wohl tuend von denjenigen, die Pauschalverurteilungen unverstandener Theorien dadurch als wissenschaftlich glauben behaupten zu können, daß sie jene als ideologiekritisch ausgeben.

In einem außerordentlich kenntnisreichen Vorwort (S. 9-42) umschreibt Franco Zotta den Platz der Kant-Analyse von R. S. im Panorama der überbordenden Kant-Literatur der letzten Jahrzehnte. Da der Autor R.S. einer der produktivsten Utopie-Forscher unserer Zeit ist,⁵ ist eigentlich seine Fixierung von Kants Platz im Utopie-Denken der vergangenen Jahrhunderte überfällig. Dürfen wir gespannt sein?

HERMANN KLENNER

1 Kant: Gesammelte Schriften (Akademie-Ausgabe), Bd. 9, Berlin 1923, S. 25.

2 Kant: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin 1988, S. 399.

3 ibidem, S. 53ff. - Vgl. Manfred Brocker, Arbeit und Eigentum. Der Paradigmenwechsel in der neuzeitlichen Eigentumstheorie, Darmstadt 1992, S. 307ff., 392f., rezensiert in: Rechtshistorisches Journal 12(1993)148-157.

4 Vgl. etwa Gerhard Luf, Freiheit und Gleichheit. Die Aktualität im politischen Denken Kants, Wien/New York 1978, S. 157ff., rezensiert in: Deutsche Literaturzeitung 101(1980)353-356.

5 Vgl. von Richard Saage: Friedensutopien Kant/ Fichte/ Schlegel/ Görres, Frankfurt/M 1979; Vertragsdenken und Utopie, Frankfurt/M. 1989; Das Ende der politischen Utopie?, Frankfurt/M. 1990; Politische Utopien der Neuzeit, Darmstadt 1991; Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt 1992; Vermessungen des Nirgendwo. Begriffe, Wirkungsgeschichte und Lernprozesse der neuzeitlichen Utopien, Darmstadt 1995.

PROKLA 1995, Heft 100

Daß vor 25 Jahren eine SEW/DKP-nahe Minderheit eine undogmatische Mehrheit aus der Redaktion der »Sozialistischen Politik« mit juristischen Tricks hinausgeworfen hat - so sehen es jedenfalls die PROKLA-Redakteure von heute -, kann im nachhinein nur als Glücksfall für die linke sozialkritische Zeitschriftenszene interpretiert werden. Seit Ende der sechziger Jahre, als der aufmüpfige Geist von 68 noch überall rumorte, während sich ein Teil seiner leiblichen Träger bereits zum Marsch durch die Institutionen rüstete, gibt es PROKLA - »Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik«, die sich seit 1992 im Untertitel viel weniger provokativ schlicht »Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft« nennt.

Im September 1995 ist nun also das Jubiläumsheft Nr. 100 erschienen, und es gibt wohl kaum eine sozialwissenschaftliche Debatte im letzten Vierteljahrhundert, zu der sich die PROKLA-AutorInnen nicht vehement zu Wort gemeldet hätten - ob das außerhalb des linken Spektrums immer gebührend zur Kenntnis genommen wurde, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls hat Volker Lorek den verdienstvollen Versuch unternommen, auf reichlich einem Dutzend Seiten die Fülle der Themen, die im Laufe von 25 Jahren behandelt wurden, zu systematisieren und Verschiebungen im redaktionellen Selbstverständnis und in der inhaltlichen Ausrichtung nachzuzeichnen.

Auch wenn sich PROKLA heute im Untertitel weniger klassenkämpferisch gibt, sind Redaktion und AutorInnen auch nach »der Wende« dem linken Spektrum der wissenschaftlichen Debatte verpflichtet geblieben. Dafür stehen nicht nur die im Heft 100 erschienenen Beiträge von Bod Zeuner (»Probleme des Klassenkampfes« im Betrieb) oder von Wolf-Dieter Narr und Roland Roth über die Notwendigkeit einer sozialistischen Vision, wenn Demokratie und Menschenrechte im und gegen den realen Kapitalismus verteidigt werden sollen. Ein Blick auf die jüngsten PROKLA-Jahrgänge zeigt zudem die - sicherlich von manchem Zeitgenossen auch beargwöhnte - breite Palette von Themen

und Konzeptionen, die in der Diskussion um linke Positionen inzwischen be- und verarbeitet werden will.

Da ist natürlich das »Neue Deutschland« (PROKLA 91 und PROKLA 94 - u.a. mit Beiträgen von H. Ganßmann, Th. Herz, K. Hübner, B. Müller und U. Berlit), das entschiedener Kritik bedarf, aber auch linke Selbst-Verwirrung ausgelöst hat - und dies nicht nur hier, sondern auch in Europa und darüber hinaus (PROKLA 92 - mit Artikeln u.a. zur Außenansicht der europäischen Linken sowie zu Lehren aus dem Krieg in Jugoslawien). Wo von traditionellen linken Themen wie Verteilungsfragen (PROKLA 99 - u.a. mit Aufsätzen von D. Vesper, B. Barry und K. Schömann) und Netzwerken zwischen Staat und Markt (PROKLA 97 - u.a. zu Fragen der Grenzen von Netzwerksteuerung und zur Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen), die Rede ist, kann natürlich zum Weltmarkt und den Bretton-Woods-Institutionen (hierzu besonders die Beiträge von E. Altvater in PROKLA 95 und 97) sowie zur Weltgesellschaft überhaupt (PROKLA 90 - mit Beiträgen zur »Regionalisierung der Weltgesellschaft«) nicht geschwiegen werden. Zu nennen wären schließlich noch Beiträge zu Transformationsproblemen in Osteuropa (z.B. D. Stark in PROKLA 94 und A. Przeworski in PROKLA 98), zum Thema »Frauen in der Ökonomie« (PROKLA 95 - u.a. mit D. Elson, F. Maier und D. Schmidt als Autorinnen) und natürlich zur »Dritten Welt« (u.a. D. Boris in PROKLA 99 und U. Müller-Plantenberg in PROKLA 100).

Diese Aufzählung muß in Anbetracht der hier noch gar nicht erwähnten Artikel mit komplexen, vor allem theoriekritischen Fragestellungen (von Ch. Scherrer in PROKLA 95, A. Demirovic in PROKLA 92, W.-D. Narr in PROKLA 94 und 95 und anderen) notwendig unvollständig bleiben. In 25 Jahren PROKLA wurde jedenfalls eine Fülle von Material aufgehäuft und einer Vielzahl von AutorInnen eine wichtige Bühne theoriegeleiteter Debatte zu brennenden Fragen der (Klassen) Kämpfe in unserer Zeit gegeben. Und so bleibt nur zu hoffen, daß dem Herausgeber, der »Vereinigung zur Kritik der Politischen Ökonomie e.V.«, auf dem Weg zum halben Jahrhundert PROKLA die Luft nicht ausgehen möge.

ARNDT HOPFMANN

WechselWirkung 1995, Heft 75

Schöne neue Arbeitswelt lautet das Schwerpunktthema der 75. Ausgabe von WechselWirkung, dem Magazin für Technik, Naturwissenschaft und Gesellschaft. Kritisch beleuchtet werden darin Perspektiven und Entwicklungstrends von Arbeit und Technik.

Im ersten Artikel formuliert Otto Ulrich eine grundsätzliche Kritik an der die gegenwärtige Arbeitswelt beherrschenden kapitalistischen Produktionsweise. Das Grundübel dieser Gesellschaft sieht er in dem grenzenlosen Zwang zu wirtschaftlichem Wachstum. Der ständige, immer schneller werdende Wettlauf um die Schließung von Marktlücken und die gleichzeitige Erschließung immer neuer Produktmärkte ruiniere über kurz oder lang die menschliche Umwelt - und würde die propagierten Ziele doch nie erreichen. Denn immerwährende wirtschaftliche Prosperität bei gleichbleibender Vollbeschäftigung wäre selbst theoretisch ein Unding - angesichts der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden natürlichen Ressourcen. Von den führenden Eliten in Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wirtschaftswissenschaft würde dies jedoch bewußt negiert. Die staatsoffiziell propagierte und in der Öffentlichkeit kaum angefochtene Wirtschaftsprogrammatische beruhe weitgehend auf dem Glauben an die uneingeschränkte Allmacht von Wissenschaft und Technik, verbunden mit den segensreichen Wirkungen eines selbstregulierenden Marktes. Jegliche Kritik daran gelte als Ketzerei und würde entweder negiert oder verfolgt.

Die Alternative zur industriellen Produktions- und Lebensweise sieht Otto Ulrich in einer solaren Naturstoffwirtschaft. Die industriellen Energie- und Materieströme müßten drastisch reduziert, der Konsum auf nachwachsende Rohstoffe beschränkt werden. Um dies zu erreichen, müsse die Totalisierung des Marktes zugunsten eines gleichberechtigten Nebeneinanders verschiedener Produktions- und Austauschformen aufgehoben werden. Eine weitere Grundlage wäre die Wiederherstellung der Subsistenzfähigkeit des einzelnen Menschen. Die industrielle Wettbewerbsgesellschaft produziere un-

unterbrochen Fachidioten mit immer »kurzlebigerer Wegwerfqualifikation«. Jeder Mensch müsse wieder in die Lage versetzt werden, auch ohne Einbindung in die industrielle Arbeitsteilung für seinen Unterhalt sorgen zu können.

Wie diese gesellschaftliche Alternative gegen das herrschende Interessenkartell von Wirtschaft und Politik und auch gegen den Willen der Mehrzahl der jetzt lebenden Menschen errichtet werden könnte, läßt der Autor jedoch offen. Die Volldampffahrt der Titanic geht weiter...

An weiteren Artikeln zu diesem Thema enthält diese Ausgabe noch eine mehr soziologische Untersuchung über Telearbeit, einen Report zu aktuellen Trends der Automatisierung im Bauwesen, ein Interview über Reformbestrebungen und Widerstände im Gesundheitswesen der USA sowie einen Artikel zum gegenwärtigen Diskussionsstand zur selbstorganisierten Gruppenarbeit.

GERD BEDSZENT

Bezugsadresse:
WechselWirkung
Verlag remember e.G.
Mariabrunnstr. 48
52064 Aachen

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten vorzugs halber darum, die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere AutorInnen, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15

Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1:5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der AutorIn(nen)/HerausgeberIn(nen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hier von unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Impressum

Redaktion: WOLFRAM ADOLPHI,
ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.), MARION KUNZE,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF
Hrsg.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
unter Vorsitz von GUNTHER KOHLMHEY
und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführer: OLAF WITTKÉ
Verlagsleiterin: MONIKA NOACK
Satz: UWE ROTHENBERG, SATZZEICHEN

Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030-28409561)
Druck: Tribüne Druck GmbH, Am Treptower
Park 28, 12435 Berlin
Vertrieb: ASGmbH, Körnerstr. 26a, 13156
Berlin (Tel.: 030-4764527)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00